

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

63. Jahrgang · 42–43/2013 · 14. Oktober 2013



Geschichte als Instrument

Martin Sabrow

Variationen über ein schwieriges Thema

Bodo von Borries

Zurück zu den Quellen? Plädoyer für die Narrationsprüfung

Thomas Großbölting

Geschichtskonstruktion
zwischen Wissenschaft und Populärkultur

Klaus Christoph

„Aufarbeitung der SED-Diktatur“ – heute so wie gestern?

Marcel Siepmann

Vom Nutzen und Nachteil europäischer Geschichtsbilder

Marion Klein

Trauerimperativ:
Jugendliche und ihr Umgang mit dem Holocaust (-Denkmal)

Editorial

„Man hat der Historie das Amt, die Vergangenheit zu richten, die Mitwelt zum Nutzen zukünftiger Jahre zu belehren, beige-messen“, schrieb der Historiker Leopold von Ranke 1824. Zugleich versuchte er jedoch, sich diesem Anspruch zu entziehen: Der Geschichtsschreiber wolle schließlich „blos zeigen, wie es eigentlich gewesen“. Die Vorstellung eines objektiv über allen Dingen schwebenden Historikers war aber schon damals illusionär. Wie in der Vergangenheit liegende Ereignisse zu einer zusammenhängenden Erzählung, zu einem bestimmten Narrativ verknüpft werden, ist zwangsläufig eine Konstruktion – und fällt je nach Standpunkt und Herangehensweise unterschiedlich aus.

Geschichte ist also nicht starr, sondern formbar. Entsprechend lang ist die Tradition der Versuche, sie für politische Zwecke zu instrumentalisieren – sei es durch Fälschung oder Auslassung, Dämonisierung, Heroisierung oder schlicht durch einseitige Interpretation. Die Gefahr, dass staatlicherseits bestimmte Geschichtsbilder etabliert werden, besteht vor allem in nicht-pluralistischen politischen Systemen. Doch auch in Demokratien wird mit Geschichte Politik gemacht und werden bestimmte Erzählungen durch öffentliche Repräsentation favorisiert – allerdings haben es „Meistererzählungen“ heute immer schwerer, auf dem öffentlichen Markt konkurrierender Narrative – und zudem in einer heterogenen Migrationsgesellschaft – unhinterfragt zu bestehen.

Eine besondere Herausforderung nicht nur für die Fachwissenschaft, sondern auch für die historisch-politische Bildung, deren Aufgabe es ist, historische Narrative immer auch als „schöpferische Leistung“ erkennbar zu machen und sie so zu de-konstruieren, liegt im grundlegenden Medienwandel: Schlüssige Deutungsangebote finden sich zunehmend – meist in attraktiver Verpackung – auch in (Unterhaltungs-) Medien, deren primäre Ziele ökonomischer Natur sind. Geschichte in Gestalt von „Histotainment“ ist dort vor allem ein geeignetes Instrument, um „Quote zu machen“.

Johannes Piepenbrink

Martin Sabrow

Geschichte als Instrument: Variationen über ein schwieriges Thema

In außerwissenschaftliche Dienste genommen und zum Instrument politischer Interessen gemacht zu werden, zählt zum Schicksal

Martin Sabrow

Dr. phil., geb. 1954; Professor für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF), Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam. sekretariat@zzf-pdm.de

der Geschichtsschreibung. Die Verfälschung der historischen Wahrheit, die Unterdrückung geschichtlicher Fakten und die Nötigung ihrer professionellen Sachwalter durch deren Auftraggeber und Abnehmer sind stehende Topoi aller Auseinandersetzung mit der Vergangenheit – mit dem Lobpreis der Muse Klio verbindet sich seit jeher die Klage über ihren Missbrauch.

Gleichwohl fällt es bei näherem Hinsehen gar nicht so leicht, Erkenntnis und Interesse überzeugend voneinander zu unterscheiden und die instrumentelle Nutzung der Historiografie von ihrer freien Entfaltung abzugrenzen. Dies gilt zumal in der Zeitgeschichte, in der die Beziehung von Vergangenheitserfahrung und Zukunftsgestaltung angesichts der Einrede der Zeitgenossen, des Selbstverständnisses der Gegenwartsgesellschaft und ihrer geschichtspolitischen Legitimationsanstrengungen besonders eng geknüpft ist.

Manipulation und Fälschung

Immerhin kann als klares Erkennungsmerkmal historischer Instrumentalisierung die Verzerrung der historischen Wahrheit durch Verfälschung ihrer Quellen und Fakten angeführt werden. Berühmt ist etwa das zuerst 1903 in Russland unter dem Titel „Protokolle der Weisen von Zion“ erschienene

Pamphlet, das sich als Dokumentation einer geheimen jüdischen Weltverschwörung präsentiert und ungeachtet seiner verheerenden öffentlichen Wirkung nichts als eine vermutlich von russischen Rechtsradikalen fabrizierte Fälschung oder präziser: eine bloße Fiktion darstellt. Historische Fälschungen sind so alt wie die Geschichtsschreibung, und ihr Bogen spannt sich von der erst um 800 entstandenen Schenkungsurkunde des römischen Kaisers Konstantin, die den Herrschaftsanspruch des Papstes auf Rom und die Christenheit verbürgen sollte, bis zu den gefälschten Hitler-Tagebüchern, auf die 1983 der „Stern“ hereinfiel.

Eine fortgesetzte historische Verkehrung furchtbarer Tatsachen verbindet sich mit „Katyn“. Der Name des westrussischen Dorfes ist zum Synonym geworden für das durch Moskau angeordnete Massaker an Zehntausenden von polnischen Offizieren, Intellektuellen und Staatsbediensteten, die als sowjetfeindliche Elite im Frühjahr 1940 durch die sowjetische Geheimpolizei (NKWD) zu geheim gehaltenen Hinrichtungsorten unter anderem in einem Wald bei Katyn gebracht, erschossen und verscharrt worden waren. Die Entdeckung dieser Mordtat durch die deutsche Wehrmacht führte zu einer Propagandaschlacht der beiden Diktaturen, in der die aufgedeckten oder fingierten Fakten auf beiden Seiten als politische Munition dienten. Die Sowjetunion setzte die auf krasse Fälschungen gestützte Politik der Leugnung ihrer eigenen Verantwortung und deren Übertragung auf die NS-Führung über Jahrzehnte hinweg fort und bekannte sich erst 1990 unter Michail Gorbatschow und Boris Jelzin zu der – durch die historischen Indizien längst zweifelsfrei festgestellten – Schuld Stalins und seiner Helfershelfer.

Brachial in der Umschreibung der Vergangenheit verfuhr auch die Bildregie des Stalinismus, die in der Sowjetunion wie auch später in ihren Satellitenstaaten die Retusche von Bildzeugnissen zur alltäglichen Praxis erhob – wobei die Verstümmelung der Bilder durch Wegschneiden in Ungnade gefallener Personen in der Regel auch mit deren physischer Auslöschung einherging oder ihr unmittelbar folgte. Kein Bild hat in diesem Zusammenhang traurigere Berühmtheit erlangt als das am 5. Mai 1920 vor dem Moskauer Bolshoi-Theater entstandene und millionenfach

Retuschierte Geschichte: Lenin mit und ohne Trotzki und Kamenew



Lenin am 5. Mai 1920 während einer Rede auf dem Swerdlow-Platz (heute Theaterplatz) in Moskau. Rechts auf der Treppe stehen Trotzki und Kamenew (oben); in der später verwendeten, retuschierten Version fehlen sie (unten).
Quelle: Haus der Geschichte, Bonn / © Staatliches Historisches Museum Moskau

verbreitete Foto, das einen mit flammenden Worten zum Kampf gegen Polen aufrufenden Lenin zeigt. Die auf dem Holzpodest bei ihm stehenden Kampfgefährten Trotzki und Kamenew wurden nach ihrer jeweiligen Entmachtung in späteren Nachdrucken schrittweise wegretuschiert und durch Holzstufen zu dem Podest ersetzt, von dem aus Lenin seine Ansprache an die abmarschbereiten Rotarmisten hielt.

Kaum weniger bekannt ist die Bildfälschung in der Ablichtung der bei Kriegsende 1945 auf dem Berliner Reichstag aufgepflanzten Roten Fahne, die den Triumph der Sowjetarmee über Hitlerdeutschland ikonografisch bannte. Hier tritt allerdings schon eine erste Irritation in der klaren Unterscheidung von echt und falsch zutage. Denn die Bildmanipulation betraf nicht nur die von den Handgelenken der Fahmenträger wegretuschierten Beuteuhren, sondern (ähnlich wie im Fall des die nationalsozialistische „Machtergreifung“ feiernden Fackelzuges vom 30. Januar 1933) die „Unwahrheit“ des porträtierten Ereignisses selbst, das zu einem späteren Zeitpunkt nachgestellt wurde, um das historische Ereignis visualisieren und verewigen zu können.

Einflussnahme und Zwang

Neben der Unterscheidung von Original und Fälschung bietet die Entgegensetzung von Zwang und Freiheit eine hilfreiche Orientierung, um Geschichte als Instrument fassbar zu machen. Dazu zählt in erster Linie die Unterdrückung oder Verzerrung historischer Erkenntnisse im öffentlichen Raum und in der Fachwissenschaft selbst. Die fortgesetzte Leugnung oder Marginalisierung des Völkermordes an den Armeniern in der Türkei während des Ersten Weltkriegs liefert hier ein prominentes Beispiel. Nicht anders in Deutschland, wo zur staatlichen Kontrolle der Kriegsschulddebatte in der Weimarer Republik eigens ein Kriegsschuldreferat geschaffen wurde, das die Arbeit eines zur Klärung der Schuldfrage eingesetzten Untersuchungsausschusses des Deutschen Reichstags lenkte. Mit Blick auf die deutsche Verhandlungsposition gegenüber den Alliierten verhinderte es zudem eine geplante Aktenpublikation sowie die Veröffentlichung des im Parlamentsausschuss erstatteten Gutach-

tens, mit dem Hermann Kantorowicz die Kriegsunschuldslegende zerstört hatte.¹

Auch die Geschichtsschreibung der Bundesrepublik kennt herausragende Fälle politischer Einflussnahme auf ihre Arbeit. Dies gilt namentlich für das vom Bundesvertriebenenministerium initiierte und finanzierte Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, das in den 1950er Jahren in starke Spannung zu den Interessen erst der Vertriebenenverbände und dann der Bundesregierung selbst geriet. Je mehr die Arbeit an der Dokumentation aus der fachlichen Eigenlogik heraus drängte, „den Vertreibungsvorgang in einen großen geschichtlichen Rahmen (zu) stellen“ und somit in die Gesamtgeschichte der ethnischen Flurbereinigung des 19. und 20. Jahrhunderts einschließlich der nationalsozialistischen Volkstumspolitik einzubetten, desto mehr fürchtete der politische Auftraggeber, statt der gewünschten geschichtspolitischen Waffe der Anklage einen „Entschuldigungszettel“ finanziert zu haben, der die Einmaligkeit der Deutschenvertreibung relativieren könnte. Ein geplanter Ergebnisband kam nicht zustande, nachdem der zuständige Staatssekretär die Publikation nach Lektüre der bereits verfassten Teile als „politischen Selbstmord“ für sein Haus bezeichnet hatte.²

Geschichtspolitische Eingriffe in die Fachautonomie gingen auch vom Auswärtigen Amt aus. In der zu Beginn der 1960er Jahre wieder aufflammenden Frage nach der deutschen Schuld am Weltkriegsausbruch 1914

¹ Vgl. Ulrich Heinemann, *Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik*, Göttingen 1983, S. 95 ff. Zum Charakter der sich zwischen „Wissenschaft und Leben“ neu bildenden Zeitgeschichte bei der Durchsetzung einer „vaterländische(n) Lösung“ im 1914 ausbrechenden „Kulturkrieg“ vgl. Klaus Große Kracht, *Kriegsschuldfrage und zeithistorische Forschung in Deutschland. Historiographische Nachwirkungen des Ersten Weltkriegs*, in: *Zeitgeschichte-online*, Mai 2004, www.zeitgeschichte-online.de/themen/kriegsschuldfrage-und-zeithistorische-forschung-deutschland (1.10.2013).

² Vgl. Matthias Beer, *Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 46 (1998) 3, S. 345–389, hier: S. 379, S. 383.

versuchte das Auswärtige Amt – am Ende vergeblich – eine Vortragsreise des engagierten Verfechters der Kriegsschuldthese Fritz Fischer in die USA zu verhindern. Auch in der Auseinandersetzung mit der untergegangenen SED-Diktatur ereigneten sich in den vergangenen Jahren im Hintergrund heftige Rangeleien, die bis in die angemessene Platzierung von Politikerzitat an einzelnen Ausstellungsorten der Berliner Gedenklandschaft reichten.

Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand in den 1990er Jahren immer wieder unter heftigem politischem Druck, die Bilder von Repräsentanten des kommunistischen Widerstands wie Ulbricht und Pieck zu entfernen und das kommunistisch beherrschte Nationalkomitee Freies Deutschland aus der Würdigung des Widerstands auszuklammern.[¶] Das Deutsche Historische Museum tauschte 2009 Zeitungsberichten zufolge in der Ausstellung „Fremde? Bilder von den ‚Anderen‘ in Deutschland und Frankreich seit 1871“ auf Verlangen des Bundeskulturbeauftragten eine Tafel, die sich kritisch mit der Flüchtlingspolitik der EU auseinandersetzte, gegen einen unverfänglichen Text aus, der die erfolgreiche Integration von Zuwanderern in Deutschland lobte.[†]

Freiwillige Selbstinstrumentalisierung

Nicht immer geht es dabei nur um die Verletzung der Fachautonomie durch wissenschaftsfremden Eingriff; manches Mal macht die Historie sich durchaus auch selbst zum Instrument politischer Absichten. Schon der als preußischer Hofnarr berüchtigte und als brandenburgischer Landeshistoriker bedeutende Jacob Paul von Gundling beschwor seinen Landesherrn, den Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I., seine 1708 fertiggestellte Biografie des Großen Kurfürsten aus außen-

[¶] Vgl. Ekkehard Klaus, Ungeteilte Ehre. Gedenkstätte Deutscher Widerstand darf nicht zwischen guten und bösen Gegnern Hitlers unterscheiden, in: Die Zeit vom 17. 6. 1994; Christian Böhme, Pieck und Ulbricht als Reizfiguren, in: Der Tagesspiegel vom 15. 7. 1998.

[†] Vgl. Philipp Lichterbeck/Kai Müller, Zankapfel Migration: Es gilt das gesprochene Wort. Wie die Behörde von Kulturstaatsminister Neumann Druck auf das Deutsche Historische Museum ausübt, in: Der Tagesspiegel vom 12. 11. 2009.

politischen Rücksichten nicht in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen: „Ich kann nicht läugnen, es sind allhier unterschiedliche Geheime Sachen, deswegen diese Schrift nicht kan gedrucket werden, sonderlich in denjenigen Dingen, so Schweden, Dännemarck, Polen und den Kayser angehen, dannhero diese Schrift einstens wol in acht genommen werden muß.“[¶]

Auf der gleichen Linie bewegte sich die gelenkte Geschichtswissenschaft der sozialistischen Länder. Sie erhob den politischen Eingriff in den Gang der Wissenschaft gleichsam zum System, wenngleich der historische Herrschaftsdiskurs diese Einvernahme mit der Doktrin der Einheit von Parteilichkeit und Objektivität zum Ausweis von Wissenschaftlichkeit selbst erklärte und in ihrer Anstößigkeit weit weniger häufig aufscheinen ließ, als dies aus der Außenperspektive zu vermuten wäre. Besonders eklatante Beispiele einer verfälschenden Vereinnahmung bietet dabei insbesondere die SED-Parteigeschichtsschreibung, in der sich die politische Macht unverhüllt zur Geltung brachte: Walter Ulbricht selbst fungierte als Vorsitzender des Autorenkollektivs, das die historische Meistererzählung des Sozialismus schrieb und über den Charakter der Novemberrevolution 1918 ebenso autoritativ entschied wie über die Rolle der KPD im antifaschistischen Widerstand oder die Etappen der DDR-Geschichte.

Wie ungeniert gerade im Hinblick auf die Parteigeschichtsschreibung die historische Erkenntnis dem politischen Interesse unterworfen wurde, lehrt genauso etwa der parteiamtliche Umgang mit den Briefen und Kasibern, die Ernst Thälmann in den elf Jahren seiner nationalsozialistischen Haft verfasst hatte: Als 1950 ein umfangreiches autobiografisches Schreiben des bis zu seiner Ermordung 1944 eingekerkerten Parteiführers auftauchte, besorgte Ulbricht eigenhändig die redaktionelle Einpassung des im „Neuen Deutschland“ abgedruckten Lebenszeugnisses in den antifaschistischen Heldenmythos, damit es „Ernst Thälmann trotz Kerkerhaft als unbeugsamen Kämpfer und gleichzei-

[¶] Zit. nach: Martin Sabrow, Herr und Hanswurst. Das tragische Schicksal des Hofgelehrten Jacob Paul von Gundling, Stuttgart-München 2001, S. 189.

tig auch von einer starken menschlichen Seite zeigt“.¹⁶ Und als 15 Jahre später das Institut für Marxismus-Leninismus (IML) sich anschickte, eine größere Auswahl der Briefe Ernst Thälmanns zu publizieren, listete es in einer Mitteilung an Ulbricht nicht nur die erfolgten Streichungen (etwa zur Rolle Stalins) und „redaktionellen Veränderungen“ auf, sondern sperrte auch im gleichen Zug die im Parteiarchiv liegenden Originale, damit niemand den Editionsbetrug durch einfachen Textvergleich aufdecken könne.¹⁷ Doch auch an der fachlich ungleich besser angesehenen Akademie der Wissenschaften regierte jedenfalls im Konfliktfall häufig das Opportunitätsparadigma, wenn etwa der Direktor des Zentralinstituts für Geschichte noch 1986 autoritativ feststellte: „Übereinstimmung mit Parteigeschichte muß gewahrt bleiben. Wenn Parteiführung Entscheidung trifft, ist sie durchzuführen, auch wenn es uns nicht in allen Punkten gefallen sollte.“¹⁸

Freilich kannte und kennt auch die nicht diktatorisch beherrschte deutsche Geschichts-

¹⁶ Redaktionelle Vorbemerkung zu: Ernst Thälmann, Antwort auf Briefe eines Kerkergenossen in Bautzen, Januar 1944, in: Neues Deutschland (ND) vom 21.10.1950, S. 3. Wie um sich von einem heimlichen Verdacht zu reinigen, war dem abgedruckten Brief ein Faksimile beigegeben, dessen Korrespondenz mit dem Text als Authentizitätsbeweis sorgfältig bezeichnet wurde: „Obenstehendes Faksimile zeigt einen Ausschnitt aus dem Original des in unserer gestrigen und heutigen Ausgabe veröffentlichten Briefes von Ernst Thälmann. Dieser Abschnitt erschien auf der 4. Seite unserer gestrigen Ausgabe.“ ND vom 22.10.1950, S. 4. Was allerdings unter dem so beteuerten Respekt vor dem Original genau zu verstehen war, hatte Ulbricht der ND-Redaktion zuvor so mitgeteilt: „Die Stellen, die meiner Meinung nach ausgelassen werden sollten, habe ich rot angezeichnet.“ Zit. nach: Thilo Gabelmann (i.e. Egon Gröbel), Thälmann ist niemals gefallen? Eine Legende stirbt, Berlin 1996, S. 186f. Zu den in der DDR ungedruckt gebliebenen Briefen Thälmanns an Stalin vgl. auch: Russel Lemmons, Rival. Ernst Thälmann in Myth and Memory, Lexington 2013, S. 71.

¹⁷ Zit. nach: T. Gabelmann (Anm. 6), S. 209. Gröbel selbst, der anfangs der 1980er Jahre eben diesen Vergleich im Zentralen Parteiarchiv der SED anstellen wollte, wurde nach eigenem Bekunden mitgeteilt, dass IML-Direktor Lothar Berthold zuverlässig vorgesorgt habe: „Solch einen Vergleich wird es niemals geben. Um das zu verhindern, hat Berthold ja die archivierten Briefe sperren lassen.“ Zit. nach: E. Gröbel (Anm. 6), S. 122.

¹⁸ Zit. nach: Joachim Petzold, Parteinahme wofür? DDR-Historiker im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft, Potsdam 2000, S. 320.

wissenschaft im 20. Jahrhundert das Phänomen der Selbstinstrumentalisierung. So argumentierte der konservative Historiker Gerhard Ritter vor allem politisch, als er 1931 den mit einer marxistisch inspirierten Studie zum Wilhelminischen Imperialismus und seinem Schlachtflottenbau hervorgetretenen Eckart Kehr als einen „für unsere Historie ganz gefährlichen ‚Edelbolschewisten‘“ ausgrenzte, der sich „lieber gleich in Rußland als in Königsberg habilitieren“ solle.¹⁹ Nicht anders verfuhr auch der linksliberale Historiker Hans Mommsen, als er sich 1962 als Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) dafür einsetzte, dass ein vom IfZ in Auftrag gegebener Artikel von Hans Schneider zum Reichstagsbrand von 1933, der sich gegen die auch von Mommsen selbst vertretene Alleintäterschaftsthese richtete, nicht zur Publikation gelangte. Mommsen hielt in einer Aktennotiz fest, dass „aus allgemeinerpolitischen Gründen“ eine Publikation „unerwünscht zu sein scheint“, und ventilierte darüber hinaus die Möglichkeit, auch eine anderweitige Veröffentlichung der Studie „durch Druck auf Schneider“ zu verhindern.²⁰

Wandel der Geschichtskultur

Doch dies blieben in der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach bisherigem Kenntnisstand bloße Einzelfälle. Historische Instrumentalisierung in dem vorgestellten Sinn stellt im Selbstverständnis unserer Zeit hierzulande keine herausragende fachwissenschaftliche Bedrohung mehr dar, sondern grassiert vornehmlich in Ländern mit schwächeren demokratischen Traditio-

¹⁹ Gerhard Ritter an Hermann Oncken, 24.9.1931, in: Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen, hrsg. v. Klaus Schwabe/Rolf Reichardt, Boppard 1984, S. 236f. Ritters harsches Urteil stand in Verbindung zu seinem ablehnenden Gutachten vom selben Tag über eine von Kehr als Bewerbungsarbeit für den preußischen Staatspreis eingereichte Habilitationsschrift über die Steinsche Reformpolitik, die Ritter als hasserfüllte Hetzschrift disqualifiziert hatte. Vgl. Gerhard Ritter an das Preußische Ministerium des Kultus und des Unterrichts, 24.9.1931, in: ebd., S. 237–241. Vgl. auch: Hans-Ulrich Wehler, Eckart Kehr, in: ders. (Hrsg.), Deutsche Historiker. Bd. 1, Göttingen 1971, S. 100–113.

²⁰ Zit. nach: Zur Kontroverse über den Reichstagsbrand (Stellungnahme der IfZ-Leitung), in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 49 (2001) 3, S. 555.

nen. Ein anschauliches Beispiel dafür bietet die 2006 vom iranischen Außenministerium veranstaltete „Holocaust-Konferenz“ in Teheran, die in pseudo-wissenschaftlicher Verbrämung antisemitische Hetze betrieb und zur Leugnung der Shoah aufrief. Zu wach ist dagegen hierzulande die Öffentlichkeit, zu stark die Macht der Medien, zu plural der fachliche Diskurs, als dass eine allzu grobe politische Indienstnahme der Geschichte vorstellbar wäre. So kannten, um nur ein Beispiel zu nennen, die Enquetekommissionen des Deutschen Bundestags zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zwar parteipolitische Deutungslager, aber sie unterdrückten weder abweichende Voten, noch suchten sie die Abfassung der von ihnen bestellten Fachexpertisen zu beeinflussen.

Gewiss: Die nach 1989 ausgetragenen Kabbalen um die Besetzung von Leitungsposten im Bereich der politischen Bildung und der Gedenkstättenarbeit, aber auch einiger außer-universitärer Zeitgeschichtseinrichtungen wie dem Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung künden in Fülle von der so ungenierten wie unheilvollen Einmischung politischer Instanzen. Aber alle Bemühungen um eine politisch lancierte Verhinderung historischer Arbeit und Unterdrückung gewonnener Erkenntnis haben in der bundesdeutschen Fachkultur mit ihrem System der selbstgesteuerten Forschungsförderung, der akademischen Forschungsfreiheit und der innerfachlichen Selbstbeobachtung gegenwärtig doch eher geringe Durchsetzungschancen. Der gewachsene Respekt der Politik vor der Autonomie der historischen Forschung resultiert weniger aus der gewachsenen Macht der akademischen Fachwissenschaft – die im Gegenteil ihr über lange Zeit behauptetes Deutungsmonopol längst mit den unterschiedlichen Akteuren, Formaten und Medien des Geschichtsdiskurses teilen lernen musste. Die bereitwillige Aufnahme auch belastender Forschungsergebnisse folgt vielmehr vor allem dem paradigmatischen Wandel der deutschen Geschichtskultur, die sich von einer mimetischen Traditionspflege hin zu einer kathartischen Aufarbeitungs-bereitschaft gewandelt und in der Anerkennung des nationalsozialistischen Zivilisationsbruchs ihren nationalen Grundkonsens gefunden hat.

Wie es scheint, hat sich das seit den 1960er Jahren gegen den anfänglichen Schweigekonsens der deutschen Mehrheitsgesell-

schaft anrennende Projekt der zeithistorischen Aufklärung über eine heillose Vergangenheit kraftvoll durchgesetzt. Der Wille zur historischen Offenlegung ist noch in der Bonner Republik erfolgreich gegen alle Schlusstrichforderungen angegangen, er hat mit Hilfe der aufkommenden Zeitzeugen, der massenmedialen Thematisierung und der akademischen Forschung den zunächst übermächtigen Wunsch nach historischer Selbstversöhnung und Schuldentlastung gebrochen, und er hat den in der Kontroverse um die Wehrmachtsausstellung Mitte der 1990er Jahre zum letzten Mal machtvoll aufgeflamten Vorwurf der nationalen Nestbeschmutzung endgültig hinter die Grenzen des gesellschaftlich ungestraft Sagbaren verbannt.

Die Bereitschaft zur schonungslosen Auseinandersetzung mit dem noch kein Menschenalter zurückliegenden Grauen des nationalsozialistischen Zivilisationsbruchs trägt der vereinigten Bundesrepublik weltweit Anerkennung ein. Noch auf der anderen Seite der Weltkugel, wie etwa in Kapstadt, haben sich der Auseinandersetzung mit dem deutschen Völkermord gewidmete Lernorte als nicht zuletzt von der Kulturpolitik des Auswärtigen Amtes gern genutzte Foren der kulturellen Begegnung etabliert – das Holocaust Centre gleichsam als moderne Form der Goethe-Gemeinde, wie sie Friedrich Meinecke nach dem Zweiten Weltkrieg als Mittel einer geistigen Erneuerung nach der „deutschen Katastrophe“ hatte initiieren wollen.

Für immer immun?

Doch die Annahme, dass auf diese Weise die Historie ihre politische Indienstnahme dauerhaft abgewehrt, gleichsam Immunität gegen Instrumentalität eingetauscht habe, führt in die Irre. Insbesondere der seit dreißig Jahren ansteigende Geschichtsboom, der die Erforschung der Vergangenheit aus dem Ghetto einer universitären Spezialdisziplin in die Mitte der Gesellschaft katapultiert hat, stellt zugleich die Mechanismen der fachlichen Selbstkontrolle auf neue Proben. Neben der freien akademischen Befassung haben sich heute auch in der historischen Disziplin verschiedenste Spielarten der wissenschaftlichen Auftragsforschung etabliert. So setzt der Bund im Rahmen sei-

ner Forschungsförderung eigene inhaltliche Schwerpunkte auch in den Geisteswissenschaften.¹¹ Das Bundesverteidigungsministerium unterhält sogar eine zentrale Ressortforschungseinrichtung, die auf der Basis ministerieller „Forschungsweisungen“ arbeitet und in ihrer wissenschaftlichen Handlungsfreiheit nach Auffassung des Wissenschaftsrats bedrohlichen Einschränkungen unterliegt.¹²

In der historischen Unternehmensforschung hat sich lange Zeit eine Tradition der Firmengeschichte behauptet, die sich mit methodischer Konventionalität und darstellerischer Distanzlosigkeit zum hagiografischen Sprachrohr unternehmerischer Selbstdarstellung machen ließ. Als Subdisziplin von „fragwürdigem wissenschaftlichem Wert“ ist dieser Zweig der Unternehmensgeschichte daher bereits seit Längerem in den Fokus auch in-

¹¹ Beispielsweise unterstützt das Bundesministerium für Bildung und Forschung laut seinem aktuellen Rahmenprogramm „die Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften darin, ihren Beitrag zum Verständnis der gesellschaftlichen Gegenwart in Europa und weltweit, zur Erschließung des kulturellen Erbes und zur Wertschätzung und Verwirklichung von Vielfalt und Zusammenhalt zu leisten“, indem es eigene Forschungsvorhaben definiert: „Das kulturelle Erbe, das in Archiven und Sammlungen, Museen und Bibliotheken erhalten wird, soll durch Forschung besser erschlossen, verstanden, bewusst gemacht und präsent gehalten werden. Neben der langfristig angelegten institutionellen Förderung der Leibniz-Forschungsmuseen setzen wir in diesem Bereich neue Impulse durch gezielte Projektförderung“. BMBF, Rahmenprogramm Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften, o. D., www.bmbf.de/pubRD/Rahmenprogramm-Text_Dezember-final_%282%29.pdf (1. 10. 2013).

¹² Der Wissenschaftsrat hatte das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA; heute Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr) 2005 evaluiert und in seinem Bewertungsbericht festgestellt: „Die Leitung der Abteilung ‚Forschung‘ verfügt nicht über ein umfassendes Entscheidungsrecht in wissenschaftlichen Fragen, das die Entwicklung einer erkennbaren Forschungsperspektive für das MGFA sowie eine kohärente Themenstellung ermöglichen würde. Auch fehlen das Verfügungsrecht über das wissenschaftliche Personal sowie das Recht, dem BMVg vorzutragen. Die genannten Befugnisse liegen sämtlich beim militärischen Amtsleiter, der gemeinsam mit dem Wissenschaftlichen Beirat auch den Kontakt zum BMVg hält.“ Wissenschaftsrat, Stellungnahme zum Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA), Potsdam, 19. 5. 2005, www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/7261-06.pdf (1. 10. 2013).

nerfachlicher Kritik geraten.¹³ Umgekehrt impliziert nicht jeder politische Auftrag auch eine fachliche Abhängigkeit. Die zahlreichen Expertenteams, die in den vergangenen Jahren konstituiert wurden, um die NS-Vergangenheit oberster Bundesbehörden und den späteren Umgang mit ihr zu erhellen, arbeiten sämtlich im Auftrag und auf Rechnung der jeweils untersuchten Behörde und doch zugleich bis hin zum Bundesnachrichtendienst und zum Bundesamt für Verfassungsschutz in erklärter fachlicher Unabhängigkeit. Auch in der über Jahre hinweg geführten Debatte um das Auswärtige Amt und seine NS-Vergangenheit ist bei aller Schärfe niemals der Vorwurf erhoben worden, dass die mit der Untersuchung betraute Historikerkommission sich von Vorgaben ihrer ministeriellen Auftraggeber hätte leiten lassen.¹⁴

Die Janusköpfigkeit der historischen Instrumentalisierung beschränkt sich nicht auf ihre intentionale Inanspruchnahme. Sie findet unvermeidbar bereits dort statt, wo die Geschichtsschreibung ihre analytische und reflexive Distanz gegen den geschichtskulturellen Konsens der Gegenwart eintauscht. Allein der Glaube, dass aus der Geschichte gelernt und damit ihre Wiederholung verhindert werden könne, sichert der Historie in unserer Zeit materielle und immaterielle Ressourcen, die ihrer disziplinären Leistungskraft enorm zugute kommen – und nimmt sie gleichzeitig in den Dienst eines volkspädagogischen Zwecks, der die kritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlich anerkannten Meistererzählungen ihrer eigenen Zeit erschwert. Im epochalen Paradigma der

¹³ Vgl. Kim Christian Priemel, Gekaufte Geschichte. Der „Freundeskreis Albert Vögler“, Gert von Klass und die Entwicklung der historischen Unternehmensforschung nach 1945, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte/Journal of Business History, 52 (2007) 2, S. 117–202; Cornelia Rauh, „Angewandte Geschichte“ als Apologetik-Agentur? Wie Erlanger Forscher Unternehmensgeschichte kapitalisieren, 2011, www.hist.uni-hannover.de/fileadmin/historisches_seminar/lehrende/cornelia_rauh/Rauh_zu_Schoellgen_ZAG_in_ZUG_56.pdf (1. 10. 2013).

¹⁴ Vgl. Eckart Conze et al., Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010. Zur Rezeption der Studie vgl. Wolfgang Schultheiss, Zuspitzungen. Anmerkungen zu „Das Amt und die Vergangenheit“, Berlin 2013; Martin Sabrow/Christian Mentel (Hrsg.), Das Amt und die Vergangenheit. Eine deutsche Debatte, Frankfurt/M. 2013 (i. E.).

„Aufarbeitung“ hat die Zusammenführung von politisch-kulturellen und wissenschaftlichen Standards der Auseinandersetzung mit der heillosen Vergangenheit des 20. Jahrhunderts breite Anerkennung erfahren, während die Risiken dieser *liaison dangereuse* von Geschichtspolitik, Zeitzeugenkultur und Wissenschaft bislang nur in Ausnahmefällen ins Bewusstsein treten.¹⁵

Selbst die gesetzliche Kriminalisierung der Auschwitzlüge oder der Leugnung des Genozids an der armenischen Bevölkerung macht wie jede andere gesellschaftliche Kodifizierung historischer Erkenntnisse Geschichte zum Instrument außerfachlicher Zwecke. Gesellschaftlich weithin anerkannt argumentieren Stimmen im Fachdiskurs, die der Erinnerung in der Figur des „moralischen Zeitzeugen“ und seiner Authentizität einen von der Empirie gelösten Erkenntniswert zubilligen,¹⁶ oder die Geschichtsschreibung zur Durchsetzung historischer Narrative auffordern.¹⁷ Aber auch sie unterwerfen die Wissenschaft von der Geschichte ei-

¹⁵ Ausnahmen bildeten etwa die öffentliche Rezeption der Voten der von der Politik eingesetzten Enquetekommissionen zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte, die seit den 1990er Jahren bundes- und länderseitig eingesetzt wurden. Vgl. Klaus Härtung, Streit um die Geschichte. Die Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur beendet ihre Arbeit, in: Die Zeit vom 13. 5. 1994; Martin Sabrow et al. (Hrsg.), *Wohin treibt die DDR-Erinnerung?* Dokumentation einer Debatte, Göttingen 2007; Gudrun Mallwitz, Aufarbeitung der SED-Diktatur: Eklat in Enquetekommission, in: Berliner Morgenpost vom 2. 7. 2011; Thomas Metzner, Gutachter: Regierung torpediert Enquetekommission, in: Der Tagespiegel vom 24. 7. 2011.

¹⁶ „Der Historiker kann und darf sich über die persönlichen Erinnerungen nicht einfach hinwegsetzen, sonst verkommt (im Falle des Holocaust, *Anm. MS*) seine Darstellung zu einer Abstraktion, die vom damaligen Erleben ebenso abgeschnitten ist wie von der Chance des gegenwärtigen persönlichen Nachvollzugs.“ Aleida Assmann, Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München 2006, S. 50. „Auch wenn sich die Einzelheiten dieser Erinnerung (des moralischen Zeugen, *Anm. MS*) gelegentlich als faktisch inakkurat erweisen, statet die Authentizität der biographischen Erfahrung und ihrer lebenslangen, oft traumatischen Wirkung den moralischen Zeugen mit einer ungefragten Autorität aus.“ Dies., Die Last der Vergangenheit, in: *Zeithistorische Forschungen*, 4 (2007) 3, S. 375–385.

¹⁷ „Andererseits braucht man, um eine historische Großerzählung – einen Mythos, wie Herfried Münkler sagen würde – durchzusetzen, eine Botschaft, einen Ort, einen Zeitpunkt.“ Rainer Eckert, Diskussionsbeitrag, in: Katrin Hammerstein/Jan Scheunemann (Hrsg.), *Die Musealisierung der DDR. Wege,*

nem außerwissenschaftlichen Zweck – sei er in der Geschichtskultur auch noch so akzeptiert. Gerade das unsere Gegenwartsepoche der Aufarbeitung prägende einvernehmliche Zusammenwirken von Geschichtspolitik, Gedenkkultur und Zeitgeschichte verstößt gegen den Grundsatz, dass nur und immer die Infragestellung des allgemein Anerkannten die Weiterentwicklung der Wissenschaft sichert.¹⁸

Dies führt zu dem gerade für die heutige Diktaturaufarbeitung so provokanten Satz Reinhart Kosellecks, dass Geschichte von den Siegern zwar erfolgreich gemacht, aber nicht erfolgreich geschrieben wird, und der geschichtliche Wandel im Gegenteil von den Besiegten zehrt, weil nur sie auf kritische Befragung statt auf bequeme Bestätigung des Status quo zielten.¹⁹ Der gleiche Vorbehalt lässt sich gegenüber staatlichen oder privatwirtschaftlichen Forschungsaufträgen geltend machen, deren fachliche Einflussnahme weniger aus der regelmäßigen Identität von Auftragsvergabe und Quellenhoheit resultiert als aus der Festbeschreibung kulturell anerkannter Urteilskonventionen und Forschungswege: Nicht in ihrer gewollten inhaltlichen, sondern in ihrer ungewollten paradigmatischen Affirmation steckt das Kernproblem der Auftragsforschung.²⁰

Gebrauch und Missbrauch

Doch auf der anderen Seite gilt ebenso, dass Geschichte, wo immer sie aus der akademischen Sphäre heraustritt, nie zweckfrei ist, sondern immer auch eine Indienstnahme bedeutet. „Histotainment“ in den Massenmedien und in der historischen Eventkultur ist Teil unseres Alltags, und die Bewirtschaftung der Vergangenheit hat im Zuge des Geschichtsbooms neben der populären Geschichtsvermittlung längst Felder erobert, in denen es we-

Möglichkeiten und Grenzen der Darstellung von Zeitgeschichte in stadt- und regionalgeschichtlichen Museen, Berlin 2012, S. 82.

¹⁸ Zum Epochencharakter der Aufarbeitung vgl. Martin Sabrow, „Vergangenheitsaufarbeitung“ als Epochenbegriff, in: *Merkur*, 67 (2013) 6, S. 494–505.

¹⁹ Vgl. Reinhart Koselleck, Erfahrungswandel und Methodenwechsel. Eine historisch-anthropologische Skizze, in: ders., *Zeitschichten*, Frankfurt/M. 2000, S. 27–77, hier: S. 67ff. Vgl. auch: A. Assmann, Schatten (*Anm. 16*), S. 69f.

²⁰ Vgl. Bernhard Schulz, Auf eingefahrenem Gleis. Wie die Auftragsforschung die Geschichtsschreibung beeinflusst, in: *Der Tagesspiegel* vom 16. 1. 2012.

niger um die Vergangenheit als vielmehr um die Zukunft geht. Geschichtsmarketing zählt zu den wichtigsten Maßnahmen der Kundenbindung, gleichviel ob es sich im augenzwinkernden „Retrostyle“ von Kleinwagen in der Autoindustrie zeigt oder in der geschichtstouristischen Vermarktung von Altstädten und Gedenkorten, in der Nutzung historischer Ikonen für das *product placement* oder in der Schaffung von Herstellervertrauen durch Traditionsversicherung, die noch bis in die Werbung für das tägliche Morgenbrötchen reicht: „Heiß drauf. Seit 1887.“^{F1} Mit der *public history* hat sich im zurückliegenden Jahrzehnt auch in Deutschland ein historisches Arbeitsfeld etabliert, welches das so spannungs- wie ertragreiche Verhältnis von Wissenschaft und Wirtschaft sowohl analytisch zu durchdringen wie praktisch zu gestalten sucht.

So führt die Frage nach Geschichte als Instrument notwendigerweise zu einem wider-

^{F1} So der Werbespruch eines Backwarenunternehmens, vgl. www.backeria.de (1. 10. 2013).

sprüchlichen Befund. Nicht jeder Gebrauch der Geschichte ist zwingend Missbrauch; von Instrumentalisierung lässt sich sinnvollerweise nur dort sprechen, wo die fachliche Erschließung der Vergangenheit beabsichtigt oder unbeabsichtigt zur außerfachlichen Beglaubigungsinstanz wird. Empirische Verfälschung, normative Fesselung und teleologische Verzerrung sind Spielarten einer Indienstnahme der Historie, denen die Geschichtswissenschaft mit ihren reflexiven Kräften immer wieder kritisch zu begegnen hat und auch erfolgreich begegnen kann. Darüber hinaus aber den öffentlichen Gebrauch der Geschichte selbst als grundsätzlich illegitim und verfälschend zu verdammen, würde nicht nur die fachlichen Wirkungs- und Entwicklungschancen verschenken, die sich aus der Inanspruchnahme historischer Expertise im politischen und gesellschaftlichen Raum ergibt. Es würde am Ende die Historie von der immer wieder bedrohten und zu verteidigenden Zweck- und Bindungsfreiheit in die offenbare Sinnlosigkeit überführen.

Politisch, aktuell und digital

APuZ – auch im ePub-Format
für Ihren E-Reader. Kostenfrei auf
www.bpb.de/apuz



Bodo von Borries

Zurück zu den Quellen? Plädoyer für die Narrations- prüfung

Essay

Die „Instrumentalisierung von Historie“, also die Indienstnahme von Geschichtsschreibung für politische, kulturelle oder wirtschaftliche Zwecke, ist

Bodo von Borries

Dr. phil., geb. 1943; Professor i. R. für Erziehungswissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Didaktik der Geschichte an der Universität Hamburg, Von-Melle-Park 8, 20146 Hamburg. bvborries@aol.com

kein neues Phänomen.

Um ein Beispiel für viele zu bringen: Im Schloss Wilhelmstal bei Kassel gibt es eine wunderschöne Rokoko-Fayence: Klio, die Muse der Geschichte, sitzt nackt und mit verbundenen Augen auf

dem Schoß des Kriegsgottes Mars und schreibt mit ihrer Feder nach dessen Diktat. Das kann – vor fast 300 Jahren – nur halb ironisch, halb zynisch gemeint gewesen sein. Geschichte ist nie zweckfrei, nie neutral. Sie erklärt immer – durch Erzählung über angeblich relevante Geschehnisse und Wandlungen in der Vergangenheit – die Gegenwart und eröffnet dadurch Zukunft. Aber wie?

Dieser Mechanismus schließt ein, dass der Geschichtsschreiber, ob er will oder nicht (und offen oder verdeckt), eine Absicht und ein Interesse verfolgt, eine Position und Perspektive einnimmt, eine Folgerung und Orientierung für die Gegenwart bietet. Gaius Julius Caesar hat seine Kommentare zum „Gallischen Krieg“ und zum „Bürgerkrieg“ gleich selbst verfasst, damit keine „falschen“ oder „unerwünschten“ Deutungen aufkommen konnten, Octavianus Augustus ließ seinen „Tatenbericht“ in den Provinzen auf großen Steintafeln einmeißeln. Geschichte, um das mindeste zu sagen, wird von den Siegern geschrieben; andere reden von den „Mördern“. *Damnatio memoriae*, das Ver-

bot der Erinnerung an überwundene Gegner, auch die Vernichtung ihrer Denkmäler und Schriftstücke, ist zu allen Zeiten eine übliche Praxis gewesen. Ebenso häufig allerdings versucht man, das Bild des Besiegten tiefschwarz einzufärben, wozu man als überlegener und überlebender Sieger zahlreiche Möglichkeiten hat. Die herrschende Geschichte ist stets die Geschichte der Herrschenden gewesen.

Statt Geschichte als Instrument kann man auch *Nutzung oder Gebrauch von Geschichte* sagen – oder *Erinnerungskultur*. Das macht die Unentrinnbarkeit ganz deutlich. Nicht der kommunikativ ausgetragene Streit über Geschichte („umkämpfte Geschichte“) ist ein Problem. Das ist ganz normal. Schlimmer ist etwaige Uniformität, wie sie in traditionellen hierarchischen Gesellschaften einerseits und modernen Diktaturen andererseits gewünscht und (teilweise) erzeugt wird. Da findet eine Debatte über Geschichte nur im Geheimen statt. Es ist also wohlfeil und unfruchtbar, wieder einmal festzustellen, dass irgendjemand Historie zu instrumentalisieren versuche. Das ist unvermeidbar. Was sollte er oder sie sonst tun? Eine andere Frage ist, wie weit wissenschaftliche Historie, wie es sie seit der späten Aufklärung gibt, Garantien gegen (illegitime, aggressive, vorurteilhafte, verfälschende) Instrumentalisierung entwickeln kann. Es gibt Methodenstandards der äußeren und inneren Quellenkritik, des interkulturellen und internationalen Austausches zwischen zu Partnern gewordenen ehemaligen Gegnern und schließlich eine Forschungsethik des Geltenlassens von (echten) Gegen-Quellen und (begründbaren) Gegen-Interpretationen.

Aber gravierende Risiken des absichtlichen Betrugs und des vielfach unabsichtlichen Selbstbetrugs sind damit noch lange nicht vom Tisch. Gezielte Täuschung anderer ist nicht nur im Nationalsozialismus und Bolschewismus vielfach betrieben worden, *corriger l'histoire* war auch in Weimar üblich. Vor allem da, wo es gar nicht um Herstellung falscher Daten, sondern um Durchsetzung günstiger Deutungen geht, bleibt das ein übliches Geschäft auch ehrenwerter demokratischer Historikerinnen und Historiker. Aber Selbsttäuschung stellt das größere Problem dar. Auch Geschichtsschreiber bleiben manchmal in den eigenen Vorurteilen und Weltansichten gefangen, können sich andere Betrachtungsweisen gar nicht vorstellen.

Methodensorgfalt statt Moralpredigt

Natürlich ist es berechtigt, Instrumentalisierungen von Geschichte anzuprangern, wenn sie intellektuellen und normativen Standards nicht entsprechen. Aber das Risiko unfruchtbarer gegenseitiger Vorwürfe ist groß. Moralisieren bringt wenig. Stattdessen kommt es darauf an, die methodischen Fähigkeiten so zu entwickeln, dass man Manipulationen anderer nicht aufsitzt, sich auch vor Autosuggestionen schützt und schließlich offensiv Dritten bei der Entdeckung und Unschädlichmachung illegitimer Instrumentalisierungen helfen kann. Das darf man „Aufklärung durch methodisch reflexiv abgesicherte Historiografie“ nennen.¹

Es hilft also nichts; man muss an theoretische Vorbedingungen dessen heran, was Historie überhaupt ist und liefert und wie man sie relativ sicher gegen platte und fälschende Instrumentalisierungen machen kann. Und dafür sind die jüngsten nationalen Kontroversen, etwa über die perfekte NS-Gleichschaltung (?) oder relative NS-Widerständigkeit (?) des Auswärtigen Amtes (sowie die Nachgeschichte nach 1945), über die Verharmlosung (?) oder Verteufelung (?) der DDR-Geschichte sowie über die Produktivität (?) oder Negativität (?) der 68er-Bewegung in Westdeutschland, nicht die besten Beispiele. Scheinbar weiter entfernte Geschichtsthemen (Kolonialgeschichte, Geschlechterbeziehungen, Umweltverwüstungen) lassen einen gelasseneren Umgang zu – und erweisen sich häufig als mindestens ebenso identitäts- und zukunftsrelevant (aber nicht so modisch).

Eine klassische Frage eines Kindes könnte etwa sein: „*Warum sind die Österreicher eigentlich keine Deutschen, obwohl sie doch Deutsch sprechen?*“ Die Antwort kann nur in einer Geschichte über vergangene Prozesse bestehen – und zwar in narrativer Struktur. Dabei wird es ganz verschiedene Geschichtsversionen geben, zum Beispiel deutsche und österreichische, ungarische und französische Varianten, aber nicht nur *die eine* richtige bei lauter anderen tendenziell oder grob falschen.

¹ Die Forschungsgruppe „FUER Geschichtsbewusstsein“ hat dafür den Terminus „(methoden-) reflektiert und (selbst-) reflexiv“ eingeführt. Vgl. Waltraud Schreiber et al., *Historisches Denken. Ein Kompetenz-Strukturmodell*, Neuried 2006.

Es gelten nämlich nicht für alle Individuen beziehungsweise Gruppen dieselben Geschichten in gleichen Versionen. Das hat man „Identitätskonkretheit“ genannt. Aber Identitätskonkretheit von Geschichte schließt Triftigkeit, also den Anspruch auf Richtigkeit und Plausibilität („Wahrheit“), nicht aus, sondern verlangt sie. Denn wir leben in Netzwerken und nicht nur in einer Identität. Jede(r) hat nicht nur eine nationale Zugehörigkeit und Selbstdefinition, sondern auch eine altersgruppen-, schicht-, bildungs- und geschlechtsspezifische, eine regionale, europäische und universale *historische Identität*.

Es ergeben sich dabei verständlicherweise auch Konflikte und Kontroversen. „Umkämpfte Geschichte“ statt „gemeinsamer Geschichte“ (beides wird – in zweierlei Bedeutung – auch „geteilte Geschichte“ genannt) ist in pluralistisch-heterogenen Gesellschaften ganz normal und nicht zu skandalisieren. Spannend – und eine Frage der „demokratischen Kultur“ – ist erst, wie damit umgegangen wird, nämlich abwehrend und feindselig herabsetzend oder kommunikativ und neugierig suchend. Eben dazu müssen *Methodenstandards* eingehalten werden, und zwar kognitiv wie human. Es geht – nicht nur, aber besonders in kulturell gemischten Lerngruppen – nicht an, die eigenen Interessen oder Vorurteile unumwunden für den Nabel der Welt zu erklären und keineswegs mehr in Frage stellen zu lassen. Statt dessen gilt: *Audiatur et altera pars!* Fachdidaktisch und unterrichtspraktisch heißt das: „verhandeln statt anordnen“.

Dabei ist es nicht so, dass alle historische Erkenntnis mit Quellenfindung, Quellenbeurteilung und Quellenauswertung beginnt. Der Einzelne – wie auch eine Gruppe oder eine Schulklasse – kann auch über eine provokative Deutung oder eine umstrittene Schlussfolgerung in historisches Lernen einsteigen (Verunsicherung). Oft wird das sogar motivierender und lebensnäher sein. Entscheidend ist, dass die *Prüfung auf Kontraste* und die *Prüfung auf Triftigkeiten* eng zusammengehören. Wer gar nicht wahrnimmt, dass verschiedene Quellen, abweichende Darstellungen und gegensätzliche Botschaften zu gleichen historischen Phänomenen vorliegen, hat die Logik historischen Denkens, die Chance zu Fremdverstehen und Selbsteinsicht, noch nicht begriffen. Wer umgekehrt nicht mehr nach der *besten* – aber nicht einzigen – *Version* (meist muss sie

hoch-inklusiv ausfallen) fragt und sucht, kann seine historische Orientierung, sein Welt- und Selbstverständnis, seine Handlungsoptionen nicht durch historisches Lernen optimieren und revidieren.

Wert und Grenzen der Quellenarbeit

Wenn man die Geschichtsschulbücher seit etwa 1970/1975 anschaut, könnte man denken, „Quellenarbeit“ sei inzwischen zur „geschichtsdidaktischen Monostruktur und Monokultur“ geworden. Ist das heute wirklich noch der Stand der Erkenntnis? Zwar ist richtig, dass Quellenarbeit beim Geschichtslernen unverzichtbar ist – sie ist aber nicht alles. Zudem gilt: Quellenarbeit muss viel mehr sein als bloße Informationsentnahme.

Nach 1968 ging es darum, bis dahin verschwiegene, aber für Bürgerinnen und Bürger überaus wichtige Geschichte erst einmal sichtbar zu machen: Die Geschichte der Unterschichten und Außenseiter, der Kolonisierten, der Frauen (und Kinder), der Umweltnutzung und -zerstörung, der *Conditio Humana* (Alltagsgeschichte) oder der sozialen Bewegungen kam bis 1968 nicht oder kaum vor; und bei Nachfragen wurde oft – aber fälschlich – erklärt, dazu gäbe es keine Quellen. Die Aktivist:innen der Reform (Geschichtswerkstätten, Projektarbeit, Forschendes Lernen) gaben als Strategie das Selbermachen aus: „Grabe, wo Du stehst!“; und das führte oft ziemlich weit. Wer aber gräbt, findet zunächst mehr Quellen (darunter auch erzählende oder Traditionsquellen) als fertig ausgearbeitete, schon vorgegebene Darstellungen. Statt programmatischer, juristischer und abstrakter Quellen(texte) sollten biografisch-konkrete Beispiele gewählt, also „Erfahrungsgeschichte von unten und innen“ präsentiert werden. Freilich weisen solche Quellen meist das Problem der Vereinzelung, der fehlenden (beziehungswise erst festzustellenden) Repräsentanz auf. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, ein Justizirrtum – selbst Justizskandal – noch kein Unrechtssystem. Aber selbst bei „großen“ politischen Entscheidungen ist die Lage oft so eindeutig nicht. Gibt es wirklich die eine Entscheidung (Ulbrichts) über den Mauerbau, oder war auch das ein Prozess, in dem verschiedene Phasen anfielen, verschiedene Kräfte und Interessen mitspielten – und der Kreml (Chruschtschow) ein erhebliches Wort mitsprach? Mit anderen

Worten: Einzelquellen müssen sorgfältig eingebettet, erklärt und kontextualisiert werden. Quellen lassen sich durchaus suggestiv-missbräuchlich einsetzen.

Nach 1968 wurde jedoch leider das – völlig triftige – Konzept „Zu den Quellen“ (*Ad fontes!*) gegen die Einsichten der Theoretiker in der Schulpraxis zugleich verabsolutiert und verkürzt. „Quellen, Quellen, Quellen“ in jeder Stunde wurden üblich, vielleicht sogar eine Monokultur. Aber die Multiperspektivität des Quellenangebots war dabei keine Selbstverständlichkeit; und eigene Geschichtsdarstellungen wurden meist schon gar nicht erstellt. Das heißt: Die eigentliche Syntheseleistung der Kontextualisierung und Narrativierung – erst recht der Sinnbildung über Zeit(verlaufs)erfahrung und Orientierung für die Gegenwart entfiel zugunsten von bloßer Informationsentnahme. Es wurde in der Vergangenheit herumgestochert, statt Prozesse, Entwicklungen, Änderungen aufzuzeigen.[¶]

Die Verkürzung schulischer Quellenarbeit auf Informationsentnahme und die Eingewöhnung in autoritative Vor-Auswahl „solider“, „belastbarer“ Quellen für die stets knappe Unterrichtszeit hat dramatische Folgen. Jugendliche verkennen und verkehren in ihrem Denken tendenziell geradezu die Funktionen von ereignisnahen (zeitgenössischen) Quellen und retrospektiven (heutigen) Darstellungen. Wie durch eine größere Befragung empirisch erwiesen ist,[¶] halten sie „Quellen“ eher für objektiv, vollständig und triftig, „Darstellungen“ eher für subjektiv, beliebig und unzuverlässig. Diese fatale Fehleinschätzung sollte durch weitere Dogmatisierung von versimpelter Quellenarbeit nicht weiter unterstützt werden.

Probleme beim Lernen aus Quellen

Instrumentalisierung von Geschichte heißt oft schlicht verschweigen und leugnen. Man hofft, dass die Besiegten oder Ausgemordeten

[¶] Vgl. Hans-Jürgen Pandel, Textquellen im Unterricht. Zwischen Ärgernis und Erfordernis, in: Geschichte lernen, 8 (1995) 46, S. 14–21; ders., Was macht ein Schulbuch zu einem Geschichtsbuch?, in: Saskia Handro/Bernd Schönemann (Hrsg.), Geschichtsdidaktische Schulbuchforschung, Berlin 2006, S. 15–37.

[¶] Vgl. Bodo von Borries et al., Schulbuchverständnis, Richtlinienbenutzung und Reflexionsprozesse im Geschichtsunterricht, Neuried 2005, S. 71–75.

so schwach sind, dass ihre Seite keine eigene langfristig wirkkräftige Tradierung mehr zustande bringen kann (und insofern kulturell ausstirbt). Quellen werden nicht selten zusammen-gefälscht oder – noch häufiger – ausgelöscht (Solche Vernichtungsaktionen gibt es nicht nur bei Geheim- und Sicherheitsdiensten, sondern vielfach auch bei „demokratischen“ Regierungen). Es genügt deshalb eben nicht, einen einzelnen Beleg oder ein paar Dokumente zu haben, sondern man braucht (fast) alle Quellen (fast) aller Seiten. Das allerdings ist oft schon rein quantitativ – und vor allem linguistisch (Fremdsprachenzahl!) – nicht zu leisten, schon gar nicht für den Laien.

Alle Geschichte ist hoch selektiv; niemand kann *die ganze Geschichte (histoire totale)* schreiben. Aber weder bei der Themenentscheidung noch bei der Materialauswahl ist der Geschichtsschreiber ganz frei. Es gibt Skandale und Zivilisationsbrüche, die man nicht übergehen kann; es gibt Moralstandards, die Nachkommen von Opfern den Enkeln von Tätern aufdrängen dürfen. Ein redlicher türkischer Historiker kann schwerlich den Armenier-Genozid ab 1915 (und nenne er ihn „Präventivmassaker gegen den drohenden Armenier-Aufstand 1915“) auslassen. Und wer diesen Prozess untersucht, darf nicht nur mit osmanischen Quellen – vielfach sorgfältig beiseite gebracht oder schon im Vorgang selbst in Schriftform vermieden – arbeiten. Die seltenen schriftlichen Äußerungen von Opfern, die Berichte internationaler Zeitzeugen – sogar Fotos (von Armin T. Wegner)! – und die Aussagen von Überlebenden sind unerlässlich. Was heißt das für die Quellenbenutzung beim Geschichtslernen? Ohne Quellen geht es nicht (so wenig wie in irgendeiner verantwortbaren Geschichtsschreibung). Aber nur mit wenigen stromlinienförmigen Quellen (wie sie in den meisten Schulbüchern aus Überforderungssorge nur geliefert werden) geht es erst recht nicht.

Natürlich ist es übertrieben, dass *eine* Quelle noch *keine* Quelle sei. *Ein einziger* Beleg kann, wenn er echt, verbürgt und anerkannt ist, durchaus ein Durchbruch, ein Kronzeugnis sein. Aber wer garantiert für seine Echtheit? Im Regelfall wird es zur Prüfung der Authentizität, des Stellenwertes, der Generalisierbarkeit, sogar bei den wichtigsten Schlüsseldokumenten, auf ausführlichen Vergleich, sowohl im Zusammenhang (Kontextualisierung) wie mit Gegenzeugnissen (Multiperspektivität), ankommen. Nur in einer Bewährdidaktik gepflegten Quellen schon perfekt eingebettet und autoritativ „gesichert“ zu sein. Gerade das kann sie für Manipulation und Instrumentalisierung hoch anfällig machen.

Neue Monokultur

In integrierten Schulpraktika und Kernpraktika habe ich in den vergangenen Jahren relativ viel Unterricht beobachtet und in zahlreichen Hospitationsprotokollen über Alltagsunterricht nachlesen können. Das ist zwar nicht repräsentativ, hat aber einen kompakten Eindruck hinterlassen, zumal die vielen Stunden meiner Praktikantinnen und Praktikanten die offenbar als erwünscht geltende Gestaltungsweise ebenfalls intensiv spiegeln. Demnach scheint eine neue – und hoch fragwürdige – *fachmethodische Monokultur* entstanden zu sein.

Es gibt nur noch sehr selten Hausaufgaben; und auch dann wird meist nicht gewagt, neuen Unterricht auf ihnen aufzubauen. Damit kommt längere zusammenhängende Lektüre kaum noch vor, die für historische Kontextualisierung so wichtig ist. Es fehlt dadurch nicht nur an – ohnehin niemals gelingenden – *Überblicks- und Grundkenntnissen*, sondern auch an *Arbeits- und Problemwissen* zu jeweiligen Thema. Sehr verbreitet ist „arbeitsteilige Gruppenarbeit“ zu zwei bis vier Quellentexten (jeweils allenfalls eine Druckseite lang und oft keineswegs kontrovers beziehungsweise multiperspektivisch), bei der die Schülerinnen und Schüler viel Zeit bekommen, Quellen mit Arbeitsaufgaben zu erschließen und ihre Ergebnisse anschließend den Mitschülern in einer „Museumsführung“ (auch „Gruppenpuzzle“ oder „Gallery Walk“ genannt) zu präsentieren. Meist fehlt dabei eine anschließende *vertiefende und vergleichende Plenarauswertung* unter Lehreranleitung; mithin gibt es regelhaft auch keine methodenreflektierenden und selbstreflexiven Schleifen. Das Ergebnis der Doppelstunde besteht somit darin, dass jede(r) Lernende etwa eine Druckseite Quellentext zur Kenntnis genommen hat, ohne dass eine nennenswerte Kontextualisierung oder Narrativierung stattgefunden hätte, geschweige denn nach einer historischen *Sinnbildung* („Orientierungskompetenz“) gefragt worden wäre. Über Informationsentnahme kommt man kaum hinaus.

Die „Historische Kompetenzförderung“ wird so auf eine recht bescheidene „Methodenorientierung“ des bloßen Umgangs mit Materialarten („Quellen“, „Bilder“, „Tabellen“ ...) beschränkt. Dabei liegt keineswegs eine Überforderung, sondern eine Unterforderung der Lernenden – jedenfalls der Leistungsstärkeren – vor, die in der gleichen Zeit locker ein Vielfaches an Text bewältigen könnten. An der Oberfläche wird Kommunikation angeregt, Veranschaulichung geleistet, Abwechslung angeboten, Beweglichkeit erzeugt – in der Tiefenstruktur spielt die Fachlichkeit, die Grammatik des „historischen Denkens“, dabei keine nennenswerte Rolle. Möglicherweise wiederholt sich genau das Spiel mit der überverallgemeinerten und zugleich versimpelten Quellenarbeit nach 1968: Schüleraktivierung (etwa „Kooperatives Lernen“, früher auch „Gruppenarbeit“ genannt) ist theoretisch völlig vernünftig; nun droht ihre Verabsolutierung und Verkürzung. Auch das kann rasch eintönig, langweilig und unproduktiv werden.

„Quellenarbeit“ ohne eigene Narrationsproduktion ist bloß ein Etikettenschwindel, ebenso „Kooperatives Lernen“ ohne Vertiefung und Ausdiskutieren von Kontroversen und abweichenden Gegenwartsbezügen. Die Gleichsetzung von Geschichte mit Stoffmassen (nicht mit Interpretationen und Zusammenhängen, eben zu lösenden Problemen und abzuwägenden Sinnbildungen) sitzt so fest, dass auch Quellenarbeit und Problemorientierung, Handlungsorientierung und Methodentraining – alle vier natürlich seit Jahrzehnten gute Vorformen von Kompetenzorientierung – oft nur unverbindliche Schlagworte geblieben sind. Die Einsicht, dass Historie jeweils ein mentales Konstrukt in narrativer Struktur und perspektivischer Begrenztheit bedeutet, hat sich im Alltag keinesfalls durchgesetzt.

Freilich gibt es einen guten Grund für diese Enthaltensamkeit, nämlich ein ungelöstes Problem der Kompetenzorientierung: Synthetisch re-konstruktive Quellenarbeit wie analytisch de-konstruktive Darstellungsprüfung kosten bei einem einzelnen Thema jeweils deutlich mehr Lernzeit – vorsichtig gesagt: etwa die dreifache – als herkömmlicher leitfaden- oder quellengestützter Geschichtsunterricht. Lernzeit für Historie aber ist stets extrem knapp, selbst wenn der Trend zu weiteren Kürzungen in den Stundentafeln gestoppt wird. Solange also eine geheime (aber kanonbezogene)

Stofforientierung in den meisten Richtlinien – wie in gesellschaftlichen Erwartungen und im Lehrerbewusstsein – erhalten bleibt, besteht wenig Aussicht auf eine Lösung des Dilemmas.

Kompetente Teilhabe an Geschichtskultur

Unter diesen Umständen kann es nicht die Hauptaufgabe sein, weiterhin *mehr* Quellenarbeit zu fordern. Natürlich hat stets bewusst zu bleiben, dass es in der Historie ohne Quellen als letzte Instanz überhaupt nicht geht. Also muss es auch vorkommen, dass – aus mehreren „Quellen“ wie Bildern, Werkzeugen, Dokumenten, Tagebüchern – ein Wandlungsprozess untersucht und erzählt wird (Re-Konstruktion), was allerdings sehr viel mehr als bloße Informationsentnahme verlangt, nämlich Verlaufsvorstellungen, Kausalzuschreibungen, Generalisierungsschätzungen und Sinnbildungsvorschläge beziehungsweise Orientierungsangebote.

Mindestens ebenso wichtig ist der Umgang mit fertigen und oft suggestiv beziehungsweise perfekt gestalteten Narrationen aller Art (etwa historische Spielfilme und TV-Dokumentationen, Ausstellungen und Gedenkstätten, Computerspiele und Re-Enactments). Um Methoden für die sorgfältige Überprüfung von Darstellungen kommen wir also nicht herum. Daraus ergeben sich Wert und Grenzen der Narrationsprüfung fertiger Geschichtsversionen (De-Konstruktion):

- „Ideologiekritik“ ist ebenso wichtig wie Quellenarbeit. Dass Geschichten beziehungsweise „parteilich“ sein können und deshalb geprüft und unter Umständen revidiert werden müssen, gehört zu den basalen, wenn auch im Alltag nicht leicht umsetzbaren Einsichten.
- Darstellungen (sei es in Buch, Fernsehen oder Museum) ergeben sich eben nicht automatisch aus den Quellen; es gibt auch nicht nur eine (gar: *die*) Darstellung. Dabei finden sich gleichwohl starke Abweichungen in Deutung, Wertung und Kombination, mitunter sogar in der „Fakten“-Auswahl. Die müssen erklärt werden.
- Geschichtskulturelle Erzeugnisse auf dem „Markt“ liefern synchrone und diachrone Kontextualisierung und Synthesenbildung. Das bedeutet Narrativierung (Zeitverlaufs-

vorstellung und Sinnbildung darüber). Doch deren Tiefendimension muss man erst zu verstehen suchen, weil die Strukturen oft verdeckt bleiben und die Wirkmechanismen oft unbewusst ablaufen. Hier Klärungen sicherzustellen, ist die Hauptaufgabe der historischen Methode, und nicht die bloße Quellenfindung und -wiedergabe.

- Dazu gehört die Frage, ob in den jeweiligen Darstellungen Theoriefundamente offengelegt, Fragestellungen entfaltet, Kausalitätszuschreibungen begründet, Zeit- und Handlungsabläufe hergestellt, Überlegungen zur Generalisierung und Bedeutsamkeit angestellt und Gegenwartsbotschaften angeboten werden.

Kontinuität der Aufgabe

Daraus folgt: Quellenfundierung und Darstellungsprüfung gehören untrennbar zusammen. Ein persönliches Beispiel soll erläutern, wie das gemeint ist. Vor mehr als vierzig Jahren, in der Prüfungsstunde im Zweiten Staatsexamen 1972 habe ich meine 7. Gymnasialklasse den Sturz des Bayernherzogs Tassilo III. durch Karl den Großen 788 nach fränkischen und bayerischen Quellen vergleichen lassen. Dass sich auf beiden Seiten durch Behauptungen (sogenannte „Fakten“), Unterstellungen und eingefärbte Deutungen ein völlig gegensätzliches Bild ergibt, war auch für 12- bis 13-Jährige herauszuarbeiten. Das bedeutete *Quellenstudium* und *Multiperspektivität*. Dieselben Schüler hatte ich schon im Vorjahr unter anderem zwei Lehrerzählungen über Augustus als Friedensherrscher und Prinzipatsgründer vergleichen lassen – eine aus der DDR und eine aus der Bundesrepublik. Das war Arbeit an – zwar kaum fiktionalen, aber umso heftiger perspektivischen und durch Adjektive wertenden – Darstellungen, eben *Kontroversität* und *Ideologiekritik*. Die Jungen und Mädchen, denen diese fundamental gegensätzlichen Versionen (Befestigung der Sklavengesellschaft versus Ausgleich zwischen verbindlicher republikanischer Verfassungstradition und nötiger zentralistischer Reichsverwaltung) natürlich nicht nur vorgelesen, sondern auch in Schriftform zur Auswertung vorgelegt wurden, waren dadurch in gar keiner Weise überfordert.

Beides schien mir nicht nur gleichermaßen nötig, sondern beides sollte sich auch gegenseitig stützen, um schon die Kinder darin einzuüben, sich in verantwortbarer Methodenanwendung ein vertretbares eigenes Bild zu machen. Synthetische Quellenarbeit (Re-Konstruktion) und analytische Darstellungsprüfung (De-Konstruktion) sollten also nicht gegeneinander ausgespielt, sondern kombiniert werden. Es ist übrigens kein Zufall, dass es weder mit *einer* „Darstellung“ noch mit *einer* „Quelle“ getan war. Jedes Mal kam es auf den Vergleich (Gemeinsamkeiten, Ähnlichkeiten, Abweichungen, Widersprüche) an. Jenseits der 7. Klasse waren dann auch Konfrontationen von drei oder vier Versionen (auch Theorien) nötig.

Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Ich habe mir das damals nicht einsam aus den eigenen Fingern gesogen; sondern das war als guter, produktiver Geschichtsunterricht anerkannt und erwünscht, wenn nicht gar selbstverständlicher Standard. Heute würde man das natürlich „Methodeneinübung“, „Handlungsorientierung“ und – ganz neu – „Kompetenzansatz“ nennen. Damals sprach man schlichter von „Lernzielen“ und „Qualifikationen“, die zu Autonomie und Mündigkeit der Lernenden beitragen sollten. Diese Worte führten nicht nur „Linke“, sondern auch „Liberal-Konservative“ ganz selbstverständlich im Munde und in ihrer Schreibfeder. Nur dass bei den „Progressiven“ das Reizwort „Emanzipation“ dazukam, bei den „Bewahrenden“ der Kernbegriff „Identität“.

Fazit

Was ist nun abschließend illegitime Instrumentalisierung von Geschichte, was unvermeidliche und was zulässige oder gar erwünschte? Man kann die Frage auch umformulieren: Wo liegt die Grenze zwischen suggestiver Indoktrination, bequemer Selbsttäuschung, überlegter Gegenwartsanwendung und übernommener Verantwortung? Leider geht es nicht ohne eine zusätzliche Differenzierung ab. Es gibt in der Geschichtskultur Tendenzbetriebe wie Parteien und Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmerverbände und Privatsender. Diese Gruppen dürfen ihre je spezifischen Wahrheiten verbreiten (deshalb noch nicht Verzerrungen, Unterstellungen und Fälschungen – oder etwa doch?), und seien sie auch ziemlich relativ, interessengeleitet und begrenzt.

Es gibt aber auch Instanzen der historisch-politischen Sozialisation, die – gesetzlich oder normativ – zu weit mehr Reflexivität und Zurückhaltung, ja geradezu zu einem gewissen Maße an Neutralität und Objektivität (das heißt maximaler *Inter-Subjektivität* und insoweit eben kontrollierbarer *Wahrheit*) verpflichtet sind. Das gilt zum Beispiel für Parlamente und Regierungen, Universitäten und Schulen, öffentliche Sendeanstalten und Museen, wohl auch Gedenkstätten. Für sie – und eben nicht gleichermaßen für die Tendenzbetriebe – wurden im sogenannten Beutelsbacher Konsens vier Regeln aufgestellt:[†]

- Verbot der Überwältigung,
- Gebot der Kontroversität,
- Hilfe zur Interessens- und Identitätsartikulation,
- Verpflichtung auf Methodenorientierung (heute Kompetenzförderung).

Natürlich wird auch von Wissenschaftlerinnen und Lehrern keine „eunuchische Objektivität“ verlangt. Sie müssen, um eine abwägende Formel aus der Zeit nach 1968 zu benutzen, *Parteilichkeit* vermeiden, dürfen aber explizite *Parteilnahme* zeigen. Der Beutelsbacher Konsens ist eingehalten, wenn die Lehrperson jeweils ausdrücklich klar macht (und deutlich erkennen lässt), welchen Hut sie gerade trägt, den

- des Informanten über unstrittiges Material,
- des Lernberaters für individuelles und kollektives Weiterkommen durch angemessene Arbeitsmethoden,
- des Moderators einer systematischen Abwägung in der Lerngruppe,
- des Provokateurs oder Zweiflers zwecks Eröffnung einer Kontroverse,
- des Notengebers für Analyse- und Synthesefähigkeit (nicht für Gesinnung!),
- des politisch-historisch Urteilenden mit einer eigenen Meinung (persönliche Parteilnahme).

[†] Vgl. Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hrsg.), *Das Konsensproblem in der politischen Bildung*, Stuttgart 1977, S. 179 ff.

Wer Historie betreibt (schreibt, liest, ansieht, diskutiert), hat also immer Ziele oder Zwecke, was man auch als Instrumentalisierung („instrumentelle Nutzung von Geschichte“) bezeichnen kann. Aber die Art dieser Ziele kann verschieden sein, wobei natürlich der Offenheitsgrad des Bezuges auf Gegenwart und Zukunft höchst bedeutsam ist:

- Affirmation des Bestehenden (zum Beispiel Herrschaft, Ideologie, Tradition, Struktur),
- Oppositions-Rechtfertigung (Zustandskritik, Veränderungswunsch, Protest, Legendenaufdeckung),
- Einsicht in Entwicklungstrends, -risiken und -chancen als Fundament für Handlungsdisposition und -strategie,
- Hobby-Amusement und Freizeit-Unterhaltung,
- Suchen nach Vorbildern (und Warnbildern) der eigenen – individuellen wie gruppenspezifischen – Lebensgestaltung,
- Analysefähigkeit für geschichtskulturelle Kontroversen und Konflikte (auch Erwerb von „kulturellem Kapital“ und „kleinen Unterschieden“ als „Habitus des Gebildeten“?),
- Größenwahn (Ausleben von Macht- und Ruhmträumen) und Selbstbetrug (Illusion der eigenen Vortrefflichkeit und Überlegenheit),
- Versöhnung mit Gegnern von gestern (Fremdverstehen, Selbsteinsicht, Aufeinander-Zugehen).

Es liegt auf der Hand, dass eigene methodische Kompetenzen (historische Re-Konstruktion und De-Konstruktion) dabei eine entscheidende Hilfe sein können, weder selbst illegitim Geschichte zu instrumentalisieren noch illegitimer Instrumentalisierung von Geschichte zu verfallen. Das kann man *historische Methodenreflexion* nennen. Noch wichtiger ist es, sich selbst über die Art der Zwecke und den Grad der Zielerreichung immer wieder Rechenschaft abzulegen. Diese Selbst-Reflexivität betrifft natürlich besonders die eigene historische Frage- und Orientierungskompetenz.

Thomas Großbölting

Geschichtskon- struktion zwischen Wissenschaft und Populärkultur

Essay

Erinnerung, Gedächtnis, Repräsentation – diese Begriffe, die mit ihnen verbundenen Konzepte wie Forschungen haben Konjunktur. Aus der öffentlichen Thematisierung von Vergangenheit, aber auch aus kulturellen Selbstbeschreibungen sind sie nicht mehr wegzudenken. Auch wenn wissenschaftliche Impulse den Raum geöffnet haben für die (Weiter-)Entwicklung der

Thomas Großbölting

Dr. phil., geb. 1969; Professor für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Seminar der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster; Domplatz 20–22, 48143 Münster.
thomas.grossboelting@uni-muenster.de

Geschichte zweiten Grades, so ist die Erinnerungswelle selbst aber wesentlich von der öffentlichen Thematisierung der Vergangenheit getragen: Es sind und waren politische Anstöße, zivilgesellschaftliche Bewegungen und Einzelinitiativen, die Aspekte der Vergangenheit thematisierten, mit inhaltlicher und zeitlicher Kohärenz versahen und damit zur öffentlichen Geschichte machten, die dann auf die Gegenwart projiziert wurde und für die Zukunft orientieren sollte. Schon oft wurde auf die besonderen Voraussetzungen für diese Art des „Geschichtsgebrauchs“ in Deutschland hingewiesen. Insbesondere im geteilten wie auch im wiedervereinigten Deutschland scheint doch die Herleitung von Identität aus der Vergangenheit eine besondere Bedeutung zu haben. Es waren vor allem zwei Brüche im 20. Jahrhundert, die dieses besondere politisch-kollektive wie auch individuelle Interesse an der Vergangenheit hervorriefen: jener mit der NS-Diktatur 1945, aber auch der mit der Zwangsherrschaft der SED des Jahres

1989. Die jeweils spezifische Art des öffentlich praktizierten Rückgriffs auf die Geschichte hat funktional meist weniger mit der Vergangenheit zu tun, sondern erklärt sich vor allem aus dem gegenwärtigen Orientierungsbedürfnis für zukünftige Handlungen.¹

Will man die davon ausgehende Entwicklung von „Erinnerung“ charakterisieren, dann muss man sich kategorial an den jeweiligen Gegenwartsfunktionen orientieren, die diese Form der Vergangenheitsthematisierung gesellschaftlich hatte. Folgt man dieser Prämisse, deuten sich klare Veränderungen im Umgang mit der deutschen Vergangenheit an. Die „Zukunft der Erinnerung“ wird anders sein als der Modus der „Vergangenheitsbewältigung“ im Umgang mit der NS-Diktatur wie auch der der „Aufarbeitung“ der SED-Diktatur.

„Bewältigung“ und „Aufarbeitung“

Im Vordergrund des bundesdeutschen Projekts NS-„Vergangenheitsbewältigung“, so die charakteristische Selbstbezeichnung, standen die Thematisierung und „Bearbeitung“ von Leid und Unrecht, von Täterschaft und Opferstatus. Das Ziel dieses Projekts war es, die Anerkennung und die Aufarbeitung der Vergangenheit gegen diejenigen gesellschaftlichen und politischen Kräfte zu erkämpfen, die an der Haltung des „Davon haben wir nichts gewusst“ festhielten. Erinnerung war in dieser Konstellation nicht zuletzt Mittel zum Zweck, um die ideologischen Kontinuitäten mit der NS-Vergangenheit zu überwinden. Die frühen Jahre der Bundesrepublik boten genügend Anlass wie auch viel Angriffsfläche für ein solches Vorhaben: Starke Elitenkontinuitäten in Staat, Wirtschaft und Wissenschaft entsprachen einer allgemeinen Abwehrhaltung gegenüber einer Thematisierung der Vergangenheit.

Das idealtypische Medium für dieses Projekt „Vergangenheitsbewältigung“ ist die Ge-

Der Text basiert auf einem Beitrag für das „Jahrbuch für Politik und Geschichte“ (Bd. 4) das in Kürze im Franz-Steiner-Verlag erscheinen wird (hrsg. von Claudia Fröblich, Harald Schmid und Birgit Schwelling).

¹ Vgl. Harald Welzer, *Erinnerung und Gedächtnis. Desiderate und Perspektiven*, in: ders./Christian Gudehus/Ariane Eichenberger (Hrsg.), *Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Stuttgart–Weimar 2010, S. 1–10, hier: S. 8.

denkstätte, wie Volkhard Knigge, als Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora einer der führenden Protagonisten dieser Art von Geschichtsthematisierung, herausgearbeitet hat.¹⁵ Eine Gedenkstätte einzurichten und ihre Existenz zu sichern hieß auch, diese als Ort der Dokumentation sowohl zur Erinnerung an die Opfer als auch zu Beweis Zwecken gegen die Leugnung der Verbrechen zu bewahren. In dem Maße, in dem die bundesdeutsche Gesellschaft sich von der postnationalsozialistischen zu einer demokratisch-pluralen hin wandelte, veränderte sich auch der Impuls dieser Art der „Vergangenheitsbewältigung“: Die dezidiert politische Funktion des Imperativs „Du darfst nicht vergessen“ veränderte sich, „sakralisierte“ sich in den Folgejahren zunehmend und gewann immer stärker eine moralisch-sinnstiftende Konnotation, die weit über den politischen Kontext des Kampfes um die Anerkennung von Schuld sowie entsprechender Verpflichtungen hinausging.¹⁶ In der Bundesrepublik war es auf diese Weise gelungen, ein „negatives Gedächtnis als staatlich geförderte, öffentliche Aufgabe zu etablieren und zu einer Ressource für demokratische Kultur und diese fundierende Lern- und Bildungsprozesse zu machen“.¹⁷

Die Wiedervereinigung, so ließe sich die Entwicklung weiterschreiben, gab dem Projekt „Vergangenheitsbewältigung“ noch einen weiteren Schub, wenn sich auch das Etikett zu „Aufarbeitung“ änderte. Allen Unterschieden zum Trotz gab es doch auch wesentliche Parallelen: Mit Übernahme der nationalen NS-Gedenkstätten der DDR schuf ein vom Bund getragenes Programm auch für die Institutionen im Westen eine neue Grundlage. Das Generationenprojekt wurde fortgeführt. Auch inhaltlich-methodisch orientierte sich die Aufarbeitung der SED-Diktatur zunächst an den altbundesrepublikanischen Praktiken und Formen, die man in Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus entwickelt hatte. In der Forschung fand dieser Weg seine Entsprechung in der kurzen und wenig fruchtbaren Renaissance der Totalitarismustheorie.

¹⁵ Vgl. Volkhard Knigge, Gedenkstätten und Museen, in: ders./Norbert Frei (Hrsg.), Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München 2002, S. 378–389, hier: S. 379.

¹⁶ Vgl. Jan Philipp Reemtsma, Wozu Gedenkstätten?, in: APuZ, (2010) 25–26, S. 3–9, hier: S. 3.

¹⁷ Volkhard Knigge, Zur Zukunft der Erinnerung, in: APuZ, (2010) 25–26, S. 10–16, hier: S. 12.

Insbesondere ausländische Beobachter wie zum Beispiel der Deutschlandforscher James McAdams erklärten die Intensität wie auch die auf Delegitimierung zielende Form der „Aufarbeitung“, mit der sich das wiedervereinigte Deutschland der kommunistischen diktatorischen Vergangenheit annahm, mit dem „Lerneffekt“ der NS-Thematisierung.¹⁸

Die Zukunft der Erinnerung ist dieser besondere Modus wohl nicht, und das gleich in mindestens doppelter Hinsicht: „Geschichtskultur“, „Erinnerungspolitik“ respektive „Geschichtspolitik“, „Erinnerungskultur“ – schon allein die Austauschbarkeit der einzelnen Wortbestandteile zeigt, dass das entsprechende Vokabular zwar feuilletonistisch anschlussfähig ist, aber keinesfalls präzise definiert. So charakterisierte der amerikanische Soziologe Jeffrey K. Olick die Erinnerungsmetaphorik als einen „broad, sensitizing umbrella“, der hoch verschiedene Sachverhalte und Prozesse eher unbestimmt überspannt.¹⁹ Nicht nur Kritiker, sondern auch Protagonisten des Forschungsfeldes beklagen eine semantische und normative Überladung der Begriffe, die oftmals mit methodischer Unschärfe Hand in Hand geht, sodass eine konzeptionelle Weiterentwicklung angemahnt wird.

Aber nicht aus dem Feld der wissenschaftlich-theoretischen Durchdringung, sondern aus der Praxis historisch-politischen Lernens und dessen Reflexion kommt die gravierendste Kritik. Insbesondere Autoren wie Volkhard Knigge, Jan Philipp Reemtsma, Harald Welzer oder auch der Althistoriker Christian Meier haben ihre Bedenken scharf herausgearbeitet. Im öffentlichen „Gedenkwesen“, so schreibt beispielsweise Meier, sei das an eine Generation gebundene Projekt „Historisches Lernen qua Erinnerung“ zur kontraproduktiven Pathosformel verkommen. Dem pflichtet Volkhard Knigge bei: „Eine zumeist von Älteren angemahnte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit tritt ihnen (den Jüngeren, *Anm. TG*) überwiegend als Erinnerungsimperativ (...) entgegen und begegnet ihnen in Gestalt massenmedialer oder öffentlich habi-

¹⁸ Vgl. James McAdams, Judging the Past in Unified Germany, Cambridge 2001, S. 9.

¹⁹ Jeffrey K. Olick, From Collective Memory to the Sociology of Mnemonic Practices and Products, in: Astrid Erll/Ansgar Nünning (eds.), Cultural Memory Studies. An International and Interdisciplinary Handbook, Berlin 2008, S. 151–161, hier: S. 159.

tualisierter Redundanzen und Kümmerformen wie etwa Gedenkstättenpflichtbesuchen, rhetorischen Codes, visuellen Klischees oder vordergründiger Symbolpolitik.“⁷

Die Beschränkungen und Grenzen des Projekts „Vergangenheitsbewältigung“/„Aufarbeitung“ treten besonders mit Blick auf die Nachgeschichte der zweiten Diktatur in Deutschland zutage: Wo es hinsichtlich des Nationalsozialismus gelang, zumindest oberflächlich eine breite gesellschaftliche Verständigung über dessen historische Bewertung zu etablieren, da blieb mit Blick auf die SED-Diktatur der vielfach erhoffte Effekt aus: Ein breiter Konsens, welchen Ort der deutsche Staatssozialismus sowjetischen Typs in der Gedenk- und Erinnerungskultur der Bundesrepublik einnehmen soll, ist nicht in Sicht und wird als Zielperspektive selbst zunehmend problematisiert. Muss es, kann es oder darf es eine einheitliche Deutung der DDR-Vergangenheit geben? Die verschiedenen Phasen des deutsch-deutschen Selbstverständigungsdialogs (Vereinigungskrise, Ostalgiedebatte, Trotzidentität und andere Stichworte sind hier zu nennen) sind mittlerweile beschrieben, wenn auch noch nicht analysiert. Die Vergangenheitsthematisierung hatte dabei meist eher spaltende als integrierende Wirkung. Bis heute ist diese Debatte um die DDR-Geschichte von verschiedenen Spannungslinien durchzogen, die exemplarisch auch die Veränderungen im Feld der Erinnerung allgemein anzeigen:

Erstens sehen sich geschichtspolitische Forderungen nach einem „verbindlichen“ und in der Regel delegitimierenden Umgang mit der DDR-Geschichte, wie sie in Teilen der historisch-politischen Bildung formuliert werden, mit heterogenen, konträren und teils DDR-affirmativen Deutungen im geschichtskulturellen Diskursfeld konfrontiert.

Zweitens – folgt man entsprechenden Umfragen – scheint die aus anderen zeitgeschichtlichen Diskursen bereits bekannte Diskrepanz zwischen kulturellem und kommunikativem Gedächtnis mit Blick auf die Erfahrungs-, aber keineswegs homogene Erinnerungsgemeinschaft der Ostdeutschen evident und wird als Problem des mentalen Einigungsprozesses markiert.

⁷ V. Knigge (Anm. 4), S. 13.

Drittens differenzieren sich die mit der Beschäftigung mit Vergangenheit verbundenen Funktionen deutlich aus: Der „klassisch“ didaktische Anspruch der historisch-politischen Bildung verband sich oftmals mit einer praktischen „Nutzung“, die an nationalstaatliche, zum Teil parteipolitische oder religiöse Identifizierungsmechanismen gebunden war. An deren Stelle treten zum Teil neue geschichtskulturelle Formate wie Musik- und Filmproduktionen oder auch private Museen. Diese verstehen sich als Dienstleister oder als Elemente der Unterhaltungsindustrie, so dass ihnen verstärkt auch ein ökonomisches Interesse eigen ist. Spezifische Unterhaltungs- und Sinnstiftungsmodi dieser Formen zielen in neuer Weise auf antizipierte Adressatenerwartungen und sind in der Konsequenz mit einer selektiven Hinwendung zur Diktaturgeschichte in Deutschland verbunden.

Erinnerungswandel durch Medienwandel

All diese Veränderungsprozesse wurden und werden angestoßen wie auch beschleunigt durch einen rasanten Medienwandel, dessen tiefgreifende Wirkungen bislang wohl kaum abschließend abzuschätzen sind: Die beschleunigte und immaterielle Kommunikation des Internets und der sozialen Netzwerke erweitert die Möglichkeiten des Umgangs mit der Vergangenheit ungemein. Im Bereich der Erinnerungskultur fungieren laut Erik Meyer insbesondere die sozialen Netzwerke als ein „Assoziationsraum“, in dem die rezipierten Inhalte seitens der Nutzerinnen und Nutzer gesammelt und verteilt werden und sich Motive verdichten. Damit ist die Dezentrierung wie auch die Pluralisierung von Geschichtsbildern unausweichlich. Die herkömmlichen Plattformen und Medien für die Diskussion von Geschichte verlieren an Einfluss, ohne aber ganz in der Bedeutungslosigkeit zu versinken: Nach wie vor, so zeigen erste Untersuchungen zur Geschichtsthematisierung im Internet, werden die Themen meist anderswo gesetzt: Geschichte im Film und in dokumentarischen Formaten, in Büchern, zum Teil auch im Geschichtsunterricht. Die dort angestoßenen Debatten werden dann im Netz fortgesetzt und vertieft.⁸

⁸ Vgl. Dörte Hein, Virtuelles Erinnern, in: APuZ, (2010) 25–26, S. 23–29, hier: S. 27.

Die informationstechnische Entwicklung bedeutet somit sicher nicht das Ende, vielleicht nicht einmal eine Krise des Erinnerns, wohl aber eine tiefgreifende Veränderung ihrer Formen und Funktionen. Wo Erinnerungskulturen heute meist zivilgesellschaftlich und dezidiert politisch begründet werden, so werden sie in Zukunft eher kommerziell motiviert sein; wo sie heute eher noch auf Nachhaltigkeit angelegt sind, werden sie morgen eher episodenhaft und kampagnenförmig sein; sind sie heute noch vergegenständlicht und diskursiv, so werden sie morgen visualisiert und virtuell sein; bewegen sie sich heute noch im nationalstaatlichen Deutungsrahmen, werden sie zukünftig eher global ausgerichtet sein.⁹ Die Globalisierung des Holocaustgedenkens ist das vermutlich treffendste Beispiel dafür.

Diesen angedeuteten Trend im Umgang mit der Vergangenheit hat der österreichische Historiker Valentin Groebner jüngst als einen besonderen Bruch beschrieben, den er zeitlich mit dem Ende des 20. Jahrhunderts verortet: Antike, Mittelalter, Aufklärung, ja auch das 19. Jahrhundert hätten sich seitdem „in eine Art historische Tiefsee verwandelt, pittoresk, materialreich, aber distanziert; eine Zone, in der alles Vergangene gleich weit weg ist, so fremd und weit entfernt, dass es nicht mehr in direkter Referenz auf die Gegenwart gebraucht werden kann und keine direkten wirklichen Ursprungs- und Identifikationsangebote mehr enthält“. Wie andere Autoren nimmt Groebner nur die Geschichte und die Vorgeschichte des Nationalsozialismus von dieser Diagnose aus. Allein diese werde in der öffentlichen Inszenierung weithin selbstverständlich als „eigene“ und damit als „unmittelbar wirkmächtige und identitätspolitisch genutzte Geschichte (angesehen), mit der man in der richtigen, angemessenen Weise umzugehen hat“. Richtig an der Beobachtung scheint mir, dass die Geschichte der NS-Diktatur in besonderer Weise als „moralisch und identitätspolitisch aufgeladene Nahvergangenheit“ gilt.¹⁰

⁹ Vgl. Claus Leggewie/Erik Meyer (Hrsg.), *Erinnerungskultur 2.0. Kommemoratives Kommunikation in digitalen Medien*, Frankfurt/M. 2008.

¹⁰ Valentin Groebner, *Touristischer Geschichtsgebrauch. Über einige Merkmale neuer Vergangenheiten im 20. und 21. Jahrhundert*, in: *Historische Zeitschrift*, (2013) 296, S. 408–428, hier: S. 411 f. Ähnlich argumentiert Paul Nolte, *Die Macht der Abbilder. Geschichte zwischen Repräsentation, Realität und Präsenz*, in: *Merkur*, 59 (2005) 677–678, S. 889–898, hier: S. 893.

In abgeschwächter Weise können wir diesen Trend auch für die Thematisierung der DDR-Vergangenheit im Kontext der kommunistischen Diktaturen Osteuropas beobachten. Trotz dieser besonderen Stellung aber sind auch NS- und DDR-Vergangenheit von den grundlegenden Veränderungen in der Erinnerung nicht ausgenommen.

„Er ist wieder da“: Hitler in der deutschen Erinnerung

Neben der Verfolgung und der Ermordung der Juden in Europa gibt es ein weiteres Erinnerungsmoment, das nicht nur, aber wohl vor allem die Deutschen seit 1945 in besonderer Weise ebenso fasziniert wie abgestoßen hat: die Person Adolf Hitler. Zum Teil angeleitet durch die alliierten Besatzungsmächte, zum Teil aus der Dynamik eines wohl vor allem sozialpsychologisch zu erklärenden Prozesses schlug bereits in den ersten Nachkriegsjahren der „Mythos Hitler“ und die in den letzten Kriegsjahren zwar bröckelnde, aber doch tief wurzelnde Faszination für den Diktator in ihr Gegenteil um. Aus dem „Führer“ wurde eine Unperson: Im Sprachgebrauch des Westens avancierte er zum „Teufel“ oder „Dämon“, im Osten galt er als „faschistische Bestie“.¹¹

Hitler blieb auch in den Folgejahren immer Garant für ein großes Interesse. Dabei war es nicht die Historikerschaft, die diesen Trend forcierte. Hier setzte man laut Norbert Frei auf eine „Entpersonalisierung des historischen Narrativs“, teils um sich damit dezidiert von der voyeuristischen „Kammerdienerperspektive“ einer an privaten Details interessierten Illustriertenpresse abzusetzen, teils um dem öffentlichen Bild von den vermeintlich überragenden Fähigkeiten Hitlers entgegenzusteuern. Die gesellschaftliche Thematisierung Hitlers außerhalb der Wissenschaft kannte diese Zurückhaltung nicht: „Hitler sells“. Den Anfang machte der Journalist Joachim Fest – und damit ein akademischer Außenseiter – mit der erfolgreichsten Biografie der Nachkriegszeit: Sein Buch „Hitler“ ver-

¹¹ Vgl. Norbert Frei, *Führerbilderwechsel. Hitler und die Deutschen nach 1945*, in: Hans-Ulrich Thamer/Simone Erpel (Hrsg.), *Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen*, Dresden 2010, S. 142–147, hier: S. 144.

kaufte sich seit 1973 in verschiedenen Ausgaben und Auflagen rund 800000 Mal.¹² Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ erreichte und erreicht mit seinen NS-Titelgeschichten herausragende Verkaufszahlen, Guido Knopps ZDF-History-Redaktion war in vielem ganz um die Person Hitlers und ihre Weiterungen herum konzipiert.¹³ Angesichts des großen Kassenerfolgs von Bernd Eichingers Film „Der Untergang“ über die letzten Tage im „Führerbunker“ fragte der Journalist Jens Jessen bereits 2004 in der Wochenzeitung „Die Zeit“, was Hitler „so unwiderstehlich“ mache. Das mit Hitler verbundene Erregungspotenzial sei von keiner anderen lebenden oder toten Gestalt zu übertreffen, so Jessen.¹⁴

Schon bei einer sporadischen Sichtung verdichtet sich der Eindruck, dass die Figur Adolf Hitler besonders während der zurückliegenden zehn Jahre in der Populärkultur verstärkt in Erscheinung getreten ist. Das reicht von Kabarettnummern (etwa vom Duo Pigor & Eichhorn) über Comics (Walter Moers) bis zu TV-Produktionen und diversen Kinofilmen. Die Dämonisierung der frühen postnationalsozialistischen Jahre ist dabei einer popkulturellen Verwendung gewichen. „Inzwischen dient Hitler als Gruselgröße einer globalisierten Medienwelt, die sich seiner in allen möglichen und unmöglichen Zusammenhängen bedient – längst nicht mehr nur zum Zweck der historischen Aufklärung.“¹⁵ In den Medien und speziell in der Unterhaltungsindustrie genügen heute wenige Anspielungen, um „die härteste aller Drogen, die Aufmerksamkeit produzieren“, zu verabreichen.¹⁶ Zwei Finger waagrecht unter die Nase gehalten, ein etwas rollendes R, ein stierer Blick – schon scheint die Imitation perfekt und die Anspielung allgemein wahrnehmbar zu sein. Und die Verfilmung des Moers-Comics wird mit dem Slogan beworben: „Adolf, die Nazi-Sau, ist nun einmal der größte Popstar, den wir Deutschen je hervorgebracht haben.“¹⁷

¹² Vgl. Buchreport vom 25.3.2010.

¹³ Vgl. Simone Erpel, Hitler entdämonisiert. Die mediale Präsenz des Diktators nach 1945 in Presse und Internet, in: H.-U. Thamer/dies. (Anm. 11), S. 154–160.

¹⁴ Jens Jessen, Braune Schatten: Was macht Hitler so unwiderstehlich?, in: Die Zeit vom 23. 9. 2004, online: www.zeit.de/2004/40/01_leit_1_40 (1. 10. 2013).

¹⁵ N. Frei (Anm. 11), S. 147.

¹⁶ Vgl. ebd.; Zitat von J. Jessen (Anm. 14).

¹⁷ Vgl. www.adolf-online.com (1. 10. 2013).

Das jüngste Beispiel für diese Entwicklung ist die Erstveröffentlichung des Journalisten Timur Vermes. „Die Polit-Satire ‚Er ist wieder da‘ (...) hat die Bestseller-Listen erobert. An der Qualität des Romans kann das nicht liegen“, ätzte im Januar 2013 die „Süddeutsche Zeitung“ gegen das im Herbst 2012 erschienene Buch.¹⁸ Nicht die Publikation selbst, sondern seine Rezeption hatte diese Besprechung bewirkt. Vermes hatte mit einem höchst ungewöhnlichen Buch die Aufmerksamkeit vieler Leserinnen und Leser geweckt. Bis zum Sommer 2013 verkaufte sich „Er ist wieder da“ über 700000 Mal, hinzu kamen 150000 Hörbücher. Übersetzungen in 27 Sprachen sind ebenso angekündigt wie die Verfilmung des Buches – ein „Überraschungserfolg“, den viele nicht für möglich gehalten hatten. Es war sicher nicht die Prominenz des Autors, die den Erfolg zu erklären hilft: Als Journalist hatte Vermes in unterschiedlichen Zusammenhängen gearbeitet, sich aber eher in der zweiten Reihe und als Ghostwriter profiliert. Die veröffentlichten Reaktionen helfen ebenfalls nicht, den Senkrechtstart des Buches zu erklären, denn die Kritik ignorierte das Buch. Selbst nachdem sich „Er ist wieder da“ auf den Bestsellerlisten eingeschrieben hatte, hielten sich die professionellen Kommentatoren zurück oder kritisierten das Buch als geschmacklos oder politisch naiv, ohne aber dem Erfolg Abbruch zu tun.

Also war es offenbar doch das Thema, welches dem Buch so viel Popularität bescherte. Das Cover mit dem stilisierten Seitenscheitel und dem charakteristischen Minischnauzer lässt keinen Zweifel. Derjenige, der im Roman wieder da ist, ist Adolf Hitler: Nach 66 Jahren im Nirgendwo wacht der aus der Zeit gefallene Diktator 2011 in einer Berliner Baulücke auf. Er trifft auf ein modernes, aber dann auch vom wieder aufgetauchten „Führer“ fasziniertes Deutschland. Natürlich ist es nicht mehr die Rolle des Diktators, die Hitler einnehmen kann. Aber schon bald bietet sich ihm die Chance zu einer zweiten Karriere: An einem Kiosk trifft er auf Produzenten eines Privatsenders, die ihn alsbald zum *sidekick* eines Comedian machen, der in seiner Darbietung vor allem mit seiner türkischen Herkunft spielt. Gegen den Widerstand von

¹⁸ Cornelia Fiedler, Ha, ha, Hitler, in: Süddeutsche Zeitung vom 9. 1. 2013, online: www.sueddeutsche.de/kultur/-1.1568685 (1. 10. 2013).



Quelle: „Der Spiegel“

„Bild“ und sonstiger Presse wird Hitler zum Medienstar, vor allem im sogenannten „Internetz“ avanciert er zum Klickkönig. Zum Schluss winkt ihm gar der Grimme-Preis.

Der (gelegentliche) Witz entsteht dadurch, dass Hitler vor allem aus seiner eigenen Führer-, Reichskanzler- und Diktatorenperspektive heraus agiert und versucht, das für ihn Neue zu erklären. Seine Umgebung hält ihn hingegen für einen begnadeten Kabarettisten, der niemals aus der Rolle fällt. Es sind eine Unzahl von Zeitreisescherzen, die den breit verwendeten Nazijargon etwas abmildern. Manchmal ist das komisch, manchmal auch nicht: Hitler lässt seinen von Brennspritus verunreinigten Uniformmantel von der „Blitzreinigung Yilmaz“ säubern und wird vom jugendlichen Sohn des Besitzers gleich mit einem fernseh-bekannteren Hitlerimitator verwechselt; bei der „Bild“ bekämpft ihn der dortige „Schriftleiter“ Diekmann zunächst – um ihn dann frenetisch zu feiern; während Hitler selbst den NPD-Chef Holger Apfel als „unvorstellbare Witzfigur“ abqualifiziert, steht die deutsche Politprominenz bei ihm Schlange, um ihn für den Eintritt in die jeweilige Partei zu werben.

Beklemmend ist das Buch dort, wo es über den Klamauk hinausreicht. Folgt man den In-

terviews mit dem Autor, dann ging es Vermes um mehr als um ein paar Scherze. Motivation für sein Buch sei gewesen, dass es zu viel vom immer gleichen Hitler in Deutschland gebe: „Vielen ist mein Hitler zu menschlich, was im Umkehrschluss bedeutet, dass sie ihn gerne 24 Stunden am Tag unmenschlich hätten. Aber so kann’s ja nicht gewesen sein, mit einem Nonstopmonster arbeitet doch keiner zusammen. Seine Politik war unmenschlich, aber er selbst?“, so fragt Vermes.¹⁹ Allem Anschein nach war es sein Ziel, eine gewisse Attraktivität Hitlers nachvollziehbar zu machen. Warum haben ihn so viele gewählt? Was haben sie in ihm gesehen? Und: Was wäre, wenn er heute tatsächlich wiederkäme? Um das zu erreichen, lässt Vermes seinen Leserinnen und Lesern Einlass in Hitlers Kopf: Sie lesen, was dieser denkt, und wissen, was dieser fühlt. Und auf diese Weise gerät Hitler zum „Typen von nebenan“, der zwar reichlich verschoben daherkommt, dem die Leserin oder der Leser aber eine Reihe von sympathischen Seiten abgewinnen kann.

¹⁹ Wolfgang Molitor/Simon Riling, „Wir lachen mit Hitler“. Interview mit Timur Vermes, in: Stuttgarter Nachrichten vom 1.2.2013, online: www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.timur-vermes-wir-lachen-mit-hitler.d2f1fcc9-112d-4372-bba1-617f6f222ca2.html (1.10.2013).

In vielen Passagen gibt Hitler den Anwalt der kleinen Leute: Er stellt sich ebenso gegen rasende und am Steuer telefonierende Autofahrer wie gegen die heutigen Lebensmittelskandale. Er spricht die Tabus an, die andere angeblich nicht thematisieren mögen. Für den Hitler, den Vermes hier vorführt, gilt in besonderer Weise, was der Journalist Daniel Erk schon vor Erscheinen des Buches geschrieben hatte: „Dieser Hitler, der heute durch die Gazetten und Fernsehkommentare geistert, ist ein Abziehbild (...), ein medialer Wiedergänger, dem jede Widersprüchlichkeit genommen wurde.“^{f20}

Schaut man genauer auf die Wirkweise von „Er ist wieder da“, dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass einige der oftmals gegen populäre Geschichtsthematisierung vorgetragenen Bedenken tatsächlich zutreffen. Das Buch fällt hinter viele auch populäre Darstellungen Hitlers zurück und sagt damit viel darüber, welche Funktion ein solches Hitler-Bild vor allem für die heutigen Leserinnen und Leser hat: Die Person Hitlers wird gerade dadurch, dass sie so simpel in gängige Personalisierungsmuster aufgelöst wird, in vielfacher Hinsicht trivialisiert und verflacht. Das Buch ist daher vielleicht eine satirische Skizze des heutigen Medienbetriebs. Es erklärt aber weder die Person Hitler, noch seine nicht allein, aber durchaus auch charismatische Herrschaft oder die Faszination, die ihm viele Deutsche entgegengebracht haben.

Herausforderungen für die Geschichtswissenschaft

Diese Beobachtungen sind mehr Problemanzeigen als Aufhänger für „Rezepte“, dennoch seien abschließend einige Hinweise gegeben: „Er ist wieder da“ erreichte den Gipfel der medialen Aufmerksamkeit, als ihm ein „Medien-Crossover“ gelang: Im Februar 2013 wurde das Buch zum Thema der Polit-Talkshow „Hart aber Fair“. Zum Kreis der Fachkundigen gehörten dort der TV-Spaßmacher Oliver Pocher, Leo Fischer, der Chefredakteur der Satirezeitschrift „Titanic“, die ähnlich wie „Der Spiegel“ des Öfteren mit Hitler als Coverfigur aufmachte, sowie Erika Steinbach, die als langjährige Vorsitzende des Bundes

^{f20} Vgl. Daniel Erk, Hitler ist nicht totzukriegen, 6.1.2012, www.zeit.de/kultur/literatur/2012-01/erk-hitler-vorab (1.10.2013).

der Vertriebenen die zugespitzte Thematisierung der Vergangenheit zu ihrem besonderen Metier gemacht hat. Wie gerne hätte man Ian Kershaw als Verfasser der wichtigsten Hitler-Biografie oder Hans-Ulrich Thamer als den wissenschaftlichen Kopf hinter der viel beachteten Ausstellung „Hitler und die deutsche Gesellschaft“ des Deutschen Historischen Museums in dieser Runde gesehen! Beide (und auch andere) hätten den Zusammenhang von geschichtswissenschaftlich möglichen Aussagen über Hitler und dessen Repräsentation in der Nachkriegszeit fachkundig bereichern können. Das ist wohl ein frommer Wunsch, der den medialen Aufmerksamkeitsregeln so gar nicht entspricht. So aber blieb die Diskussion völlig geschmäckerlich auf die politische Bewertung dessen beschränkt, was wie erinnert wird.

Die Fehlersuche beginnt vor der eigenen Haustür: Haben wir vielleicht wesentliche Fragen nicht beantwortet, das Falsche erforscht? So legte das der in Großbritannien lehrende Historiker Thomas Weber Anfang 2013 nahe. Haben wir, die professionelle Historikerzunft, die Person Hitler nicht (mehr) ernst genug genommen und stattdessen „Führerfolklore“ betrieben? Erklären wir ihn nur als Witznummer oder zum Monster? Webers Empfehlung lautet: Historiker, beschäftigt euch verstärkt mit den persönlichen Voraussetzungen Adolf Hitlers für dessen charismatische Herrschaft. Wie lässt sich die „Metamorphose der politischen Überzeugungen und der Persönlichkeit Hitlers“ in den Jahren 1918 und 1919 erklären, die ihn von einem „Einzelgänger ohne jede Führungseigenschaften“ zu einem „faschistischen charismatischen Leithammel mit einem Alles-oder-Nichts-Totalitarismus“ erklären?^{f21}

Diese Fragerichtung führt meines Erachtens in die Irre. Es waren die nationalsozialistische Propaganda und die Selbstdarstellung Hitlers, welche die Vorstellung vom „Genie“ des „Führers“ und dessen davon abgeleiteter Macht immer wieder behauptet haben. Die Faszination eines solchen Erklärungsansatzes läge vor allem darin, dass sich vermeintlich der Kreis schließen ließe. Das Leben Hitlers als ein schlecht getarnter Entwicklungsroman und eventuell gar als pars pro toto des National-

^{f21} Thomas Weber, Wer war Adolf Hitler?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.1.2013.

sozialismus bedient zwar die Wünsche nach (einfachen) Deutungen, erklärt aber weder den Nationalsozialismus als Phänomen noch das Charisma des „Führers“. „Hitlers Macht ist nicht aus seinen Charaktereigenschaften oder aus seinem vermeintlichen persönlichen Charisma zu erklären, sondern vielmehr aus den politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Motiven der Deutschen, die ihre Ängste und Erwartungen auf ihn projizierten. Dadurch machten sie Hitler möglich“, so hält Hans-Ulrich Thamer überzeugend gegen diese Position.¹² Die Geschichtswissenschaft hat die Person des Diktators nicht in den Vordergrund gestellt, nicht zuletzt um dem didaktischen Anliegen gerecht zu werden, die Hitler-Fixierung der frühen Thematisierungen des Nationalsozialismus zu überwinden. Aktuell scheinen aber die Fragen, die gestellt werden, dieser Befürchtung nicht mehr Vorschub zu leisten. Im Gegenteil sieht es so aus, als habe das in Schule, Hochschule und über Medien vermittelte Wissen einen breiten Assoziationsraum eröffnet, von dem nicht nur Guido Knopps Dokumentationen, sondern auch „Er ist wieder da“ leben.

Stärker als bisher werden wir uns über die Ausrichtung unserer Publikationstätigkeit Gedanken machen müssen: Die Hoffnung, dass Geschichtsbilder „gemacht“ werden, indem gelehrte Männer und Frauen sich die Köpfe auf Veranstaltungen darüber zerbrechen, wie die Vergangenheit zu rekonstruieren und zu interpretieren sei, gehört der Vergangenheit an. *Die* maßstabsetzende Darstellung oder *die* wichtige Tagung erreichte wohl schon immer nur einen sehr begrenzten Rezipientenkreis. Aktuell verlieren diese Medien immer stärker an Bedeutung und die „Zunft“ der Kultur- und Geschichtswissenschaften wird sich der Frage nach der Reichweite der eigenen Publikationsformen nicht verweigern können. Die wissenschaftspolitischen Entwicklungen aber deuten eher in die entgegengesetzte Richtung: Forschung nämlich vor allem in evaluierungsfähigen Zusammenhängen und damit in lediglich intern beachteten Fachzeitschriften stattfinden zu lassen – doch das ist wohl nicht der richtige Weg. Am Beispiel der Ökonomie und ihrem Versagen bei der Deutung der jüngsten Bankenkrise lässt sich hervor-

¹² Vgl. Hans-Ulrich Thamer, *Hitler und die Deutschen – eine vieldeutige Beziehungsgeschichte*, in: ders./S. Erpel (Anm. 11), S. 162–170, hier: S. 163.

ragend studieren, wie rasch sich eine vormalig sehr publikumswirksame Disziplin zu einem Glasperlenspiel entwickeln kann.

Die Macht der historischen „Realität“ gegen die Repräsentation zu verteidigen und sich auf diese Weise dem Dialog zu verweigern, ist sicher ebenfalls kein guter Weg. Auch wenn die Unterschiede zwischen Geschichtswissenschaft und Erinnerungsbusiness klar herauszuarbeiten sind, gilt es doch auch, den Konstruktionscharakter der Geschichtswissenschaft zu bedenken. „History is a verb, not a noun“, dieses Diktum des britischen Historikers Keith Jenkins gehört mittlerweile zum Selbstverständnis einer reflektierten Historiografie.¹³ Daher sind die Potenziale auszuloten, mit denen Gedächtnis und Geschichte miteinander ins Gespräch zu bringen sind. Auf diese Weise lässt sich eine Historie befördern, die das vorwissenschaftliche Gedächtnis ernst nimmt und es zugleich einer Kritik unterwirft.

Wendet man diese Überlegungen auf die Thematisierungen des Nationalsozialismus an, dann ergeben sich eine Reihe von Fragen: In welchem Zusammenhang stehen die populären Repräsentationen mit der Selbstinszenierung Hitlers und des Nationalsozialismus? Wie interpretieren wir die aktuell kursierenden Hitler-Bilder und was sagen sie uns über die heutige Sichtweise auf den Nationalsozialismus? In welchem Verhältnis stehen diese kulturellen Bilder beispielsweise zu den NS-Verbrechen? Kaum plausibel dürfte es sein, alle derartigen Repräsentationen über einen Leisten zu schlagen oder gar pauschal zurückzuweisen. Der Affekt gegen die Populärkultur trägt weniger zur Aufklärung bei als vielmehr zur Vermeidung, sich die jeweiligen Formen, Darstellungsweisen, Anlässe und Rezeptionen genauer anzuschauen. Der vergleichende Blick auf unterschiedliche „Erinnerungskulturen“ kann hingegen helfen, die konkreten Repräsentationen des Nationalsozialismus historisch zu situieren und auf diese Weise in diesem Feld, aber auch darüber hinaus, zu einem reflektierten Umgang mit der Vergangenheit beizutragen.

¹³ Vgl. Keith Jenkins/Sue Morgan/Alun Munslow, *Introduction: On Fidelity and Diversity*, in: dies. (eds.), *Manifestos for History*, New York 2007, S. 1–11, hier: S. 5.

Klaus Christoph

„Aufarbeitung der SED-Diktatur“ – heute so wie gestern?

Essay

Am 22. März 2013 debattierte der Deutsche Bundestag über den „Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur“.¹ Grundlage der Aussprache

Klaus Christoph

Dr. phil. habil., geb. 1936;
Prof. i. R. am Institut für Politische Wissenschaft der Leibniz Universität Hannover.
klchr@t-online.de

war der entsprechende Bericht der Bundesregierung,² der ein detailliertes Bild von den zahlreichen staatlichen und staatlich unterstützten Institutionen gibt, die sich in Gestalt von Museen, Gedenkstätten, Opferverbänden sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen einschließlich der Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU) auf unterschiedliche Weise der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit widmen. Der Bericht der Bundesregierung wurde, wie nicht anders zu erwarten, von Seiten der Regierungsparteien CDU/CSU und FDP mit viel Lob bedacht. Auch die SPD und Bündnis 90/Die Grünen fanden lobende Worte; Kritik übten beide an der immer noch ungewissen Zukunft der BStU – ein Problem, das dann auch einen gewissen Schwerpunkt in der Debatte markierte. Außerdem monierte die SPD fehlende Kriterien, um – etwa in Bezug auf die Rehabilitierung von Haftopfern – „den Stand der Aufarbeitung zu bewerten“, während Die Linke die im Bericht zum Ausdruck kommende „Delegitimierung der DDR von Anfang an“ beklagte.

Im Übrigen, das zeigen Bericht und Debatte, bewegt sich die offizielle „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ auf altbekannten Pfaden. Der Bericht basiert auf der Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption vom Juni

2008, in der festgehalten wurde, dass es um die Vermittlung des „menschenverachtenden Charakter(s)“ der „kommunistischen Diktatur“ in der SBZ/DDR gehe, wobei zugleich einer „Verklärung und Verharmlosung der SED-Diktatur und jeder ‚Ostalgie‘ entschieden entgegenzuwirken“ sei.³ Nahezu wortgleich findet sich diese geschichtspolitische Zielbestimmung im Bericht von 2013 wie auch in dem kurzen Statement des Kulturstatsministers Bernd Neumann zu Beginn der Aussprache. Ihre Umsetzung lässt sich die Bundesregierung jährlich rund 100 Millionen Euro kosten.⁴

Die Frage ist, ob diese konzeptionelle Ausrichtung nach Ende des Ost-West-Konflikts und über zwei Jahrzehnte nach der staatlichen Wiedervereinigung ausreicht, um dem Umgang mit der DDR-Vergangenheit als *gesamtdeutscher* Unternehmung mit gemeinsamer Zukunft Orientierung zu geben. Das gilt umso mehr, als der Umgang mit der DDR-Vergangenheit im Zuge der Wiedervereinigung zunehmend selbst zum konflikthaften Bestandteil des Vereinigungsprozesses geworden ist.

Dass die Verständigungsprobleme zwischen Ost- und Westdeutschen in den vergangenen 15 Jahren eher zu- als abgenommen haben,⁵ drückt sich unter anderem in der divergierenden Selbst- und Fremdwahrnehmung im Rückblick auf die DDR aus. Hier scheinen zwei miteinander verwobene Komponenten wirksam zu sein: Zum einen haben die Ziele des sozialistischen Entwurfs, insbesondere „Gleichheit“, „Gerechtigkeit“ und „Solidarität“, durch das Verschwinden der DDR keineswegs an Anerkennung verloren – eingedenk dessen, dass die SED-Politik und

¹ Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 17/232, 22.3.2013, online: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/17/17232.pdf> (1.10.2013).

² Vgl. Deutscher Bundestag, Bericht der Bundesregierung zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur, 16.1.2013, Drucksache 17/12115, online: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/121/1712115.pdf> (1.10.2013).

³ Verantwortung, Aufarbeitung, Gedenken. Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes vom 18. Juni 2008, dokumentiert in: Deutschland Archiv, (2008) 4, S. 601, S. 608.

⁴ Vgl. Plenarprotokoll (Anm. 1), S. 29005.

⁵ Vgl. Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsch-deutsche Zustände. 20 Jahre nach dem Mauerfall*, Bonn 2009, S. 20.

der DDR-Alltag ja nicht zu allen Zeiten und durchweg als repressiv wahrgenommen wurden,⁶ und zum anderen wird die Rückschau auf die DDR von ambivalenten Gegenwarterfahrungen mitbestimmt, die sich nicht nur auf hinzugewonnene Freiheiten und umfanglichere Konsumangebote beziehen, sondern auch auf soziale Verwerfungen (vor allem im Kontext von Arbeitslosigkeit und prekären Arbeitsverhältnissen) und Zurücksetzungserfahrungen.⁷ Beides drückt sich in Umfragen aus, etwa in einer Studie des Emnid-Instituts vom Mai 2010, der zufolge die Hälfte der Ostdeutschen der DDR „mehr gute als schlechte Seiten“ bescheinigt.⁸

Vor allem aber erklärt beides, weshalb die Erinnerung an die DDR im Rahmen einer bloßen Entgegensetzung von Diktatur und Demokratie von unrealistischen Voraussetzungen ausgeht und als Konzept für nicht wenige Ostdeutsche eher befremdlich sein dürfte. Deshalb kann aus solchen Befunden auch nicht einfach der Schluss gezogen werden, viele Bundesbürgerinnen und -bürger im Osten hätten offenbar noch nicht verstanden, dass die DDR eine Diktatur war, weshalb die entsprechenden „Aufarbeitungs“-Anstrengungen noch verstärkt werden müssten. In einem solchen Interpretationsschema hätte zudem die Überlegung keinen Platz, dass zwischen diesem Schluss und jener „Eigensinnigkeit“ ein reaktiver Zusammenhang bestehen könnte. Je-

⁶ Vgl. die seit 1990 erscheinende Reihe „Sozialreport. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern“ des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg, z. B. die Ausgabe von 1997, S. 49; Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994; Lutz Niethammer, Annäherung an den Wandel. Auf der Suche nach der volkseigenen Erfahrung in der Industrieprovinz der DDR, in: BIOS, 1 (1988), S. 19–66.

⁷ Vgl. die Befunde der Sozialreport-Reihe (Anm. 6); Detlef Pollack, Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung, in: APuZ, (1997) 13, S. 3–14; Dieter Walz/Wolfram Brunner, Das Sein bestimmt das Bewusstsein, in: APuZ, (1997) 51, S. 13–19; Raj Kollmorgen, Subalternisierung. Formen und Mechanismen der Missachtung Ostdeutscher nach der Wiedervereinigung, in: ders./Frank Thomas Koch/Hans-Liudger Dienel (Hrsg.), Diskurse der deutschen Einheit, Wiesbaden 2011, S. 301–360.

⁸ Vgl. Ostdeutsche erklären DDR, 17.5.2010, www.sueddeutsche.de/1.114719 (1.10.2013). 2003 kam eine auf Thüringen bezogene Studie zu einem ähnlichen Ergebnis. Vgl. Einstellungen zur Demokratie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2003, Jena 2003.

denfalls wird diese Vermutung durch (scheinbar widersprüchliche) Befragungsergebnisse gestützt: Während, wie schon gesagt, die untergegangene DDR für nicht wenige Ostdeutsche „mehr gute als schlechte Seiten“ hatte, möchte nach wie vor nur jeder Zehnte „am liebsten die DDR wieder haben“.⁹

In der Plenumsdebatte im Bundestag kamen entsprechende Problematisierungen nicht vor. Dennoch gab es hier und da kritische Bemerkungen zum Gesamtkonzept „Aufarbeitung der SED-Diktatur“. So erinnerte der Abgeordnete Siegmund Ehrmann (SPD) an die „grundlegende und wichtige Arbeit der Sabrow-Kommission“,¹⁰ die einige Jahre zuvor mit dem Versuch einer Neujustierung des Aufarbeitungskonzepts befasst war. Im Plenum blieb dieser – angesichts des allgemeinen Debattenverlaufs überraschende – Hinweis ohne Resonanz. Die Empfehlungen dieser Kommission hatten seinerzeit für einigen Wirbel gesorgt,¹¹ sind aber konzeptionell weitgehend folgenlos geblieben. Von ihrer Aktualität haben sie indes kaum etwas eingebüßt. Deshalb soll ihnen im Folgenden nachgegangen werden.¹²

Sabrow-Kommission: Versuch einer Blickwinkelerweiterung

Die Einrichtung der sogenannten Sabrow-Kommission geht zurück auf eine Initiative der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien Christina Weiss im Frühjahr 2005, also noch zu Zeiten der rot-grünen Koalition. Die Kommission, die sich unter dem Vorsitz des Potsdamer Zeithistorikers Martin Sabrow vor allem aus Historikern und DDR-Bürgerrechtlern zusammensetzte,¹³ sollte ein Konzept „für einen dezentral organisierten Geschichtsverbund zur Aufarbeitung

⁹ Vgl. Volkssolidarität Bundesverband, Pressematerial zur Studie „20 Jahre friedliche Revolution 1989 bis 2009“, 20.7.2009, online: www.volkssolidaritaet.de/cms/vs_media/-p-28378.pdf (1.10.2013).

¹⁰ Plenarprotokoll (Anm. 1), S. 29017.

¹¹ Vgl. Martin Sabrow et al. (Hrsg.), Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte, Bonn 2007.

¹² Dabei bleiben die organisatorisch-institutionellen Aspekte des Themas einschließlich der Spezifik der unterschiedlichen Gedenk- und Aufarbeitungseinrichtungen unberücksichtigt.

¹³ Vgl. M. Sabrow et al. (Anm. 11), S. 7f.

der SED-Diktatur“ unter Einbeziehung aller Einrichtungen „mit gesamtstaatlicher Bedeutung“ erarbeiten, mit dem Ziel einer stärkeren arbeitsteiligen Profilierung, Professionalisierung und besseren Vernetzung. Dies bedeutete für die Experten auch eine Überprüfung des bisherigen Konzepts von „Aufarbeitung“. Im Juni 2006 legten sie ihre Empfehlungen vor, und zwar nahezu im Konsens.¹⁴

Ihre Vorschläge basierten auf einer zunächst vorgenommenen Bestandsaufnahme, aus der hervorging, dass „die repressiven und überwachenden Aspekte der DDR-Diktatur breit vergegenwärtigt werden, (während) die Bereiche ‚Opposition und Widerstand‘ sowie ‚Herrschaft und Gesellschaft‘ in unvertretbarer Weise unterrepräsentiert (sind)“. Als zusätzlich defizitär erwies sich für die Kommission die fehlende Einbettung der SED-Diktatur in den politisch-historischen Kontext der deutschen Teilung und der Blockbildung. Entsprechend wurde als konzeptionelles Ziel formuliert, „dass der geplante Geschichtsverbund sowohl zur Aufklärung über den Diktaturcharakter der DDR (...) und zur Würdigung von Widerstand und Opposition beiträgt, als auch die Vielschichtigkeit, ‚Veralltäglichung‘ und ‚konstitutive Widersprüchlichkeit‘ der DDR abbildet und in die beziehungsgeschichtlichen Dimensionen der deutschen-deutschen Doppelstaatlichkeit (...) und des Ost-West-Konflikts rückt“. ¹⁵ Die drei „Aufarbeitungsschwerpunkte“, welche die Kommission benannte, können als grobe Operationalisierung dieser Überlegungen gelten: „Herrschaft – Gesellschaft – Widerstand“, „Überwachung und Verfolgung“ sowie „Teilung und Grenze“.

In anderen Worten: Die Kommission trat für eine Blickwinkelerweiterung im offiziellen Umgang mit der DDR-Vergangenheit ein, was sich vor allem im ersten „Aufarbeitungsschwerpunkt“ ausdrückt, zu dem im Wesentlichen auch die Kategorien „gesellschaftlicher Alltag“, „Bindungskräfte“ und „Widersprüche“ gehören. Implizit ist dieser Perspektive, dass sie nicht auf den Täter-Opfer-Du-

¹⁴ Die Bürgerrechtlerin Freya Klier gab ein Sondervotum ab. Für sie berücksichtigten die „Empfehlungen“ zu wenig die Bedrohungen, die von wiedererstarkten alten SED-Kadern ausgingen. Vgl. ebd., S. 44f.

¹⁵ Ebd., S. 11.

alismus beschränkt ist, der allzu leicht von der Selbstwahrnehmung all jener absieht, die sich nicht oder nicht ohne Weiteres der einen oder anderen Gruppe zurechnen lassen (wollen). Unberührt davon bleibt das Wachhalten der Erinnerung an die Menschenrechtsverletzungen sowie den diktatorischen Charakter des politischen Systems.

In der Substanz handelte es sich keineswegs um gänzlich neue Überlegungen. Renommierete Zeithistoriker wie Jürgen Kocka, Christoph Kleßmann oder Lutz Niethammer hatten mit Blick auf die Einschätzung der DDR-Gesellschaft schon Jahre zuvor aus unterschiedlichen thematischen Perspektiven vor schablonenhaftem Denken gewarnt und die Berücksichtigung historischer Kontexte und Interdependenzen empfohlen.¹⁶ Gleichwohl fanden die Empfehlungen der Kommission ein geteiltes Echo. Das war für ihre Mitglieder offenbar keine Überraschung, wohl aber die Heftigkeit der Kritik.¹⁷

Die Einwände kamen nicht nur von Vertreterinnen und Vertretern von Gedenkstätten und Opferverbänden, sondern auch von Teilen des Wissenschaftsbetriebes. Zum Beispiel sprach der Leiter der Gedenkstätte im ehemaligen Stasi-Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, im Mai 2006 von „staatlich geförderte(r) Ostalgie“;¹⁸ und der damalige Leiter des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Horst Möller, fasste einen Teil seiner Kritik in dem Satz zusammen, dass „der Staatssicherheitsdienst charakteristischer für die DDR (ist) als die Kinderkrippen“.¹⁹ Ähnlich resümierte Klaus Schroeder, einer der Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin: „Die Differenz zwischen Demokratie und Diktatur verschwindet hinter

¹⁶ Vgl. Christoph Kleßmann, Spaltung und Verflechtung – Ein Konzept zur integrierten Nachkriegsgeschichte 1945 bis 1990, in: ders./Peter Lautzas (Hrsg.), Teilung und Integration, Bonn 2005, S. 20–37; Jürgen Kocka, Eine durchherrschte Gesellschaft, in: J. Kaelble/ders./H. Zwahr (Anm. 6), S. 547–553; Niethammer (Anm. 6), S. 26.

¹⁷ Vgl. M. Sabrow et al. (Anm. 11), S. 15.

¹⁸ Hubertus Knabe, Das Aufarbeitungskombinat, in: Die Welt vom 8.5.2006, dokumentiert in: M. Sabrow et al. (Anm. 11), S. 189–192, hier: S. 191.

¹⁹ Horst Möller während der öffentlichen Anhörung, 6.6.2006, dokumentiert in: ebd., S. 51–59, hier: S. 56.

der Fassade von Alltag und Gesellschaft.“ Die „Empfehlungen“ enthielten eine „Weichzeichnung der DDR“.^{f20}

Geteilt wurde diese Einschätzung von dem für den weiteren politischen Gang der „Empfehlungen“ zuständigen Kulturstaatsminister Bernd Neumann, der Christina Weiss Ende 2005 mit dem Wechsel von der rot-grünen zur schwarz-roten Koalition im Amt abgelöst hatte. In seiner Fortschreibungsvorlage von 2008 ließ zum Beispiel die inhaltliche Bestimmung des (von der Kommission dem Namen nach übernommenen) Themenschwerpunktes „Gesellschaft und Alltag“ keinerlei Spielraum für die Untersuchung und Benennung irgendwelcher, jenseits von Repressionszwängen angesiedelter „Bindungskräfte“: „Das Alltagsleben in der DDR wird berücksichtigt, um einer Verklärung und Verharmlosung der SED-Diktatur und jeder ‚Ostalgie‘ entschieden entgegenzuwirken. (...) Es muss deutlich werden, dass die Menschen in der DDR einer umfassenden staatlichen Kontrolle unterlagen und einem massiven Anpassungsdruck ausgesetzt waren, ebenso wie die Diktatur ihre Macht auch aus der Mitmachbereitschaft der Gesellschaft schöpfte. (...) Zugleich muss dokumentiert werden, wie und wo sich die Menschen dem Zugriff der Partei zu entziehen suchten.“^{f21}

Neumanns Vorlage wurde im Herbst 2008 vom Kabinett gebilligt und fand auch im Bundestag als „Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes“ mehrheitlich Zustimmung. Damit wurde, wie Martin Sabrow in der vorausgegangenen Debatte vorsichtig formuliert hatte, in Kauf genommen, dass individuell-lebensgeschichtliche Erfahrungen und das offiziell vermittelte Geschichtsbild bei einem Großteil der Bevölkerung in den ostdeutschen Bundesländern auseinanderfallen.^{f22} Zu den (weiteren) möglichen Konsequenzen gehört ironischerweise die Wiederbelebung einer problematischen Grunderfahrung des „gelernten“ DDR-Bürgers: Er musste von Kindesbeinen an Übung darin entwickeln, mit einer vom SED-Appa-

rat inszenierten Wirklichkeitsdeutung umzugehen, die mit der Realität oft nur sehr entfernt etwas zu tun hatte. Ein anderer möglicher Effekt besteht darin, dass das Gegenteil von dem provoziert wird, was intendiert ist: statt eines kritischen Verständnisses der eigenen und kollektiven DDR-Vergangenheit finden apologetische Gegenerzählungen oder andere reaktiv-ausweichende Verhaltensweisen Unterstützung, darunter auch solche, die seit geraumer Zeit unter dem Begriff „Ostalgie“ zusammengefasst werden.^{f23}

Für die Gegner der Kommissionsvorschläge fungierten bestimmte Begriffe des Konzepts als Reizwörter: Das galt für die Hinweise auf die für die DDR „konstitutiven Widersprüche“ ebenso wie für die DDR-Geschichte als „Teil der gesamtdeutschen Geschichte“, mehr noch für die Kategorien „Bindungskräfte“ (etwa in Bezug auf „Ideologie“) und „gesellschaftlicher Alltag“. Das ist insofern nicht verwunderlich, als vor allem diese Begriffe so etwas wie eine Türöffnerfunktion für eine modifizierte „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ hatten beziehungsweise von den Gegnern des Kommissionsvorschlags als Wegweiser in Richtung „Weichzeichnung der DDR“ wahrgenommen wurden. Zugleich kontrastieren sie am deutlichsten mit den ausschließlich diktaturbestimmten „Aufarbeitungs“-Kategorien wie „Staatssicherheit“, „Überwachung“, „Indoktrination“, „Verfolgung“ oder „Opfer und Täter“. Letztere verweisen nach wie vor auf historische Tatbestände. Als konzeptuelle Bestandteile einer „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ verlieren sie jedoch dann ihre aufklärerische Funktion, wenn ihnen ein Wahrnehmungs- und Bewertungsschema zugrunde liegt, das – an die Systemkonfrontation im Kalten Krieg und die Totalitarismustheorien erinnernd – aus Schwarz-Weiß-Zeichnungen besteht und kategorial mit entsprechenden Entgegensetzungen arbeitet: „Demokratie/Diktatur“, „Freiheit/Unfreiheit“, „Recht/Unrecht“.

Abgesehen davon, dass der historische Adressat der impliziten Freund-Feind-Logik mit dem Zerfall der staatssozialistischen Systeme nicht mehr existent ist: Unter dieser Voraussetzung muss jeder Verweis auf gesellschaftliche Schattierungen, Widersprüche,

^{f20} Klaus Schroeder am 21.5.2006 im Deutschlandradio Kultur, dokumentiert in: ebd., S. 279ff., hier: S. 280.

^{f21} Fortschreibung Gedenkstättenkonzeption (Anm. 3), S. 608.

^{f22} Vgl. M. Sabrow (Anm. 11), S. 390.

^{f23} Vgl. Klaus Christoph, „Ostalgie“ – was ist das eigentlich?, in: Deutschland Archiv, (2006) 4, S. 681–689.

Ambivalenzen und Wechselwirkungen als Fehleinschätzung beziehungsweise „Weichzeichnung“ erscheinen. Dabei käme es gerade unter den veränderten Bedingungen der deutschen Wiedervereinigung darauf an, zu einem möglichst differenzierten Bild von der (eben nicht einfach verschwundenen) DDR-Gesellschaft zu gelangen.

Differenziertheit und deutsch-deutsche Bezugnahmen

Um die Diskussion weiterzuführen, könnte an die Vorschläge der Sabrow-Kommission angeknüpft werden. Im Gegensatz zu den konzeptionellen Vorstellungen und Praktiken der bisherigen staatlich organisierten „Aufarbeitung der SED-Diktatur“, deren Elemente im Kommissionsentwurf überwiegend dem Arbeitsschwerpunkt „Überwachung und Verfolgung“ zuzurechnen wären, sind die neuen Überlegungen noch kaum ausgearbeitet und erprobt worden. Ein erster Schritt in diese Richtung könnte darin bestehen, die entsprechenden Dimensionen und Begriffe auf der Grundlage der inzwischen vorliegenden Materialfülle zur DDR-Gesellschaft zu konkretisieren. Im Folgenden sollen dazu einige stichwortartige Beispiele skizziert werden.

Das Erste, was einen systematisch-konzeptionellen Gesichtspunkt enthält, bezieht sich auf die zu berücksichtigenden „beziehungs-geschichtlichen Dimensionen der deutschen Doppelstaatlichkeit“. Hierzu gehört eine wichtige Voraussetzung, nämlich die Anerkennung eines gemeinsamen historischen Ausgangspunktes: die Geschichte Nazideutschlands mit seiner von außen herbeigeführten Niederlage nach einem von ihm ausgelösten mörderischen Weltkrieg, zu dessen Folgen die Teilung des Landes durch die Siegermächte gehörte, die mit systemisch unterschiedlichen ökonomisch-sozialen und politischen Entwicklungen verbunden war und in eine Integration sich gegenüberstehender Machtblöcke unter der Führung der USA einerseits und der Sowjetunion andererseits einmündete.

Dabei waren trotz der deutschen Teilung Interdependenzen wirksam, die sich im Zeitverlauf veränderten. So dominierten in der Hochphase des Kalten Krieges die wechselseitig negativen Bezugnahmen, welche die Legitimation des jeweils eigenen und zu-

gleich die Delegitimierung des anderen ökonomischen und politischen Systems einschlossen, während in der anschließenden Koexistenz-Phase und erst recht im Gefolge der Neuen Ostpolitik Anfang der 1970er Jahre trotz der weiterhin bestehenden Systemunterschiede vertraglich geregelte Formen des Nebeneinanders angestrebt wurden. Für das geteilte Deutschland gehörte zu dieser Entwicklung eine erhebliche Zunahme des Besucherstroms in Richtung Osten – vor dem Hintergrund, dass in den 1970er und 1980er Jahren etwa zwei Drittel der Ostdeutschen Verwandte in Westdeutschland hatten.²⁴ Dabei war es für diese auf der Alltagsebene wirksamen deutsch-deutschen Beziehungen charakteristisch, dass aus Verwandten „Ost-West-Verwandtschaften“ wurden – verbunden mit jeweils spezifischen Rollenzuschreibungen und Erwartungshaltungen.

Zu den „Bindungskräften“ gehörten offenbar die „sozialistischen Ideale“ in Gestalt von „Gleichheit“, „Gerechtigkeit“ und „Solidarität“. Darauf verweist zum Beispiel der hohe Anteil jener, die (heute) dem Statement zustimmen, dass „der Sozialismus eine gute Idee“ sei, die bisher nur schlecht umgesetzt wurde.²⁵ In einer ganzen Reihe individueller Berichte von Besuchsreisen in die DDR in den 1970er und 1980er Jahren wird hervorgehoben, dass in informellen Gesprächen zwar viel über immer wieder auftauchende Versorgungsmängel, bürokratische Gängeleien und eingeschränkte Reisemöglichkeiten geklagt wurde, „der Sozialismus“ beziehungsweise die „sozialistischen Ideale“ jedoch eher ausnahmsweise in Frage gestellt wurden.

Handfester als „Bindungskraft“ dürfte sich ein anderes Politikum erwiesen haben, nämlich die Bildungsoffensive in den 1950er und frühen 1960er Jahren, die nicht wenigen Angehörigen traditionell benachteiligter sozialer Schichten einen Bildungsschub und einen beruflichen Aufstieg brachte. Allerdings geschah das nicht nur in Verbindung mit dem Anspruch auf politische Loyalität gegenüber dem SED-Staat, sondern bei gleichzei-

²⁴ Vgl. Lutz Niethammer, Erfahrungen und Strukturen. Prolegomena zu einer Geschichte der Gesellschaft der DDR, in: H. Kaelble et al. (Anm. 6), S. 100.

²⁵ In einer Studie von 2009 stimmten dem etwa zwei Drittel der befragten Ostdeutschen zu. Vgl. W. Heitmeier (Anm. 5), S. 32.

tigem Ausschluss von Kindern aus anderen, vor allem den alten Mittelschichten zugehörigen sozialen Milieus. Ihnen war der Weg zum Studium häufig versperrt. Zudem wurde jenes Qualifizierungs- und Aufstiegs-kennzeichen im Laufe der 1960er Jahre zu einem Beispiel für die von der Sabrow-Kommission markierten DDR-typischen „konstitutiven Widersprüche“: Denn die erheblich verbesserten Bildungs- und Aufstiegschancen von Kindern aus Arbeiter-, unteren Angestellten- und bürgerlichen Haushalten wurden durch steigende Selbstrekutierungsraten bei den inzwischen etablierten Funktionseleiten faktisch (wieder) eingeschränkt,¹⁶ was als eklatanter Verstoß gegen den egalitären Grundanspruch des politischen Systems gelten kann.

Ein anderes Beispiel ist der DDR-spezifische Antifaschismus als politisch-moralische Legitimationsgrundlage des SED-Staates. Seine Betonung enthielt stets eine Abgrenzung von der Bundesrepublik, der eine Re-Faschisierung unterstellt wurde. Der DDR-Antifaschismus knüpfte einerseits an den opferreichen Widerstand auch und gerade der Kommunisten gegen das NS-Regime an und rechtfertigte den (weitgehend) konsequenten Austausch der alten, durch den Nationalsozialismus belasteten Eliten; auf der anderen Seite behinderte er aus ideologischen und machtpolitischen Gründen eine wirksame, mit demokratischer Erfahrungsbildung verbundene Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, in die doch die Mehrzahl auch der Ostdeutschen aktiv oder passiv verstrickt war. Nach dem eigenen ideologischen Verständnis konnte sich der Faschismus in der DDR nicht wiederholen, weil hier seine Voraussetzungen durch die vorgenommenen ökonomisch-sozialen Umwälzungen unter der „Führung der Partei der Arbeiterklasse“ eliminiert worden waren. Dies ließ eine tiefere Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus als unnötig erscheinen; doch wurde sie sicherlich auch deshalb vermieden, weil eine öffentliche Debatte über die Art der NS-Verwicklungen womöglich nicht nur gewisse Parallelen zu den politischen Organisationsformen und autoritären Entscheidungsstrukturen des SED-Apparats („demokratischer Zentralismus“) offenkundig gemacht, sondern auch die durchaus systemfunktionalen, traditionell obrigkeitlich geprägten Denk- und Verhaltensmuster infrage gestellt hätte.

parats („demokratischer Zentralismus“) offenkundig gemacht, sondern auch die durchaus systemfunktionalen, traditionell obrigkeitlich geprägten Denk- und Verhaltensmuster infrage gestellt hätte.

Zum Beschweigen der Verstrickungen der Bevölkerung in den Nationalsozialismus, das im Übrigen für die Anfangsjahre der Bundesrepublik ebenso gilt (wenngleich aus anderen Gründen), mag dazu ein verschwiegenes Einverständnis zwischen den Herrschern und Beherrschten beigetragen haben, und zwar, wie der Soziologe Wolfgang Engler schreibt, im Sinne eines „Ablasshandels“:¹⁷ Die kommunistischen Kader, die den NS-Terror überlebt hatten, haben für die Sünden aller gebüßt. Und dieses Angebot wurde akzeptiert, nicht nur weil es entlastete, sondern weil die mit ihm verbundene Akzeptanz des absoluten Herrschaftsanspruches der SED zugleich als Opfer gelten konnte, das sich mit der eigenen Schuld verrechnen ließ. Es würde sich also hier um eine „Bindungskraft“ der besonderen Art handeln.

Strukturell widersprüchlich vollzog sich auch die „Gleichstellung von Mann und Frau“.¹⁸ Sie wurde, nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen (Arbeitskräftemangel), frühzeitig vorangetrieben und verschaffte den Frauen neben der rechtlichen Gleichstellung eine Erweiterung beruflicher Qualifizierungsmöglichkeiten und damit mehr wirtschaftlich-soziale Unabhängigkeit, während die in der familiären Sozialisation vermittelten patriarchalischen Verhaltensmuster weitgehend unbehelligt blieben. Das tradierte Geschlechterverhältnis wurde – wie lange Zeit auch in der Bundesrepublik – nicht thematisiert. Wesentliche Teile des alten Rollenmusters blieben so erhalten und befestigten die überkommene Doppelbelastung vieler Frauen – trotz des ausgebauten Systems der Kinderbetreuung und anderer Erleichterungen.

Ein anderes Problem, das einen „konstitutiven Widerspruch“ enthält und ebenfalls

¹⁶ Vgl. Heinrich Best et al., Die DDR-Gesellschaft als Ungleichheitsordnung, in: ders./Everhard Holtmann (Hrsg.), Aufbruch der entscherten Gesellschaft: Deutschland nach der Wiedervereinigung, Frankfurt/M. 2012, S. 63–84.

¹⁷ Wolfgang Engler, Die Furien der Erinnerung, in: Kommune, (1992) 11, S. 8.

¹⁸ Vgl. Susanne Diemer, Patriarchalismus in der DDR, Opladen 1994; Ute Gerhard, Die staatlich institutionalisierte „Lösung“ der Frauenfrage, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Anm. 6) S. 383–403.

mit dem Alltag verknüpft war, aber stärkere Auswirkungen auf die „Wende“- und „Nachwende“-Zeit hatte (und noch hat), resultierte aus einem politischen Paradoxon: der permanenten offiziellen Aufforderung, „eine neue, bessere Welt zu schaffen und den Sozialismus aufzubauen“, ohne am Wie beteiligt zu werden, also ständig und überall aktiv zu sein und dabei passiv zu bleiben. Nicht die Ziele der auf Dauer gestellten politischen Mobilisierung waren dabei offenbar das Problem, sondern das mit ihr verbundene strukturelle Demokratiedefizit. Weil es kein öffentliches Forum für eine Debatte über entsprechende Widerspruchserfahrungen gab, bildete sich mit der Zeit eine Art Zwei-Welten-Realität heraus: eine offizielle, in der als unerschütterlich geltende Wissensbestände des Marxismus-Leninismus, spezifische Sprachregelungen und symbolische Gesten (wie gelegentliche Massenaufmärsche) Gültigkeit hatten, und eine private, in der überwiegend nach den tradierten Mustern Geschlechterbeziehungen, Erziehung, Konfliktaustragungen, Geselligkeit und Nachbarschaftshilfe funktionierten.

In anderen Worten: Die auf Dauer gestellten, weitgehend nebeneinanderher laufenden Wirklichkeitserfahrungen haben in der Breite wahrscheinlich entpolitisiert gewirkt. Im Blick auf die Wiedervereinigung könnte diese Entpolitisierung nicht die Enttäuschungen über ihren Verlauf erklären, wohl aber deren Ausmaß und verbreitete Verarbeitungsformen – nach dem Motto: „Wir sind wieder einmal die Dummen!“ Als bloße Kehrseite der gleichen Medaille würde dazu der anfängliche „Helmut, Helmut“-Enthusiasmus passen.^{f29}

Perspektiven

Die Beispiele ließen sich fortsetzen und ergänzen, vor allem mit Blick auf die hier nur

^{f29} Dem widerspricht nicht, dass am Ende Tausende auf die Straße gingen und wesentlich zum Einsturz des maroden Regimes beitrugen. Allein angesichts der Massenflucht vor allem junger Leute im Sommer 1989 konnte es „so nicht weitergehen!“ – wie in jenen Tagen überall zu hören war. Und rasch vollzog sich der Übergang von der revolutionär-demokratischen Parole „Wir sind das Volk!“ zu der eher national bestimmten Formel „Wir sind ein Volk!“, was einen Bruch mit den meisten oppositionellen Gruppen einschloss.

sparsam angedeuteten deutsch-deutschen Bezüge. Sie zu strukturieren und mit didaktischen Überlegungen zu verknüpfen,^{f30} würde ein weiterer Schritt in Richtung einer Konzeptualisierung sein, welche die bisherige offizielle „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ modifiziert. Zentrale Gesichtspunkte wären dabei, das Konzept mit mehr Anschlussfähigkeit an die erlebte (und familiär tradierte^{f31}) DDR-Geschichte auszustatten und gleichzeitig Bezüge zur parallel verlaufenden Geschichte der „Altbundesrepublik“ *auch in kritischer* Perspektive zu ermöglichen. Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit würde so einmünden in eine Aufarbeitung der zeitweiligen, dennoch einschneidenden deutschen Doppelstaatlichkeit.

Die Gründe für einen modifizierten Umgang mit der DDR-Vergangenheit lassen sich in einen einzigen zusammenfassen: Es geht um die Bewältigung einer Situation, die mit der Aufhebung der deutschen Teilung eingetreten ist und die es unabdingbar macht, *gemeinsam* nach Verständigungsmöglichkeiten darüber zu suchen, was war, was sich nicht wiederholen darf und was werden soll. Die Jüngeren, die in den 1970er und 1980er Jahren in Ostdeutschland geboren wurden und so frühzeitig mit unterschiedlichen politisch-kulturellen Verhältnissen in Berührung gekommen sind, könnten hier vielleicht eine Art Mittlerrolle übernehmen, sowohl generationsbezogen als auch im Ost-West-Verhältnis. Eine entsprechende Initiative, die nicht mehr nur wählen möchte „zwischen der DDR als Unrechtsstaat und einer schalen Ostalgie“^{f32} gibt es seit geraumer Zeit, und zwar unter westdeutscher Beteiligung. Sie könnte Unterstützung finden durch ein Aufarbeitungskonzept, das diesem Anliegen entgegenkommt.

^{f30} Anregend hierzu: Saskia Handro/Thomas Schaar-schmidt (Hrsg.), *Aufarbeitung der Aufarbeitung. Die DDR im geschichtskulturellen Diskurs*, Schwalbach/Ts. 2011.

^{f31} Vgl. Sabine Moeller, *Vielfache Vergangenheit*, Tübingen 2003.

^{f32} Vgl. Michael Hacker et al. (Hrsg.), *Dritte Generation Ost. Wer wir sind, was wir wollen*, Bonn 2012, S. 215.

Marcel Siepmann

Vom Nutzen und Nachteil europäischer Geschichtsbilder

Welche Geschichten erzählt man sich von Europa? Mit dieser Frage setzen sich Bürgerinnen und Bürger, Politikerinnen und Politiker, Lehrerinnen

Marcel Siepmann und Lehrer, Schülerinnen und Schüler sowie Historikerinnen und Historiker an den Universitäten und in Geschichtswerkstätten immer wieder auseinander. Einer der vielleicht spannendsten Versuche kann gerade in Brüssel beobachtet werden, wo bis Ende 2015 ein „Haus der europäischen Geschichte“ entstehen soll.¹ Dort, so versprechen uns seine Macher, soll eine Plattform entstehen „for exchange about European history and the history of the European Union“.²

Auch in diesem Artikel soll der Frage nachgegangen werden, ob und – wenn ja – wie ein Geschichtsbild gestaltet werden kann. Sollte man sich überhaupt um Geschichtsbilder bemühen, welche Schwierigkeiten verbinden sich mit ihnen? Kann für Europa vielleicht eines beschrieben werden, in dem die Geschichte eines *sozialen Gesellschaftsmodells* erzählt wird, so wie es Martin Schulz, der Präsident des Europäischen Parlaments, beschrieben hat?³ Und handelt es sich dabei wirklich um ein europäisches Geschichtsbild?

Neben solchen Fragen vernimmt man aber auch Äußerungen über ein Unbehagen an der Erinnerung – wie es jüngst die Literatur- und Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann mit einem entsprechenden Buchtitel zum Ausdruck brachte.⁴ Es ist ein Unbehagen, das sich vor allem aus der thematischen „Amalgamierung“ von Geschichtswissenschaft, Er-

innerung und Identität speist, wie sie seit gut dreißig Jahren verstärkt zu beobachten ist. Das bedeutet, dass zunehmend das zur „Geschichte“ erklärt wird, was im Hier und Jetzt erinnert wird. Der Ägyptologe und Kulturwissenschaftler Jan Assmann hat dies vor einigen Jahren in seinem Buch über die „Entzifferung einer Gedächtnisspur“ formuliert: „Für den Mnemohistoriker (Gedächtnishistoriker, *Anm. d. Red.*) liegt die Wahrheit einer Erinnerung weniger in ihrer Faktizität als in ihrer Aktualität.“⁵ Assmann schrieb dies übrigens nicht, um das Interesse an der Geschichte, „wie sie eigentlich gewesen“ ist, aufzukündigen.⁶ Doch steht seine Aussage für einen Trend, sich vornehmlich über *das Erinnerte* mit der Geschichte auseinanderzusetzen – meist über das *soziale* oder das *kulturelle* Gedächtnis.

Holocaust als gemeinsamer Bezugspunkt

Für die jüngere europäische Geschichte erfolgte dieser Zugang vornehmlich über die Erinnerung an den Holocaust. In dem erwähnten Geschichtshaus in Brüssel spielt dies ebenfalls eine wichtige Rolle: „The ‚break of civilisation‘ of the Shoah is the beginning and the nucleus of the European discourse of memory. For a long time, states were si-

¹ Vgl. die Homepage des Projekts: www.europarl.europa.eu/visiting/de/visits/historyhouse.html (1.10.2013).

² European Parliament, Building a House of European History, Brussels 2013, S. 6, online: www.europarl.europa.eu/visiting/ressource/static/files/building-a-house-of-european-history_e-v.pdf (1.10.2013).

³ Martin Schulz, Der gefesselte Riese. Europas letzte Chance, Berlin 2013, S. 211.

⁴ Vgl. Aleida Assmann, Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention, München 2013; einen ähnlichen Titel gab es auch 2012: Margrit Frölich/Ulrike Jureit/Christian Schneider (Hrsg.), Das Unbehagen an der Erinnerung – Wandlungsprozesse im Gedenken an den Holocaust, Frankfurt/M. 2012. Beide Titel nehmen eine bekannte Formulierung Sigmund Freuds auf, der 1930 von einem Unbehagen in der Kultur sprach, in: ders., Kulturtheoretische Schriften, Frankfurt/M. 1974, S. 191–270.

⁵ Jan Assmann, Moses der Ägypter. Entzifferung einer Gedächtnisspur, Frankfurt/M. 2000, S. 28.

⁶ Im Gegenteil schrieb er nämlich auch: „Erinnerung kann nicht als verlässliche Quelle gelten, ohne an objektiven ‚Fakten‘ überprüft zu werden.“ Ebd., S. 27f.

lent about their failings. In the meantime, the recognition of the Shoah as a singular crime against humanity has become the negative reference point of European self-consciousness.“⁷

Für diesen gemeinsamen Bezugspunkt hat sich in den vergangenen Jahren die Formulierung vom „Holocaust als negativer Gründungsmythos“ etabliert. So lesen wir in Bezug auf die Anerkennung des Holocaust zum Beispiel beim britischen Historiker Tony Judt von einer „europäischen Eintrittskarte“.⁸ Und auch Andreas Wirsching, der Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, schreibt von einer solchen „Eintrittskarte, die erforderlich ist, um den europäischen Zug zu besteigen“. Das soll heißen: „Der Wille und die Fähigkeit, vergangenes Unrecht zu identifizieren und aufzuarbeiten, werden damit zur zentralen europäischen Kulturtechnik.“⁹

Eine solche Kulturtechnik beschrieb der Politikwissenschaftler Claus Leggewie bereits vor einigen Jahren, als er zwar die Formulierung eines „Schlachtfelds Europa“ bemühte, gleichzeitig aber einen gemeinsamen europäischen Umgang mit dieser Geschichte vorschlug. Er betonte dabei den Zugang zu einer europäischen Erinnerung über das Verständnis einer im doppelten Sinne geteilten Geschichte.¹⁰ „Geteilt“, so Leggewie, „heißt nicht, dass wir uns in allen Bewertungen historischer Ereignisse einig sein werden. Es heißt aber, dass wir unsere Differenzen in der Wahrnehmung unserer Geschichte in ei-

⁷ European Parliament (Anm. 2), S. 34. Zum ersten Konzeptentwurf des Hauses in Brüssel vgl. Marcel Siepmann, Ein Haus der Europäischen Geschichte wird eingerichtet, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, (2012) 11–12, S. 690–704.

⁸ Tony Judt, *Geschichte Europas von 1995 bis zur Gegenwart*, Frankfurt/M. 2009, S. 933.

⁹ Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München 2012, S. 379.

¹⁰ Leggewie umschreibt dies wie folgt: „Etymologie und Semantik des Teilens beinhalten das Trennende (Abteilen, Erbteilung) ebenso wie das Verbindende (Beteiligung, Mitteilen), als Gegenteil (oder Nachteil) und Anteilnahme (oder Vorteil).“ Claus Leggewie, *Schlachtfeld Europa. Transnationale Erinnerung und europäische Identität*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (2008) 2, S. 81–93, Fußnote 2, online auch unter: www.eurozine.com/articles/2009-02-04-leggewie-de.html (1.10.2013).

ner zivilen und die andere Seite anerkennenden Weise besprechen“.¹¹ Die Art und Weise, wie heute mit negativer Geschichte umgegangen wird, so lautet die dahinter stehende These, könne man als eine europäische beschreiben. Als Auslöser wird die Erfahrung eines gemeinsamen, alles Heroische am Nationalstaat beseitigenden Negativerlebnisses gesehen: der Zweite Weltkrieg, vor allem aber der Holocaust.

Aber können auch Geschichtsbilder formuliert und skizziert werden, die sich ein Stück weit von diesen Narrativen lösen und trotzdem nicht zu akademischen Gedankenspielen aus dem vielzitierten akademischen Elfenbeinturm verkümmern? Bevor ein solcher Versuch gewagt wird, soll im Folgenden auf die geschichtswissenschaftlichen Fallstricke und Probleme eingegangen werden, die damit einhergehen.

Geschichte und Erinnerung

Der Historiker Dan Diner hat vor einigen Jahren zwei im Grunde recht simple Feststellungen getroffen, die das Verhältnis von Geschichte und Erinnerung in dem oben beschriebenen Kontext sehr klar auf den Punkt bringen: „Die Vernichtung der europäischen Juden war ein Geschehen des Zweiten Weltkrieges. Das Wort vom Holocaust ist eine durch Gedächtnis und Reflexion erfolgte Zuschreibung.“¹² Für entschiedene Verteidiger einer eindeutigen Trennung von Geschehenem und Erinnerungem, wie Reinhart Koselleck einer war, liegt die Sache klar: Die im Krieg gesammelten Eindrücke seien von Einzelnen gemacht und verarbeitet worden – „daraus abzuleiten, daß es (...) ein kollektives Gedächtnis oder gar eine kollektive Erinnerung gäbe, (...) ist ein wohlmeinender Trugschluß“.¹³ Aleida Assmann zitiert Koselleck gar mit dem Ausspruch, die Geschichtswis-

¹¹ Ders. im Interview mit der Deutschen Welle: Was macht die Identität Europas aus?, 30.3.2011, www.dw.de/was-macht-die-identit%C3%A4t-europas-aus/a-6487653 (1.10.2013).

¹² Dan Diner, *Gegenläufige Gedächtnisse. Über Geltung und Wirkung des Holocaust*, Göttingen 2007, S. 7.

¹³ Reinhart Koselleck, *Formen und Traditionen des negativen Gedächtnisses*, in: ders., *Vom Sinn und Unsinn der Geschichte. Aufsätze und Vorträge aus vier Jahrzehnten*, Berlin 2010 (2002), S. 241–253, hier: S. 244.

senschaft hätte „nicht die Aufgabe, Identität zu stiften, sondern sie zu vernichten“. Sie selbst widerspricht einer solchen Ansicht und betont die Bedeutung, die auch heute noch Begriffen wie „Ideologie“ und „Mythos“ zuzusprechen sei und fragt nach deren Funktionen: „Sie (Mythos/Ideologie, *Anm. MS*) stehen plötzlich nicht mehr (nur, *Anm. MS*) für ‚Verblendung‘ und ‚Lüge‘, sondern für symbolische Konstrukte, die Menschen zusammenhalten und mit deren Hilfe diese ihr Leben organisieren. Die Einsicht, die noch dazukommt, ist die, dass Menschen ohne solche Konstrukte nicht auskommen, sondern auf symbolische Formen gemeinschaftlicher Rückversicherung und Orientierung angewiesen sind.“¹⁴

Aus geschichtswissenschaftlicher Sicht, so ließe sich mit Jörn Rüsen antworten, steckt man nun tatsächlich in einer Zwickmühle: „Als Wissenschaft ist sie (die Geschichtswissenschaft, *Anm. MS*) nicht zuständig für die Beantwortung fundamentaler Sinnfragen, und doch weiß sie sich zugleich getragen von diesen Fragen, kann sie also nicht einfach abweisen.“ Rüsen sieht Geschichtsbewusstsein als einen elementaren Bestandteil menschlicher Selbstdeutung. Dieses müsse man als „den Inbegriff der mentalen Operationen“ verstehen, „mit denen Menschen ihre Erfahrungen vom zeitlichen Wandel ihrer Welt und ihrer selbst so deuten, daß sie ihre Lebenspraxis in der Zeit absichtsvoll orientieren können“.¹⁵

Was also kann eine europäische Geschichtsschreibung sein, die eben nicht versucht, etwas herzustellen, wofür sich historisch keine Evidenz herstellen lässt, und die sich trotzdem auf das „gefährliche Spiel“ einlässt, sich mit gegenwärtigen Sinnfragen auseinanderzusetzen? Was könnten heute solche Sinnfragen sein, denen sich auch die Geschichtswissenschaft stellen muss? Geschichtswissenschaft könnte – nicht unbedingt im Koselleck’schen Sinne – eine andere, eine ergänzende Position zur Gedächtnisforschung einnehmen. Im Vordergrund stünde – eben anders als bei der Gedächtnisforschung – nicht mehr die Frage danach, ob ein bestimmtes Phänomen gegenwärtig von einer europäischen Mehrheit als

europäisch erinnert, empfunden oder gedeutet wird, sondern vielmehr der Versuch, bestimmte Phänomene, die durch nationale Öffentlichkeiten als nationale Eigenarten wahrgenommen werden, in einer gesamteuropäischen Dimension historisch aufzuschlüsseln.

Der Philosoph Jürgen Habermas hat in seiner jüngsten Intervention darauf hingewiesen, dass durch die wirtschaftliche Globalisierung die europäischen Staaten „erneut unter explosiven Druck ökonomisch erzeugter Interdependenzen geraten“ sind und somit in eine Situation, in der Grundsätze des sozialen Zusammenlebens infrage gestellt werden. „Wiederum“, so Habermas weiter, „sind es systemische Zwänge, die die eingewohnten Solidarverhältnisse sprengen“.¹⁶ Habermas benennt damit ein gesamteuropäisches Problem, das auch von anderen immer wieder angeführt wird: eine „soziale Krise“ (Tony Judt), deren Hauptopfer die „Ausgeschlossenen“ sind („Alleinerziehende, Teilzeit- oder Kurzarbeiter, Migranten, Jugendliche ohne Lehrstelle, vorzeitig in Rente geschickte Arbeiter“¹⁷ – Menschen also, die von den sozialen Standards der Mehrheitsgesellschaft zunehmend abgekoppelt sind). Nun mag eingewandt werden, dass diese Probleme keine genuin europäischen sind. Auch in anderen Weltregionen öffnet sich die Schere zwischen denen, die sehr viel Reichtum auf sich versammeln und denjenigen, die immer weniger am gesellschaftlichen Leben teilhaben, immer weiter. Doch möglicherweise ist der historische Umgang mit sozialen Problemen genuin europäisch.

Im folgenden Abschnitt soll aufgezeigt werden, dass die Europäer auf eine Geschichte zurückblicken, in der sie die von Habermas erwähnten systemischen Zwänge schon einmal beantwortet haben: und zwar infolge der Industriellen Revolution. Dabei geht es durchaus nicht um eine glorreiche Erfolgsgeschichte, aus der andere lernen sollen. Vielmehr geht es um ein Beispiel dafür, dass es Fort- und Rückschritte immer wieder gegeben hat und viele verschiedene Wege eingeschlagen wurden. An dieser Zeit der massiven Verän-

¹⁴ A. Assmann (*Anm. 4*), S. 20, S. 22.

¹⁵ Jörn Rüsen, *Historische Vernunft. Grundzüge einer Historik*, Bd. 1, Die Grundlagen der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1983, S. 8, S. 48f.

¹⁶ Jürgen Habermas, *Im Sog der Technokratie. Ein Plädoyer für europäische Solidarität*, in: ders., *Im Sog der Technokratie*, Berlin 2013, S. 82–111, hier: S. 110.

¹⁷ Tony Judt, *Die Aktualität der sozialen Frage*, in: ders., *Das vergessene 20. Jahrhundert. Die Rückkehr des politischen Intellektuellen*, München 2008, S. 401–421, hier: S. 404.

derungen lässt sich die „Offenheit“ der Geschichte aufzeigen und nach Gründen forschen, warum der eine und nicht der andere Weg gegangen wurde. Kaum eine andere Zeit stellte die Menschen vor größere Sinnfragen und hat derartig nachhaltig für Veränderungen gesorgt.¹⁸

Europa: Ein soziales Modell?

Wer heute mit US-Amerikanerinnen und -Amerikanern über Europa spricht, wird nicht selten mit der Einschätzung konfrontiert, dass in Europa so etwas wie Sozialismus herrsche. Und verfolgt man die Diskussionen in der US-amerikanischen Öffentlichkeit, die in den vergangenen zwanzig Jahren immer wieder über das öffentliche Gesundheitssystem geführt wurden, so wird rasch offenbar, dass es in Bezug auf den Wohlfahrtsstaat und die Vorstellungen von sozialem Ausgleich erhebliche Unterschiede zu Europa gibt. Der amerikanische Soziologe Jeremy Rifkin hat vor einigen Jahren ein Buch über den „europäischen Traum“ geschrieben, in dem er diesem den viel zitierten *American dream* gegenüberstellt. Rifkin meint, für „Europäer gründet Freiheit nicht auf Autonomie, sondern auf Eingebundensein“, während US-Amerikaner Freiheit als die Unabhängigkeit von anderen definierten: „Frei ist man, wenn man sich nur auf sich selbst verlassen muss, zu einer Insel für sich selbst wird.“¹⁹

Tatsächlich räumt Europa seinen sozialen Überzeugungen eine stärkere gesetzmäßige Relevanz ein, ablesbar etwa durch „die Aufnahme sozialer Grundrechte in die nationalen Verfassungen und/oder Rechtsprechungen“.²⁰ Sicherlich gibt es heute auch in den USA viele sozialpolitische Angleichungen und sind einzelne europäische Staaten in bestimmten Bereichen im direkten Vergleich mit den USA

¹⁸ Reinhart Koselleck hat daher für diese Zeit der Industriellen und politischen Revolutionen für die Jahre zwischen 1750 und 1850 den Begriff der „Sattelzeit“ geprägt.

¹⁹ Jeremy Rifkin, *Der Europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht*, Frankfurt/M.–New York 2004, S. 21.

²⁰ Hartmut Kaelble, *Das europäische Sozialmodell – eine historische Perspektive*, in: ders./Günther Schmid (Hrsg.), *Das europäische Sozialmodell. Auf dem Weg zum transnationalen Sozialstaat*, Berlin 2004, S. 31–50, hier: S. 40.

sogar unter deren Niveau gerutscht.²¹ Historisch können jedoch verschiedene Bedeutungszusammenhänge für eine spezifisch europäische Entwicklung ausgemacht werden: unter anderem in einer anderen europäischen Familienstruktur (wo Kleinfamilien dominierten, Eltern nicht so oft bei ihren erwachsenen Kindern wohnten, weshalb familiäre Strukturen nicht so griffen, wie es in den USA der Fall war, und staatliche Hilfen im Alter stärker einspringen mussten) sowie im Grad des Ausbaus der industriellen Arbeit (in Europa früher und stärker als in den USA, wo Dienstleistungen einen größeren Raum einnahmen). In den USA verdrängte eine früher ausgebildete Managerkultur klassische Familienunternehmen; gleichzeitig war das Bildungssystem entgegen allgemeiner Vorurteile in den USA zu einem recht frühen Zeitpunkt relativ durchlässig und ermöglichte sozialen Aufstieg. Europäische Städte wuchsen langsamer und dafür stetiger, soziale Veränderungen konnten so besser aufgegriffen werden. Und auch die Entwicklung von Arbeiterparteien im Zuge gewerkschaftlicher Bewegungen fasste aufgrund des stärkeren Industrialisierungsgrades in Europa schneller Fuß, der Zugang zur Politik war somit stärker ausgeprägt als in Amerika. Gleichzeitig gab es dagegen in den USA eine stärkere soziale Durchlässigkeit zwischen Arbeitern und Angestellten, was sich unter anderem auch in einer höheren Heiratsquote zwischen diesen beiden Gruppen ausdrückte.²² Ähnliche Befunde haben auch der Ökonom Robert T. Kudrle und der Soziologe Theodore R. Marmor festgestellt, die für die USA den fehlenden Feudalstaat, eine sich unabhängig von der Industriearbeiterschaft entwickelnde Demokratisierung und eben auch eine weniger stark ausgeprägte Unterscheidung von gesellschaftlichen Gruppen beschrieben haben.²³

²¹ Vgl. vor allem Jens Alber, *Das „europäische Sozialmodell“ und die USA*, in: *Leviathan*, (2006) 34, S. 208–241.

²² Vgl. Hartmut Kaelble, *Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880–1980*, München 1987, S. 18ff. (Familienstruktur), S. 25ff. (industrielle Arbeit), S. 30ff. (Managerkultur), S. 34ff. (Bildungssystem), S. 60ff. (Städte), S. 82ff. (Arbeiterparteien); S. 57, S. 41ff. (soziale Durchlässigkeit).

²³ Vgl. Robert T. Kudrle/Theodore R. Marmor, *The Development of Welfare States in North America*, in: Peter Flora/Arnold J. Heidenheimer (eds.), *The Development of Welfare States in Europe and America*, New Brunswick 1981, S. 81–121, hier: S. 81.

Auch für andere Weltregionen gibt es klare Unterschiede im Vergleich zur Idee eines europäischen Sozialmodells zu beobachten. Der Historiker Jürgen Osterhammel kommt für die globale Ebene zu dem Schluss, dass trotz der bestehenden Entwicklungsunterschiede innerhalb Europas für die Phase der Industrialisierung, vor allem innerhalb der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, „in keiner anderen Gegend der Welt (...) die traditionellen Vorkehrungen gemeinschaftlicher, philanthropischer, religiös-kirchlicher oder obrigkeitlicher Art zur Linderung von Armut aus innerer Dynamik in ein neues Verständnis von den Aufgaben des Staates überführt wurden.“^{F24} Welche Gründe hatte dies?

In Europa löste die Industrielle Revolution verschiedene (soziale) Erschütterungen aus. Vor allem das System der Marktwirtschaft, in dem der Wert der Arbeit durch den Wettbewerb einer wachsenden Bevölkerung als Prinzip installiert wurde, hatte tief greifende Folgen. Auch das Verschwinden einer zuvor halbwegs funktionierenden Selbstversorgung (Subsistenzwirtschaft) wurde durch die Arbeitsteilung und die Urbanisierung zum Problem, da auch die elementarsten Daseinsgrundlagen – vorher auf dem eigenen kleinen Stück Land oder im Garten angepflanzt oder als Tier gehalten – zunehmend wegfielen. In Großbritannien verdoppelte sich die Bevölkerungszahl zwischen 1800 und 1850, ähnliche Entwicklungen galten für Preußen, Teile Russlands sowie in größeren Zeitabschnitten auch für Italien, Norwegen, Schweden oder die Niederlande. Entwicklungssprünge zum Beispiel bei der Errichtung von Industrieanlagen erfolgten in nur wenigen Jahren, vor allem zwischen 1830 und 1848.^{F25}

„Im Zuge dieser Entwicklung war die menschliche Gesellschaft zu einem Beiwerk des Wirtschaftssystems herabgesunken“, so der Wirtschaftssoziologe Karl Polanyi 1944 in seinem viel zitierten Werk über die „Great Transformation“. Polanyi beschreibt „soziale Umschichtungen ungeheuren Ausmaßes“,

soziale Verwerfungen, die begleitet wurden „durch die Herausbildung eines geradezu sakramentalen Glaubens an die allgemeinen Segnungen des Profits“. Gleichzeitig gab es bereits erste Erfahrungen mit Versuchen sozialer Steuerung, so zuerst 1795 in England mit der sogenannten Speenhamland-Gesetzgebung, die Lohnzuschüsse und Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen ermöglichten. Doch war rasch Kritik daran aufgekommen; so bemerkte Polanyi: „Das Sprichwort ‚Einmal Armengeldempfänger, immer Armen-geldempfänger‘ war durchaus zutreffend.“^{F26} Die Gesetze waren letzte Versuch, die alte soziale Ordnung gegen ein neues Denk- und Gesellschaftssystem zu verteidigen, doch gelang dies nicht wirklich, und spätestens mit dem neuen Armutsgesetz von 1834 wurden die Maßnahmen wieder aufgehoben.^{F27} Dennoch: Diese erste Phase des Lernens und Umgehens mit einer neuen gewaltigen Herausforderung sollte für Europa entscheidend sein, da „in jener Zeit unser Sozialbewusstsein geformt wurde“^{F28} und viele sich anschließende Bewegungen und Veränderungen auf diese Erfahrungen zurückgehen. Polanyi spricht daher von der „Entdeckung der Gesellschaft“ die mit der „geistigen Welt des Menschen verflochten“ wurde.^{F29}

Auch wenn die Ursprünge der Industriellen Revolution in Großbritannien begannen, hat schon einer der bedeutenden Historiker dieser Entwicklung, Sidney Pollard, darauf hingewiesen, „that industrialization in Britain was by no means a single, uninterrupted, and unitary, still less a nation-wide process. Different industries fared very differently at various periods; there were distinct phases of development; and far from being spread evenly across the country, the changes were highly concentrated geographically, creating significant special differentials at any one time“.^{F30} Dies gilt für den Industrialisierungsprozess in Europa insgesamt: Es geht auch um ein Zentrum-Peripherie-Verhältnis, bei dem es Zentren von Neuerungen gibt und nachzie-

^{F24} Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München 2009, S. 894. Allerdings beschreibt Osterhammel durchaus ähnliche Entwicklungen auch für Australien und Neuseeland.

^{F25} Vgl. vor allem das Standardwerk von Eric Hobsbawm, *The Age of Revolution. Europe 1789–1848*, London 2012 (1962), S. 207 ff.

^{F26} Karl Polanyi, *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt/M. 1978 (1944), S. 111, S. 181., S. 186, S. 116.

^{F27} Vgl. E. Hobsbawm (Anm. 25), S. 65.

^{F28} K. Polanyi (Anm. 26), S. 122.

^{F29} Ebd., S. 122 f.

^{F30} Sidney Pollard, *Peaceful Conquest. The Industrialization of Europe 1760–1970*, Oxford 1988, S. 3.

hende Regionen des Wandels, die wiederum ihrerseits durch ihre jeweiligen Adaptionen auf den Ursprung zurückwirken.

Und dies trifft auch für das Entstehen eines europäischen Sozialmodells zu. Auch wenn mit dem dänischen Soziologen Gøsta Esping-Andersen von drei unterschiedlichen europäischen „Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ gesprochen wird (liberal, konservativ-korporatistisch, sozialdemokratisch), kann für Europa mit der Einführung der Sozialversicherung, zuerst im deutschen Bismarck-Reich, von einer gesamteuropäischen Sonderrolle gesprochen werden. „Die Sozialversicherung“, so der Historiker Hartmut Kaelble, „entstand in Europa nicht nur früher. Sie war immer und ist bis heute in den europäischen Gesellschaften auch stärker ausgebaut als anderswo.“^{f³¹} Dabei waren zu verschiedenen Phasen jeweils unterschiedliche Variationen und Modelle prägend, etwa durch den 1873 gegründeten „Verein für Socialpolitik“ um den Nationalökonom Gustav Schmoller, dessen Mitglieder zunächst abfällig als „Kathedersozialisten“ beschimpft wurden.^{f³²} Letzteren kommt nicht nur maßgeblich das Verdienst zu, „der staatlichen Sozialversicherung den politischen Boden in Deutschland bereitet zu haben“,^{f³³} sondern sie stießen darüber hinaus eine europaweite Diskussion an.

Europäische „Kultur des Sozialen“

Während also die ersten wohlfahrtsstaatlichen Impulse in Europa noch vom Deutschen Reich ausgingen, waren es später die Vorstellungen des britischen Parlamentarier William Henry Beveridge, die nach 1945 neue Definitionen davon liefern sollten. Die „Prinzipien einer allgemeinen Versicherung für alle Bürger, die Garantie eines Existenzminimums, das Recht auf Leistungen und die Gleichheit vor dem Wohlfahrtsstaat“ waren fortan das tragende Paradigma weiterer Überlegungen. Auch hier galt ein Zentrum-Peripherie-Verhältnis, was der europäischen Dimension jedoch nicht abträglich ist. „Wenn es (auch) insgesamt speziell deutsche

und britische Modelle waren, die nach außen wirkten, fußten sie doch auf der breiten europäischen Diskussion und ihren Lösungsvorschlägen.“^{f³⁴}

Nach dem Zweiten Weltkrieg glückte ein die politischen Lager übergreifender Konsens, und es setzte sich die Einsicht in die Notwendigkeit eines Systems staatlicher sozialer Sicherung durch. Vor dem Hintergrund der Frontbildungen während der Vorkriegs- und Kriegszeit konnte der Wohlfahrtsstaat so als ein „versöhnendes“ Element begriffen werden. Der in Princeton lehrende Ideengeschichtler Jan-Werner Müller umschrieb die damalige Auffassung als die von einem „anständigen Staat“: Danach konnte auch die in Europa überall aufkommende Christdemokratie den „Wohlfahrtsstaat nicht so sehr mit Verweis auf alte sozialistische Ideale, sondern als eine Form von schlichter ‚Anständigkeit‘“ begreifen.^{f³⁵} Es kann auch von einer „universalistisch(en)“ Version des Sozialstaats gesprochen werden, der alle Bürger umfasste und sie mit „einklagbarem Recht auf staatliche Leistungen“ ausstattete.^{f³⁶} Die rechtliche Dimension des Sozialen wurde immer wichtiger.

Mit den Wachstumsperioden der 1950er und 1960er Jahre stieg jedoch auch das Leistungsvolumen dieser Sicherungen stetig an.^{f³⁷} Und so sehr es bislang auch Unterschiede zwischen den europäischen Nationen gegeben hat, lässt sich für die Nachkriegszeit eine zunehmende Angleichung bei den zentralen Bereichen Altersarmut, Invalidität, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Wohnen und Bildungschancen ausmachen, verursacht vor allem durch die zunehmende Industrialisierung auch der südlichen Länder Europas seit den 1950er Jahren und den Ausbau des Dienstleistungssektors.^{f³⁸}

Doch können die Wurzeln einer solchen europäischen „Kultur des Sozialen“ bis ins Spätmittelalter zurückverfolgt werden. Denn seitdem „gab es in Europa stärker als anderswo eine etablierte Tradition *öffentlicher so-*

^{f³¹} H. Kaelble (Anm. 22), S. 75.

^{f³²} Vgl. Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*. Bd. 1, *Arbeitswelt und Bürgergeist*, München 1994, S. 370 f.

^{f³³} H. Kaelble (Anm. 22), S. 78.

^{f³⁴} Ebd., S. 79.

^{f³⁵} Jan-Werner Müller, *Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert*, Berlin, S. 221 f.

^{f³⁶} H. Kaelble (Anm. 20), S. 34.

^{f³⁷} Vgl. ebd., S. 36 f.

^{f³⁸} Vgl. ebd., S. 38 f.

zialer Sicherung“ und haben „intensiver als anderswo städtische Verwaltungen, Kirchen, Stiftungen ein Netz von Armenfürsorge entwickelt.“³⁹ Vor allem wurden mit der Implementierung von ersten Armutsgesetzen auch erste Annäherungen an eine Unterscheidung in Versorgungsbedürftige und Versorgungsunbedürftige vorgenommen. Dies hatte zwar auf der einen Seite eine „Verschärfung der repressiven Armenpolitik“⁴⁰ zur Folge, also die Nichtanerkennung von Bedürftigkeit aufgrund eines vermeintlichen Selbstverschuldens, auf der anderen Seite setzte es aber auch die kommunale Armenpolitik in Gang. Diese Art der Versorgung fand jedoch nicht zentral, sondern auf viele verschiedene Träger verteilt statt. „Erst in der zweiten Hälfte des 18. Jh.s lassen sich erste Ansätze einer modernen S(ozialpolitik) erkennen.“⁴¹

Doch diese „moderne Sozialpolitik“ steht eben in einer „besonders lange(n) gemeinsame(n) europäischen Tradition öffentlicher Interventionen zur sozialen Sicherung des Bürgers (...). Diese Tradition beinhaltet freilich nicht nur die öffentliche Intervention von oben, sondern auch die Partizipation der Klienten, die zivilgesellschaftliche Seite der sozialen Sicherung, und stets auch die Diskussion alternativer nichtstaatlicher Modelle.“⁴²

Fazit: Alternative Erzählungen sind möglich

In Europa kann also auf eine lange Zeit der Erfahrungen mit sozialen Modellen und Ideen zurückgeblickt werden. Das vorgeschlagene Geschichtsbild eines *europäischen Sozialmodells* vergegenwärtigt, dass es einerseits eine gesamteuropäische Vorstellung eines solchen Modells gibt, diese aber andererseits zu unterschiedlichen Zeiten immer wieder neu verhandelt werden muss. Dies geschieht an unterschiedlichen Orten und in unterschiedlichen Geschwindigkeiten.

In Zukunft muss dieses nicht auf Europa beschränkt bleiben (Ausläufer und Rückkop-

pelungen in die ganze Welt sind längst Bestandteil der jüngeren Geschichte). Der Blick zurück auf diese Geschichte ermöglicht jedoch, die Gegenwart mit ihren Krisen und Herausforderungen als ein Stück Normalität zu begreifen und als einen Hinweis darauf, dass Europa durch seine Antworten solchen Krisen gewachsen ist. Eine dieser Antworten auf die größte Umbruchphase, die oben beschriebene Industrielle Revolution, war die Idee eines sozialen Gesellschaftsmodells. An dieser Idee – das wurde gezeigt – wird seitdem gearbeitet.

Gemeinsame europäische Geschichtsbilder können demnach durchaus eine Hilfe sein, um sich mit gegenwärtigen Sinnfragen auseinanderzusetzen. Das gelingt am besten dann, wenn durch sie keine bestehenden Vorstellungen gefestigt und verstärkt werden, sondern im Gegenteil, mit dem Blick auf Vergangenes ein Gefühl dafür vermittelt werden kann, dass „Zukunft“ immer wieder neu gestaltet worden ist. Europa hat auf seine Krisen bisher immer wieder mit dem Versuch reagiert, eine solche Zukunft sozialer zu gestalten. Das heißt nicht, dass es dabei bleibt. Welchen „Dreh“ ein solches Geschichtsbild in fünfzig Jahren bekommen wird – möglicherweise auch in einem dann bereits etablierten „Haus der europäischen Geschichte“ –, ist noch offen. Es bleibt abzuwarten, welche Sinnfragen dann den Blick auf die europäische Geschichte lenken werden. Der negative Gründungsmythos wird dabei weiter eine zentrale Rolle spielen, da Europa als Friedensprojekt eine zentrale Stellung einnimmt. Das hier skizzierte Geschichtsbild einer europäischen Geschichte des Sozialen könnte jedoch ein ergänzender Blick sein.

Geschichtsbilder sind immer Ausdruck gegenwärtiger Sinnfragen und eines Bemühens, diese über das Verstehen der eigenen Vergangenheit besser beantworten zu können, sich ein „Bild“ von der Geschichte und damit auch ein wenig von der Gegenwart zu machen. Gleichzeitig sind sie auch das Bemühen darum, die Vielfältigkeit der europäischen Geschichte zu betonen und immer wieder neue Facetten an ihr aufzuzeigen und in eine europäische Öffentlichkeit zu tragen.

³⁹ H. Kaelble (Anm. 22), S. 81. Hervorhebung im Original.

⁴⁰ Thomas Sokoll, Sozialpolitik, in: Friedrich Jaeger (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 12, Stuttgart–Weimar 2010, S. 267–271, hier: S. 268.

⁴¹ Ebd., S. 269.

⁴² H. Kaelble (Anm. 22), S. 33.

Marion Klein

Trauerimperativ: Jugendliche und ihr Umgang mit dem Holocaust (-Denkmal)

Seit seiner Eröffnung am 10. Mai 2005 haben schätzungsweise 15 Millionen Menschen das Stelenfeld des Denkmals für die ermordeten Juden Europas und etwa 3,7 Millionen Besucherinnen und Besucher den darunter gelegenen Ort der Information aufgesucht.¹ Ein Großteil davon sind Schülerinnen und Schüler, die im Rahmen einer Exkursion oder Klassenreise zum Denkmal kommen. Was „sehen“ beziehungsweise welche Erfahrungen machen die Jugendlichen an, in und mit dieser kulturellen Repräsentation; (wie) setzen sie sich am Beispiel des Denkmals mit dem Holocaust auseinander? Diese Fragen standen im Zentrum einer qualitativen Studie, deren zentrale Ergebnisse im Folgenden vorgestellt werden.

Marion Klein

Dr. phil., geb. 1971; Dozentin an der Hoffbauer Berufsakademie, zuvor langjährige Tätigkeit als Referentin für die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas; Hoffbauer Berufsakademie, Hermannswerder 7, 14473 Potsdam. klein@hoffbauer-berufsakademie.de

beziehungsweise welche Erfahrungen machen die Jugendlichen an, in und mit dieser kulturellen Repräsentation; (wie) setzen sie sich am Beispiel des Denkmals mit dem Holocaust auseinander? Diese Fragen standen im Zentrum einer qualitativen Studie, deren zentrale Ergebnisse im Folgenden vorgestellt werden.

Ausgewiesen als „die zentrale Holocaust-Gedenkstätte Deutschlands“² stellt das Denkmal zunächst einen Bruch mit der gesamten Tradition staatlichen Gedenkens dar: „Anders als staatliche oder staatlich geförderte, jeweils an sich selbst gerichtete Denkmäler von Opfernationen und -völkern wie Polen, Holland oder Israel sind solche in Deutschland notwendigerweise diejenigen des Verfolgers in Erinnerung an seine Opfer.“³ Der Kulturwissenschaftler Jan Assmann hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es für eine solche „Erweiterung des Bindungsgedächtnisses (...) in der Geschichte keine Vorbilder (gibt)“.⁴

Während die Erinnerung an den Holocaust in Deutschland bisher mehrheitlich an die historischen Orte, insbesondere die KZ-Gedenkstätten, geknüpft war, hat man mit der Realisierung des überarbeiteten Entwurfs von Peter Eisenman ein Denkmal gebaut, das die Gräueltaten symbolisiert und abstrahiert. Mit ihrem „Mahnmal als Erfahrung“⁵ haben Eisenman und der Bildhauer Richard Serra, der das Konzept des Stelenfeldes entscheidend mitprägte, „die erste Manifestation eines poststrukturalistischen Mahnmals“⁶ geschaffen. In der Tradition der „Gegen- oder Antidenkmäler“ stehend, ist es für seine „Gedenkfunktionen (...) völlig auf den Betrachter angewiesen“, der allein „die Leerräume des Denkmals auffüllen“⁷ kann. Einen ganz anderen Zugang eröffnet der Ort der Information, indem er auf die „Personalisierung und Individualisierung des mit der Ermordung der europäischen Juden verbundenen Schreckens“⁸ setzt.

¹ Nach Auskunft der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas verzeichnete der Ort der Information bis Ende Juni 2013 insgesamt 3763500 Besucherinnen und Besucher. Da das Stelenfeld rund um die Uhr frei zugänglich ist und nicht über einen festen Ein- beziehungsweise Ausgang verfügt, können die Besucher dort nicht zahlenmäßig erfasst, sondern nur grob geschätzt werden.

² Vgl. den Internetauftritt der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas unter www.stiftungdenkmal.de (1.10.2013).

³ James E. Young, Der Widerspruch der Künstler, in: Der Tagesspiegel vom 10.4.1997, dokumentiert in: Ute Heimrod et al. (Hrsg.), Der Denkmalstreit – das Denkmal? Die Debatte um das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“, Berlin 1999, S. 519.

⁴ Jan Assmann, Religion und kulturelles Gedächtnis. Zehn Studien, München 2000, S. 36.

⁵ Dem eigenen Unbewussten ins Gesicht schauen. Verena Lueken im Gespräch mit Peter Eisenman, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 22.9.1998, dokumentiert in: Michael Jeismann (Hrsg.), Mahnmal Mitte. Eine Kontroverse, Köln 1999, S. 275.

⁶ Peter Eisenman, zit. nach: Robert von Rimscha, „Ich will einen Kunden“, in: Der Tagesspiegel vom 14.6.1998, dokumentiert in: U. Heimrod et al. (Anm. 3), S. 1061.

⁷ James E. Young, Die Zeitgeschichte der Gedenkstätten und Denkmäler des Holocausts, in: ders. (Hrsg.), Mahnmale des Holocaust. Motive, Rituale und Stätten des Gedenkens, München–New York 1994, S. 39.

⁸ Sibylle Quack, Auf dem Weg zur Realisierung. Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas und der Ort der Information, Architektur und historisches Konzept, Stuttgart–München 2002, S. 250.

Jugendliche der „Vierten Generation“

Die Erinnerung an den Holocaust in Deutschland findet unter sich verändernden Gesichtspunkten in einer sich wandelnden, inzwischen „multikulturellen“ Gesellschaft statt. Sie ist zum einen geprägt durch die Tatsache, dass ein „beachtlicher Teil der heute in Deutschland lebenden jungen Menschen (...) über Familien- und Kollektivgeschichten sowie über tradierte historisch-politische Erfahrungen (verfügt), die sich von den ‚deutschen‘ unterscheiden“;⁹ zum anderen befindet sich die Erinnerung an den Holocaust an einem kritischen Übergangspunkt. Im Zuge der Debatte um den Bau des Denkmals wies die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann darauf hin, dass wir es mit einer „Verschärfung des Gedächtnisproblems“ zu tun haben: „Wir erleben gegenwärtig einen Generationswechsel, bei dem die lebendigen Erinnerungen an den Holocaust mit den Zeugen und Zeitgenossen aussterben. Unsere Kinder werden in einer Welt leben, die keinen lebendigen Kontakt zu den Ereignissen des nationalsozialistischen Massenmordes mehr hat.“¹⁰

Für die Schülerinnen und Schüler, die für diese Studie befragt wurden, trifft dies (im überwiegenden Fall) bereits zu. Sie sind Angehörige der „Vierten Generation“¹¹ und als solche zunehmend auf Medien angewiesen, mit denen der „Übergang aus dem kommunikativen Gedächtnis ins kulturelle Gedäch-

⁹ Viola B. Georgi, *Entlehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland*, Hamburg 2003, S. 9.

¹⁰ Aleida Assmann, *Zwischen Pflicht und Alibi*, in: *Die Tageszeitung (taz)* vom 20.3.1996, dokumentiert in: U. Heimrod et al. (Anm. 3), S. 503.

¹¹ Diese Zählung entspricht einem familialen, nicht einem sozial-historischen Generationenbegriff. Sie ist zudem umstritten, da der Begriff der „Ersten Generation“ ursprünglich für die Opfer des Holocaust entstand, die durch diesen vorherige Generationen verloren hatten. Vgl. Isidor J. Kaminer, „On razors edge“ – Vom Weiterleben nach dem Überleben, in: Fritz Bauer Institut (Hrsg.), *Auschwitz. Geschichte, Rezeption und Wirkung*, Frankfurt/M. 1996, S. 156f., Fn. 31; Michael Kohlstruck, *Zwischen Erinnerung und Geschichte. Der Nationalsozialismus und die jungen Deutschen*, Berlin 1997, S. 76; Aleida Assmann, *Geschichte im Gedächtnis. Von der individuellen Erfahrung zur öffentlichen Inszenierung*, München 2007, S. 58ff.

nis (...) gewährleistet“¹² werden soll. Der Bau des Holocaust-Denkmals ist damit auch ein Versuch, ein medial vermitteltes Gedächtnis zu etablieren, das heißt, die Erinnerung an den Holocaust über „kulturelle Formung“¹³ an die nächste Generation weiterzugeben.

Der Frage, inwiefern das Denkmal seine Funktion als „Erinnerungsträger“ erfüllt, wurde aus der Sicht der Jugendlichen nachgegangen. „You get, what you see“ sagte Peter Eisenman wenige Tage vor der Eröffnung des Denkmals.¹⁴ Was also „sehen“ die befragten Schülerinnen und Schüler – Berliner Gymnasiasten und Hauptschüler sowie Auszubildende im Alter zwischen 14 und 24? In der Untersuchung ging es nicht im engeren Sinne um die Wirkung von Denkmälern und Kunstwerken, sondern darum, das Denkmal als Auslöser zu nehmen, um etwas über den Umgang mit dem Thema Holocaust zu erfahren. Hierbei stellte dessen Besuch einen „Grundreiz“¹⁵ dar, bei dem eine konkrete, vor Kurzem erlebte Situation einem allgemeinen Reden über den Holocaust vorgezogen werden sollte.

Für die Studie wurden 24 Gruppendiskussionen mit zwei beziehungsweise drei bis sieben Teilnehmerinnen und Teilnehmern geführt. Die Jugendlichen erhielten im Anschluss an eine schulische Exkursion zum Denkmal die Gelegenheit, sich über ihre nicht nur dort, sondern auch an anderen Gedenkorten gesammelten Erfahrungen auszutauschen. Der Erzählstimulus der Gruppendiskussionen wurde etwa folgendermaßen formuliert: „Ihr wart ja gerade beim Holocaust-Denkmal. Ich würde Euch bitten, mir zu erzählen, wie Ihr den Besuch dort erlebt habt. Wie ging es Euch, was habt Ihr gesehen, was habt Ihr gemacht,

¹² Aleida Assmann/Jan Assmann, *Das Gestern im Heute. Medien und soziales Gedächtnis*, in: Klaus Merten et al. (Hrsg.), *Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft*, Opladen 1994, S. 120.

¹³ Jan Assmann, *Kollektives und kulturelles Gedächtnis. Zur Phänomenologie und Funktion von Gegen-Erinnerung*, in: Ulrich Borsdorf/Heinrich Theodor Grütter (Hrsg.), *Orte der Erinnerung. Denkmal, Gedenkstätte, Museum*, Frankfurt/M.–New York 1999, S. 32.

¹⁴ Zit. nach: „Ich will geliebt werden“, Interview mit Peter Eisenman in: *Der Tagesspiegel* vom 24.4.2005, S. S1.

¹⁵ Friedrich Pollock, *Gruppenexperiment. Ein Studienbericht*, Frankfurt/M. 1955, S. 41.

als ihr durchgelaufen seid?“ Die Gruppendiskussionen wurden mit der dokumentarischen Methode der Interpretation ausgewertet.¹⁶ Ziel dieser Methode ist die Rekonstruktion impliziten Erfahrungswissens, das der Handlungspraxis zugrunde liegt.

Trauerimperativ

Die empirische Analyse der Gruppendiskussionen ergab eine gemeinsame Orientierung, die sich als durchgehendes Muster erwies: Alle Gruppen nehmen (reflektiert oder unreflektiert) den Anspruch wahr, Gefühle der Trauer, der Betroffenheit (und teilweise Schuld) mit dem Thema zu verbinden, wie etwa die folgenden Zitate zeigen:¹⁷

„Und dann, als wir nach Auschwitz gekommen sind, dachte ich die ganze Zeit, du müsstest an diesem Ort irgendwie trauriger sein, als du's bist irgendwie.“ (Michael)

„Ich hab' letzstens ‚Schindlers Liste‘ geseh'n, dann bin ich rausgegangen hinterher (...) und hab' gedacht, müsstest du jetzt nicht irgendwie erschreckt sein oder traurig sein oder irgendwelche Anteilnahme empfinden? (...) Es wird einem irgendwann denn unangenehm; weil man denkt, es sollte einen eigentlich erschrecken; aber es tut's nicht mehr.“ (Hannes)

Für die beiden vorgestellten männlichen Jugendlichen stimmen *Sein und Sollen* nicht (mehr) überein. Angesichts der Auseinandersetzung mit dem Holocaust „müsste(n)“ beziehungsweise „sollte(n)“ sie „trauriger“ sein, „Anteilnahme empfinden“, „erschreckt sein“. Es ist ihnen „unangenehm“, dass sich diese Empfindungen bei ihnen nicht (mehr) einstellen. Mit keinem anderen geschichtlichen Thema vergleichbar, sehen sich die Jugendlichen mit dem Erwartungshorizont, Gefühle der Trauer mit dem Thema zu verbinden, konfrontiert. „Auschwitz“ – so Jan Assmann – „hat längst die Dimensionen ei-

¹⁶ Vgl. Ralf Bohnsack, *Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden*, Opladen 2003⁵.

¹⁷ Zur Verbesserung der Lesbarkeit wurden sämtliche Zitate redaktionell leicht bearbeitet. Die wissenschaftliche Transkription findet sich in: Marion Klein, *Schülerinnen und Schüler am Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Eine empirisch-rekonstruktive Studie*, Wiesbaden 2012.

ner ‚normativen Vergangenheit‘ angenommen, die unter keinen Umständen in Vergessenheit geraten kann und darf“¹⁸ – und, könnte man hinzufügen, vor deren Hintergrund sich die Jugendlichen zu Gefühlen der Trauer und der Anteilnahme aufgefordert sehen. Dieser normative Anspruch ist Teil des kollektiven Bindungsgedächtnisses (das auch als politisches oder nationales Gedächtnis bezeichnet wird). Es ist – im Gegensatz zum naturwüchsigen kommunikativen Gedächtnis – die Gedächtnisform, in die eine Gesellschaft sich mit ihren Normen und Werten einschreibt und auf die sie ihre Mitglieder verpflichtet.¹⁹

Dilemma der Jugendlichen

Die Rekonstruktion des empirischen Materials ergab, dass sich die Schülerinnen und Schüler in Bezug auf den Umgang mit der Erinnerung an den Holocaust in einem Dilemma befinden. Einerseits sehen sie sich mit den normativen Ansprüchen des kollektiven Bindungsgedächtnisses konfrontiert, andererseits verfügen sie nicht über eine gemeinsame milieu- beziehungsweise generationsspezifische Erfahrungsbasis mit den Opfern des Holocaust, die Voraussetzung wäre, um Gefühle der Trauer empfinden zu können. In einem ähnlichen Sinne hat der Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik Trauer als eine „Nahemotion“ bezeichnet, die „bekannten oder als bekannt geltenden Menschen erwiesen wird“.²⁰

„Die hatten so Fotos aufgehängt von ehemaligen Insassen, die halt alle im KZ gestorben sind, und dann stand ich wirklich ganz zufällig plötzlich vor jemandem, der am selben Tag Geburtstag hat wie ich. Da dachte ich dann so das erste Mal, okay, jetzt biste mal wirklich traurig sozusagen. Des war so mein Erlebnis.“ (Michael)

¹⁸ J. Assmann (Anm. 4), S. 36.

¹⁹ Vgl. zu den Begriffen exemplarisch Jan Assmann, *Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität*, in: Jan Assmann/Tonio Hölscher (Hrsg.), *Kultur und Gedächtnis*, Frankfurt/M. 1988, S. 9–19; Aleida Assmann, *Vier Formen des Gedächtnisses*, in: *Erwägen, Wissen, Ethik*, 13 (2002) 2, S. 183–190.

²⁰ Micha Brumlik, *Trauerrituale und politische Kultur nach der Shoah in der Bundesrepublik*, in: Hanno Loewy (Hrsg.), *Holocaust. Die Grenzen des Verstehens, Eine Debatte über die Besetzung der Geschichte*, Reinbek 1992, S. 197.

An dieser Passage, die dem ersten Zitat unmittelbar folgt, wird deutlich, dass die Erwartung, traurig zu sein, vor der Trauer da ist. Sie ist kommunikativ vermittelt und Teil des Wissens, das mit dem Wissen über das Thema transportiert wird. Michael weiß, dass er traurig sein „müsste“ und versucht, dieses Gefühl bei sich zu erzeugen. Es gelingt ihm, als er auf das Bild eines im KZ Gestorbenen trifft, der am selben Tag wie er Geburtstag hat. In seiner Erzählung dokumentiert sich die Befriedigung oder Erleichterung über dieses Gelingen, Trauer zu empfinden: „Jetzt biste mal wirklich traurig sozusagen.“ Über die Herstellung einer imaginierten Gemeinsamkeit durch die Verknüpfung des eigenen Erfahrungsraumes mit einem imaginativen Anderen wird die Trauer authentisch erlebt. Andernfalls wird sie als äußerer Zwang empfunden. Das Beispiel zeigt, dass Michael den „ehemaligen Insassen“ zu einem ihm bekannten Menschen *macht*, um den Trauerimperativ erfüllen zu können. Die Mehrzahl der befragten Schülerinnen und Schüler versucht auf diese Weise, das beschriebene Dilemma zu „lösen“ und damit dem normativen Anspruch gerecht zu werden.

Die Existenz solcher normativen Wissensbestände, die ich in Anlehnung an Pierre Bourdieu als „Regel“^{F1} bezeichnet habe, wurde in meiner Untersuchung nicht vorausgesetzt, sondern über die Handlungspraxis der Jugendlichen – retrospektiv – empirisch rekonstruiert.

Erfüllung der „Regel“

Die Mehrzahl der Schülerinnen und Schüler bemüht sich, den an sie herangetragenen Erwartungen des Empfindens von Trauer, Betroffenheit und (teilweise) Schuld dadurch zu entsprechen, indem sie versuchen, die ge-

^{F1} Der französische Soziologe Pierre Bourdieu hat sein Verständnis von „Regel“ in Abgrenzung (und Verschränkung) zu seinem Begriff des „Habitus“ entwickelt: Während er Habitus als die *lex insita* – das „durch die primäre Sozialisation jedem Individuum eingegebene immanente Gesetz“ – definiert, versteht er unter Regel die Aufstellung von „Seins- und Verfahrensgebote(n)“ als nachträgliche Legitimation einer vorgängigen – durch den Habitus geregelt – Praxis (die Letztere dann wiederum als Norm anzuleiten versucht). Vgl. Pierre Bourdieu, Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft, Frankfurt/M. 1976, Zitate: S. 178, S. 203.

meinsamen nahweltlichen Erfahrungen, die ihnen authentische Empfindungen vermitteln könnten, imaginativ zu vergegenwärtigen. Im Zuge dieser Konstruktion gemeinsamer „konjunktiver Erfahrungsräume“^{F2} werden beispielsweise Wissensbestände der Geschichtsschreibung in die Familiengeschichte transferiert, um sie auf diese Weise zum Bestandteil des kollektiven Gedächtnisses der Familie werden zu lassen.

Weitere Ausprägungen finden sich in der Parallelisierung der eigenen heutigen Situation als Migranten und „Ausländer“ mit den Juden als Opfern des Holocaust oder indem sich die Jugendlichen in eine Familientradition einreihen, deren Vor-Generationen ebenso wie die Juden als Opfer des Nationalsozialismus verstanden werden.^{F3} Häufig versuchen insbesondere die Schülerinnen anhand der Objekte im Ort der Information die Perspektive der Opfer zu übernehmen, sich mit diesen zu identifizieren beziehungsweise sich als deren Freundin oder Bekannte zu imaginieren:

„Man baut eine Beziehung auf zu den Personen, und man weiß schon vorher, dass es eigentlich nicht gut ausgehen kann, weil in der Zeit ... und wie des auch schon aufgemacht wurde“ (in der Ausstellung im Ort der Information, Anm. MK) (Marie)

„Ja, und bei Judith mein' ich. Da musste ich mich richtig zusammenreißen, dass mir nicht die Tränen kommen.“ (Nicola)

In einigen Gruppen führt der Versuch, gemeinsame nahweltliche Erfahrungsräume zu konstruieren, um Gefühle der Trauer empfinden zu können, zu einer „Nostrifizierung“. Dieser Begriff, der aus den lateinischen Wörtern *nostrum* und *facere* abgeleitet ist und wörtlich „zu Unserem machen“ bedeutet, beschreibt ein Phänomen der Hineinnahme fremder Wissensbestände in den eigenen Erfahrungsraum, wobei „andere“ Wirklichkeit konzeptuell an vertraute, an-geglichen“ wird.^{F4} Im Gegensatz

^{F2} Karl Mannheim, Strukturen des Denkens, Frankfurt/M. 1980 (1922–25), S. 211–216. Vgl. auch R. Bohnsack (Anm. 16), S. 59–64.

^{F3} Für eine ausführliche Darstellung vgl. M. Klein (Anm. 17).

^{F4} Joachim Matthes, The Operation Called „Vergleichen“, in: ders., Das Eigene und das Fremde. Gesammelte Aufsätze zu Gesellschaft, Kultur und Religion, Würzburg 2005, S. 393.

zur Perspektivenübernahme geht es weniger darum, sich an die Stelle des Anderen zu setzen, um dessen Gefühle und Erfahrungen nachvollziehen zu können; vielmehr wird der Andere vereinnahmt, wobei ihm die gemachten Erfahrungen quasi entrissen und dem eigenen Erfahrungsraum angepasst werden. Nostrifizierung wird umso wahrscheinlicher, je weniger die Jugendlichen auf historisches Wissen zurückgreifen können. Um die geschichtlichen Ereignisse immanent zu verstehen, verbinden die Jugendlichen diese mit ihren Alltagserfahrungen. Um ihre Alltagserfahrungen plausibel zu machen, vergleichen sie sie mit der Situation der Juden als Opfer des Holocaust:

Janine: „Ick hab’ mein’ Salon wo ick arbeite; und wenn ick da lang lofe, nur in schwarzweißen Klamotten und mit blonden Haaren, ick werd’ da immer anjekiekt ... Also da lofen se allgemein alle bunt rum. Is’ ja och schön. Dit jehört zu dem Viertel.“

Lina: „Ja. Dit is’ aber wieder ditte, dass du in eine Schublade rinjesteckt wirst, obwohl du nich’ rinjehörst. Und jenauso is’ es; wenn wenn du halt diese Sachen trögst.“

Janine: „Ja. Wenn ick jetzt da mit so ’ner Tasche noch rumlofen würde, ick wees nich’, ob ick da nach Hause komm’ würde.“

Lina: „Ob nu ‚Lonsdale‘ oder ob du nun Ketten trögst, wo ‚BO‘ druffsteht für Böhse Onkelz, oder wat ...“ (...)

Lina: „So is’ es ja auch damals mit den Juden, dass die halt in eine Schublade jesteckt wurden.“

Pauline: „Ja. Dis is’ das, was man heute noch merkt.“

In dieser Diskussionspassage, in der die jungen Frauen Beispiele dafür anführen, aufgrund von Äußerlichkeiten in eine „Schublade gesteckt“ zu werden, erläutert Janine, dass sie wegen ihrer Kleidung und Haarfarbe in dem Viertel, in dem sie arbeitet, „anjekiekt“ wird. Sie vermutet darüber hinaus, dass sie durch das Tragen einer bestimmten Tasche massiver körperlicher Gewalt ausgesetzt sein könnte. Die von Janine geschilderte Alltagserfahrung wird mit einem Zwischenfazit beendet, in der die Schülerinnen eine Gleichsetzung zwischen ihrer eigenen Situation und jener der Juden während der Zeit des Nationalsozialismus vornehmen. In die-

sem Zusammenhang werden Bruchstücke eines anderen Erfahrungsraumes, nämlich dem der Opfer des Holocaust, in den eigenen Erfahrungsraum integriert. Eine Auseinandersetzung mit den jüdischen Opfern findet in diesem Moment nicht statt. Die Jugendlichen machen sich vielmehr selbst zu (potenziellen) Opfern, wodurch sie die fremde konjunktive Erfahrung neutralisieren und den Unterschied zwischen der einem Völkermord vorausgehenden, antisemitischen Diskriminierung und Vorurteilen, denen sie sich selbst (aufgrund des Tragens von Symbolen, die als neonazistisch gelten können) ausgesetzt sehen, nivellieren.

Zurückweisung der „Regel“

Es gibt Gruppen, die den Anspruch, Gefühle der Trauer mit dem Thema und den kulturellen Repräsentationen zu verbinden, nicht (mehr) erfüllen können oder wollen und diesen schließlich als äußeren Zwang erleben. Eine der befragten Gruppen spricht in diesem Zusammenhang von einer „Trauer auf Kommando“, die sich nach dem „fünften oder sechsten Mal“ nicht mehr einstellen wolle. Beim Gang durch das Stelenfeld verzichten diese Jugendlichen darauf, die erwarteten Gefühle und Gedanken an dieses heranzutragen; sie nähern sich vielmehr dem Stelenfeld als Kunstwerk, welches sie zunächst mit nichts außer sich selbst verknüpfen. Sie unterscheiden zwischen dem unter dem Stelenfeld gelegenen Ort der Information („unten“), der für den ihnen bekannten, als vorgeschrieben empfundenen Umgang mit dem Holocaust steht, und dem Stelenfeld selbst („oben“), das ihnen einen eigenen Zugang zu dem Geschehen ermöglicht:

„Klar, hier unten is’ halt schon geschlossen, des is’ so wie’s passiert is’. Oben is’ auch Anteilnahme, aber hier is’ nochmal dieses Bedrückte, Melancholische, Geschlossene halt, und oben ist dann dieses Offene (...). Hier unten sind ja die Gedanken sozusagen vorgegeben, und oben sind dann die freien Gedanken, die jeder damit verbindet. Also, so is’ es für mich.“ (Emilio)

Die Jugendlichen nähern sich dem Stelenfeld, indem sie dieses zunächst auf der Ebene von Sinneseindrücken wahrnehmen. Der Beschreibung dessen, was sie gesehen, leib-

lich erfahren, gehört haben, folgt die für eine ästhetische Erfahrung konstitutive Entdeckung von etwas Neuem, der Eintritt von etwas Widerständigem und Unerwarteten.²⁵

„Was mir noch aufgefallen ist: die Kälte in der Mitte des Gebildes. Also, durch den Schatten und jetzt durch die heißen Temperaturen außerhalb hat es auch wieder so 'ne Gegensätzlichkeit gebildet. Am traurigsten oder am betrübtesten war ich auch hier unten am Ort der Information. Aber des war halt für mich auch so das entscheidende Erlebnis jetzt irgendwie, da bin ich da halt durch dieses Stelenfeld gelaufen und bin quasi immer tiefer in die Mitte oder in das Herz dieses Feldes vorgedrungen, und dann hab' ich irgendwann hochgesehen und dann war'n diese Stelen an der Seite, und dann bin ich irgendwie gestolpert. Und des hat für mich irgendwie, weiß nicht ...“ (Paul)

Das Denkmal als Objekt ästhetischer Betrachtung führt nicht zu der erwarteten (Erwartung der) Trauer. Das Stolpern dient als Metapher für Irritation, die in Gegensatz gestellt wird zu Emotionalität (Trauer und Betrübnis). Von Paul wird ein Kontrast zwischen dem Stelenfeld und dem Ort der Information beschrieben. Das für ihn „entscheidende Erlebnis“ während des Denkmalsbesuchs war das Stolpern im „Herz dieses Feldes“. Die von ihm gewählte Leibmetapher „Herz“ als Synonym für die Mitte des Stelenfeldes hebt die Qualität der neuen emotionalen Erfahrung hervor. Analog zum Herzen als vitale Mitte des Körpers macht Paul im Zentrum des Stelenfeldes eine lebendige Erfahrung. Diese steht für ihn im Gegensatz zu den mit dem Ort der Information verbundenen bekannten Gefühlen von Traurigkeit und Betrübnis. Das Stolpern ist ein Verweis auf die Entautomatisierung der Verarbeitungsleistung. Das Denkmal wird von den Jugendlichen als Befreiung von einer „Trauer auf Kommando“ erlebt, indem es neue Wege der Authentizität ermöglicht.

Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas bietet mehrere Wege des Umgangs mit der Erinnerung an den Holocaust. Während der Ort der Information vorrangig für einen Zugang zum Thema im Rahmen normativ gebotener Trauer genutzt wird, sehen gerade die Jugendlichen, die diesen Anspruch nicht (mehr) erfüllen können (oder wollen) im Stelenfeld ihre Gefühle und Erfahrungen repräsentiert. Inwiefern man dies als Chance begreift oder als Problem realisiert, hängt stark vom eigenen (erinnerungs-) pädagogischen Standpunkt ab. Dennoch sollen auf der Basis der Studienergebnisse drei Denkanstöße formuliert werden:

1. Die von den Adressatinnen und Adressaten der schulischen und außerschulischen Bildungsangebote eventuell erwartete Trauer stellt sich bei diesen nicht als unmittelbare Reaktion ein, sondern muss von ihnen „hergestellt“ werden, indem sie eigene Alltagserfahrungen mit dem Thema verbinden. Dies ist bei Pädagoginnen und Pädagogen, sofern sie einer anderen Generation angehören, unter Umständen anders.
2. Der in der historisch-politischen Bildung teilweise favorisierte Lebensweltbezug, mit dem eine Brücke zwischen Geschichte und Ich-Erfahrung geschaffen werden soll, ist im Hinblick auf Prozesse der Nostrifizierung zu hinterfragen.
3. Wird das Stelenfeld als poststrukturalistisches Mahnmal ernst genommen, dann bedeutet dies, dass man Jugendliche ihren eigenen Umgang mit dem Thema finden lässt. Dieser kann jenseits der normativ gebotenen Trauer liegen – und damit jenseits dessen, was Pädagoginnen und Pädagogen in der Regel zu erwarten scheinen.

²⁵ Exemplarisch zu ästhetischer Erfahrung vgl. Ulrich Oevermann, Krise und Muße. Struktureigenschaften ästhetischer Erfahrung aus soziologischer Sicht, Vortrag gehalten am 19.6.1996 in der Städel-Schule Frankfurt/M., online: <http://publikationen.ub.uni-frankfurt.de/frontdoor/index/index/docId/4953> (1.10.2013).

„APuZ aktuell“, der Newsletter von

Aus Politik und Zeitgeschichte

Wir informieren Sie regelmäßig und kostenlos per E-Mail über die neuen Ausgaben.

Online anmelden unter: www.bpb.de/apuz-aktuell

APuZ

Nächste Ausgabe

44/2013 · 28. Oktober 2013

Bundeswehr

Sabine Würich · Ulrike Scheffer

Operation Heimkehr. Vier Porträts

Anja Seiffert

„Generation Einsatz“

Kaare Dahl Martinsen

Totgeschwiegen?

Deutschland und die Gefallenen des Afghanistan-Einsatzes

Armin Wagner · Heiko Biehl

Bundeswehr und Gesellschaft

Uli Jäger

Bundeswehr und Friedensbildung

Rabea Haß

Wer dient Deutschland?

Ulrich vom Hagen

Homo militaris – Gestalt institutionalisierter Gewalt

Klaus Naumann

„Neuausrichtung“ ohne Regierungskunst



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-Keine-Bearbeitung 3.0 Deutschland.

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Dr. Asiye Öztürk
Johannes Piepenbrink
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne Seibring
Sarah Laukamp (Volontärin)
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
4. Oktober 2013

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kuhresstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißensefelder Straße 84
04229 Leipzig

Abonnementsservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung **Das Parlament** ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro. Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fs-medien.de

Nachbestellungen

Publikationsversand der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Postfach 501055
18155 Rostock
Fax.: (038204) 66273
bestellungen@shop.bpb.de
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit 4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen in **Aus Politik und Zeitgeschichte** stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar; sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Geschichte als Instrument *APuZ* 42–43/2013

Martin Sabrow

3–11 **Variationen über ein schwieriges Thema**

Politisch instrumentalisiert zu werden, zählt zum Schicksal der Historiografie. Die Verfälschung der historischen Wahrheit und die Nötigung ihrer Sachwalter durch deren Auftraggeber sind stehende Topoi aller Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Aber nicht jeder Gebrauch der Geschichte ist zwingend Missbrauch.

Bodo von Borries

12–18 **Zurück zu den Quellen? Plädoyer für die Narrationsprüfung**

Es ist wohlfeil und unfruchtbar, wieder einmal festzustellen, dass irgendjemand Historie zu instrumentalisieren versuche. Was sollte er oder sie sonst tun? Eine andere Frage ist, wie weit wissenschaftliche Historie Garantien gegen (illegitime, aggressive, vorurteilhafte, verfälschende) Instrumentalisierung entwickeln kann.

Thomas Großbölting

19–26 **Geschichtskonstruktion zwischen Wissenschaft und Populärkultur**

Der Affekt gegen die Populärkultur trägt weniger zur Aufklärung bei als vielmehr zur Vermeidung, sich die jeweiligen Formen und Rezeptionen genauer anzuschauen. Der vergleichende Blick auf unterschiedliche „Erinnerungskulturen“ kann zu einem reflektierten Umgang mit der Vergangenheit beitragen.

Klaus Christoph

27–33 **„Aufarbeitung der SED-Diktatur“ – heute so wie gestern?**

Der ausschließlich auf die diktatorische Herrschaft gerichtete Umgang mit der DDR-Vergangenheit stößt bei vielen Ostdeutschen auf Ablehnung, weil sie das Spektrum ihrer früheren Lebensumstände nur unzureichend berücksichtigt finden. Dies mindert die Chance auf eine verständigungsorientierte „Aufarbeitung“.

Marcel Siepmann

34–40 **Vom Nutzen und Nachteil europäischer Geschichtsbilder**

Geschichtsbilder können eine Hilfe sein, um sich mit gegenwärtigen Sinnfragen auseinanderzusetzen. Das gelingt am besten, wenn durch sie ein Gefühl dafür vermittelt wird, dass „Zukunft“ immer wieder neu gestaltet worden ist. Kann die Geschichte Europas als die eines sozialen Gesellschaftsmodells erzählt werden?

Marion Klein

41–46 **Trauerimperativ: Jugendliche und ihr Umgang mit dem Holocaust (-Denkmal)**

Seit 2005 haben schätzungsweise 15 Millionen Menschen das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin besucht. Welche Erfahrungen machen Schülerinnen und Schüler am, im und mit dem Denkmal? Diese Frage steht im Zentrum einer empirischen Studie, deren zentrale Ergebnisse vorgestellt werden.